

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Taubner Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Taubner Straße 19/21 — Telephon 72206

Anzeigenpreise: Die 10 Gelpalt, Kolonelle 35 Pf., bei Platzverdrängung 40 Pf.,
Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatent
die 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 M. Inserate v. ausw.:
die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pf., bei Platzverdr. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen

Stürmische Sejm-Eröffnung in Warschau

Pilsudski preist auf die Immunität — Verhaftungen im Parlamentsaal

Abgeordnete in Fesseln

SPD Warschau, 27. März.

Am Dienstagmorgens fand die feierliche Eröffnung der Sejm- und Senatsession durch Pilsudski statt. Der Marschall wurde von den Abgeordneten seiner Partei mit langanhaltendem Beifall begrüßt. Als dieser Beifall verklungen war, erhoben sich die Abgeordneten der äußersten Linken und beschuldigten den Wahlmänner Pilsudski eines unerhörten Terrors. Pilsudski stürzte daraufhin dem Innenminister etwas ins Ohr. Dieser verschwand sofort, um wenige Minuten später an der Spitze einer großen Polizeibeamten wieder zu erscheinen. Die Polizisten warfen sich in brutaler Weise auf die kommunistischen Abgeordneten, legten ihnen Fesseln an und führten sie unter ungeheurer Entrüstung der Linken ab. Insgesamt wurden 14 Abgeordnete, hauptsächlich Kommunisten und ukrainische Radikale, festgenommen. Später wurden 10 Abgeordnete wieder auf freien Fuß gesetzt. Pilsudski setzte sich nach diesem Zwischenfall auf den Stuhl des Sejm-Marschalls. Sobald die kommunistischen Abgeordneten davon zu hören versuchten, rief er: „Wollt ihr wohl Ruhe halten!“ Als dann zur Vereidigung der Abgeordneten geschritten wurde, kam es wieder zu scharfen Zusammenstößen, sobald die vorher abgeführten Abgeordneten aufgerufen wurden. Pilsudski klemmte sich jedoch in seiner Weise daran. Die sozialistischen Abgeordneten reagierten auf seine majestätischen Äußerungen, jedesmal mit dem bekannten Lied „Die rote Fahne“, das vor Jahren auch einmal von Pilsudski als Sozialdemokrat mitgeführt worden war.

Eine Stunde später wurde auch der Senat durch Pilsudski eröffnet. Zum provisorischen Alterspräsidenten hat er unter Umgehung des greisen Führers der polnischen Befreiungskämpfe Dymowski einen rechtsstehenden Senator berufen.

Nach einem Bericht der Tel.-Union aus Warschau wurden kommunistische und ukrainische Abgeordnete von Polizisten mit dem Gewehrkolben aus dem Saal entfernt und verhaftet. Die sich wehrenden Abgeordneten, erhielten erhebliche Verletzungen. Dem Ukrainer Baczynski, der bereits in Wien die galizischen Ukrainer vertreten hatte, wurden von den Polizisten die Kleider buchstäblich vom Leibe gerissen. Den Tumult hatten inzwischen die Angehörigen der Ukrainischen Linken-Partei benutzt, noch vor der

Vereidigung, der sie fernbleiben wollten, mit dem Gesang der ukrainischen Volkshymne ins Parlament zu ziehen. Der Tumult steigerte sich; als es endlich zur Vereidigung kam, gaben alle ukrainischen Parteiführer die Erklärung ab, daß sie nur unter dem Zwange der Verhältnisse den Eid leisten würden. Pilsudski forderte in einer Erklärung den Sejm zur Zusammenarbeit mit der Regierung auf. Der Abgeordnete Bajkow wurde zum Alterspräsidenten gewählt.

Genosse Dazynski Sejm-Marschall Erste parlamentarische Niederlage Pilsudskis

W.B. Warschau, 27. März.

Der von Marschall Pilsudski in autoritativer Form empfohlene Kandidat zum Sejm-Marschall, Vizepräsident Dr. Bartel, ist im ersten Wahlgang unterlegen. Er erhielt nur die 142 Stimmen der Regierungsparteien. Im zweiten Wahlgang wurde der Sozialdemokrat Dazynski mit 206 gegen 136 Stimmen zum Sejm-Marschall gewählt. Für Dazynski stimmte die polnische Linke, die nationalen Minderheiten und ein Teil des polnischen Zentrums.

Das Wahlergebnis wurde von der Linken mit stürmischem Beifall begrüßt. Der Regierungsbund verließ indessen, begleitet von Hohnrufen der oppositionellen Mehrheit, den Saal. Auch die Minister räumten sofort nach Bekanntwerden der Abstimmungsergebnisse in höchster Eile die Regierungsbank. Der neu gewählte Marschall betonte in seiner außerordentlich ruhig und sachlich gehaltenen Antrittsrede, daß er sich zum Ziel gesetzt habe, ein hohes Amt unparteiisch zu verwalten und im Rahmen der Möglichkeit einer Zusammenarbeit der Regierung mit dem Landtag den Weg zu bahnen.

Dann nahmen Parteigenossen der inzwischen wieder freigelassenen radikalen Abgeordneten das Wort, um gegen diese Vergeßlichkeit der vertriebenen Rechte der Volksovertreter scharfe Verwahrung einzulegen. In später Abendstunden wurde die Sitzung geschlossen.

Die Wahl Dazynski hat in Polen eine sehr kritische innerpolitische Lage geschaffen. Man ist gespannt auf die Haltung der Regierung, um so mehr, als die Scharfmacher um Pilsudski sogar einer Sejm-Revision das Wort reden, weil der Landtag es gewagt hat, sich dem allmächtigen Willen des Marschalls zu widersetzen.

Das Anschwellen der Massensteuern

Von Heinrich Ströbel.

Man wird der Steuerpolitik des Vorkriegs-Deutschland wahrhaftig kein Uebermaß von sozialem Empfinden nachsagen können. Und doch waren damals die Steuern zwischen den Besitzenden und den nichtbesitzenden Volksmassen weit gerechter verteilt als heute. Die amtlichen Vergleichszahlen über die Gesamtsteuerlast in Deutschland — Reichsteuern, Ländersteuern und Gemeindesteuern zusammengenommen — in den Jahren 1913 und 1925 liefern dafür den unwiderleglichen Beweis. Im Jahre 1913 nämlich wurden an Besitzsteuern (Einkommensteuer, einmalige Vermögensabgabe, Grunderwerbssteuer einschl. Wertzuwachssteuer, Erbschaftssteuer und Vermögenverkehrssteuern) 1836 Millionen Mark erhoben, im Jahre 1925 dagegen 1960 Millionen Mark; an Massensteuern (Zölle und Verbrauchsabgaben, Verkehrssteuern, Umsatzsteuer, Hauszinssteuer und Lohnsteuer) im Jahre 1913 1460 Millionen Mark, 1925 dagegen 6623 Millionen Mark. An Steuern von Grundbesitz und Gewerbebetrieb gingen außerdem ein im Jahre 1913 662 Millionen Mark, im Jahre 1925 1517 Millionen Mark.

Von den insgesamt 4058 Millionen Mark Steuern, die 1913 in Deutschland insgesamt an Reichs-, Länder- und Kommunalsteuern erhoben wurden, waren also nur 1460 Millionen ohne weiteres als Massensteuern anzusprechen. Das war ein gutes Drittel der Gesamtsteuerlasten. Im Jahre 1925 dagegen stammten 6623 Millionen von insgesamt 10 100 Millionen aus Massensteuern, d. h. zwei Drittel aller Steuern! Im Gegensatz zu England, wo gegenüber der Vorkriegszeit die Verteilung der Steuerlasten auf Besitzende und Massen gerade umgekehrt gewesen ist, hat man in Deutschland also die durch den unfinnigen Krieg verursachte Vermehrung der Steuerlasten ganz einseitig und mit brutaler Rücksichtslosigkeit auf die breiten Massen abgewälzt, d. h. in allererster Linie auf die Arbeiterklasse.

Und seit dem Jahre 1925 ist das Bild für die Arbeiterklasse keineswegs günstiger geworden. Eine Gesamtübersicht über Steuern der Länder und Gemeinden existiert leider für die letzten Jahre nicht. Aber wir wissen ja, daß an eigenen Steuern der Länder und Gemeinden nur die Grund- und Gewerbesteuern und die Hauszinssteuer in Betracht kommen. Die ersteren haben gegenüber 1925 keine irgend erhebliche Veränderung erfahren. Dagegen hat sich die Hauszinssteuer um einige hundert Millionen erhöht, aber diese Steuer wird ja von den Mietern getragen, ist also eine Massensteuer.

Ziehen wir aber den Reichshaushaltplan für 1928 zu Rate, so ergibt sich, daß in dem Gesamtertrag an Steuern und Verbrauchsabgaben in Höhe von 8862 Millionen Mark allein folgende Massensteuern enthalten sind:

Lohnabzug	1300 Millionen Mark
Umsatzsteuer	1050 "
Beförderungsteuer	340 "
Zölle und Verbrauchsabgaben	2802 "

Insgesamt 5492 Millionen Mark

Diese 5492 Millionen Mark Massensteuern sind schon 62 Prozent sämtlicher Reichsteuern für 1928. Dabei stecken auch unter anderen Steuern (z. B. der Kraftfahrzeugsteuer, der Versicherungssteuer und der Lotteriesteuer) noch Beträge, die von den Massen aufzubringen sind. Singu kommt aber, daß in Wahrheit die Massensteuern noch höhere Erträge abwerfen werden, als in dem Haushalt-Entwurf und dem Nachtrag angenommen wird. Die Lohnsteuer wird mehr als 1300 Millionen erbringen, und auch die Zölle und Verbrauchsabgaben werden einen höheren Ertrag aufweisen als 2802 Millionen Mark; rechnet die Regierung doch schon für 1927 mit einem Ertrage von 2905 Millionen Mark, der aber sicherlich auch noch überschritten werden dürfte. Wir sehen also, die schmachvolle Tatsache des Jahres 1925 wird auch für 1928/29 bleiben, wie sie für 1927/28 geblieben ist: die Massensteuern, die 1913 nur ein Drittel der Gesamtsteuern ausmachten, werden reichlich zwei Drittel aller Steuern bilden!

Um die Schonung der Reichen und die ungeheure Mehrbelastung der Massen vollends ins richtige Licht zu setzen, halte man folgende Tatsachen fest:

Die Erträge der Besitzsteuern — 1936 Millionen im Jahre 1913 gegenüber 1960 Millionen im Jahre 1925 — sind nur um 1,2 Prozent gestiegen, die der Massensteuern dagegen — 1460 Millionen im Jahre 1913 gegenüber 6623 Millionen im Jahre 1925 — um nicht weniger als 354 Prozent! Und selbst wenn wir alle Grund- und Gewerbesteuern — 1517 Millionen im Jahre 1925 gegenüber 662 Millionen im Jahre 1913 — den Besitzsteuern zurechnen wollten, so wären alle Besitzsteuern nur von 2298 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 3477 Millionen im Jahre 1925 angewachsen, also nur um 51 Prozent. Das Wachstum der Massensteuern war also zehnmal so groß! Wir sehen also, daß gerade der Besitz durch unser heutiges Steuersystem außerordentlich geschont wird. Alle gegenteiligen Behauptungen sind Schwindel, denn unsere

Die Defizitwirtschaft des Bürgerblocks

Vormittags-Sitzung des Reichstags

Berlin, 28. März (Eigene Drahtmeldung).

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 10 Uhr vormittags. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung.

Abg. Dr. Hilsferding (Soz.)

weist darauf hin, daß 1924 1,1 Milliarden Uebererschuss in der Reichskasse waren. Leider sei der deutsche Etat nicht so elastisch wie der englische. Die folgenden Etats seien nur mit Hilfe des Uebererschusses von 1924 in Ordnung gebracht worden. Im außerordentlichen Etat 1927 sei ein Defizit von 1/2 Milliarden gemeldet. Jetzt bestehen noch 883 Millionen Defizit, wofür keine Deckung vorhanden sei. Dabei haben sich die Einnahmen um rund 2 Milliarden in diesem Jahre gesteigert. Diese Einnahmesteigerung ist im wesentlichen von den breiten Massen aufgebracht worden. Sie tragen ja zwei Drittel, der Besitz ein Drittel der Reichslasten. (Hört, hört!)

Die in der Beg. Brünning enthaltene Zulage einer Herabsetzung der Lohnsteuer ist nicht eingelöst worden. Die Zulage einer Erhöhung der Vermögenssteuern auch nicht. Darin zeigt sich die antisoziale Tendenz unserer Finanzpolitik.

Wir wollen eine weitere Einschränkung des Etatsrechts nicht zulassen. Wir wollen nicht die Bewilligung von neuen Ausgaben von einer Zweidrittelmehrheit abhängig machen. Das würde einer Minderheit das Recht geben, jede positive Politik der Mehrheit zu hindern. Das wäre eine Aufhebung des gleichen Wahlrechts von hinten herum (Beifall bei den Sozialdemokraten). Wir begrüßen die größere Klarheit im vorliegenden Etat. Aber die Bilanzierung des außerordentlichen Etats ist nur Scheinbär. In Wirklichkeit weist dieser Etat ein Defizit auf. Die Bilanzierung wäre nur möglich, wenn die günstige Wirtschaftskonjunktur weiter ansteigt. Der ordentliche Etat wird balanciert durch die Inanspruchnahme außerordentlicher Einnahmen. Die hohen

neuen Forderungen für Reichswehr und Marine

sind doch nicht so dringend, daß sie in einer Zeit schlechter Finanzlage unbedingt erfüllt werden müssen. Der Ergänzungsetat fordert 184,5 Millionen für das Kooperationsprogramm. Diese neuen Ausgaben sind vorgegeben ohne jede Deckung. Man hat einfach die Einnahmen aus den Zöllen und aus der Tabaksteuer höher eingeschätzt. Damit sind die allerletzten Rezerwen er-

schöpft. Das ist die Erbschaft, die die jetzige Regierung der kommenden überläßt. Um diese Erbschaft wird sich niemand reigen.

Im neuen Etat wird ein Defizit von 1,5, wahrheitsgemäß aber von 1,75 Milliarden Mark zu decken sein.

Die Schädigung des deutschen Kredits durch die Rede des Reichsbankpräsidenten Schacht ist noch nachhaltiger gewesen, als wir befürchtet hatten. Wir erwarten vom Minister eine offene Erklärung über das Regierungsprogramm in der Frage der ausländischen Anleihen. Die Reichsfinanzen sind verschlechtert worden durch den letzten Finanzausgleich mit seinen Liebesgaben an die Länder mit zu teurer Verwaltung (Zinsen: Panzer!) So kann es nicht weitergehen. Wir werden unserer Opposition gegen diese Politik Ausdruck geben durch die Ablehnung des vorliegenden Etats.

Abg. Dr. Quast (D.Nat.) wendet sich gegen die Ausführungen Hilsferdings. Wollen Sie wirklich behaupten, wir hätten durch verschwendische Wirtschaft das Defizit verschuldet? Ich höre eine solche Behauptung nicht. Sie wäre auch nicht zu beweisen. Wir haben das Minusverbe der vorangegangenen Regierung angetreten. Das zeigt sich besonders auf die Sozialpolitik. Es war gar nichts getan für die Beförderung, für die Sozial- und Rentenversicherung. Die notwendigen Mittel dafür hat Herr Finanzminister Dr. Reinhold nicht hinterlassen. Er hatte die Steuern gesenkt, nicht einmal zugunsten einer Stärkung der Produktion, sondern zugunsten eines kleinen Teils des Handels. Wir wollen die Stellung des Finanzministers so härten, wie sie im alten Preußen mit seiner ausgezeichneten Finanzwirtschaft war. Die Kritik des Abgeordneten Dr. Hilsferding war nicht sachlich, sie war schon für den Wahlkampf bestimmt. Unser eigenlicher innerer Etat wird ja immer mehr vermindert, weil der Löwenanteil unserer Mittel als Reparationslast ins Ausland flieht. Die Länder müssen sich einschränken. Es ist aber der Gipfel der Verlogenheit, wenn die Entente uns vorwirft, wir brächten einen gerechten Finanzausgleich nicht fertig. Dieser endgültige Finanzausgleich ist nicht möglich, bevor nicht unsere Dawesverpflichtungen endgültig geregelt sind.

Danach erhält der Kommunist Neubauer das Wort. Die Sitzung dauert um 12 Uhr fort.

Bartels Erkrankung sehr ernst. Die Berliner Blätter berichten, hat sich das Befinden des Landtagspräsidenten Bartels sehr verschlimmert. Die Lungenentzündung hat sich auf beide Lungenflügel verbreitet und das Herz wird schwächer und schwächer. Die Kräfte haben nur geringe Hoffnung, da das Herz nicht standzuhalten scheint. Der Kranke befindet sich nicht bei vollem Bewußtsein, sondern in einem Dämmerzustand.

Vorbereitungen zur Reichstagswahl

Marx beim Reichspräsidenten

III Berlin, 27. März.

Zahlen, die amtliche Zahlen sind, schlagen jeden Einwand glatt zu Boden. Und der Reichsfinanzminister Röhler hat ja selbst im Haushaltsauschuss erklärt, daß 1925 die Steuern um 2 1/2 Milliarden, 1926 um eine weitere halbe Milliarde abgebaut worden seien. Von diesem Steuerabbau um 3 Milliarden entfielen aber nur 850 Millionen auf die Umsatzsteuer, der Rest auf Besitzsteuern. Das Weniger an Umsatzsteuer wurde zudem für die Klassensteuern dadurch ausgeglichen, daß die Zölle und Verbrauchsabgaben gegenüber 1924 um rund 1 1/2 Milliarden gesteigert wurden!

Dagegen sind die Besitzsteuern in der Tat ganz gewaltig abgebaut worden. Nach Band 312 der Statistik des Deutschen Reichs, betitelt „Die deutsche Einkommenbesteuerung vor und nach dem Kriege“, betrug die veranlagte Einkommensteuer 1919 2.234.707.000 Goldmark. Da diese Goldmark über den Lebenshaltungsindezes berechnet waren, entsprachen diese rund 2 1/2 Milliarden Goldmark gut 3 1/2 Milliarden heutiger Reichsmark. Und da 1919 die Lohnsteuer noch nicht bestand, fielen diese 3 1/2 Milliarden Einkommensteuer noch ganz überwiegend eine Besitzsteuer dar. Diese Einkommensteuer des Besitzes ist heute aber um rund 2 Milliarden heruntergedrückt worden!

Ganz unberechtigt sind auch die Klagen der Landwirtschaft über zu hohe Steuerbelastung. Wenn die Landwirtschaft unter einer zu hohen Zinslast und unter zu niedrigen Erzeugerpreisen leidet, so sind das Notstände, die mit besonderen Mitteln zu bekämpfen sind; mit dem Steuerdruck hat diese Not der Landwirtschaft wenig zu tun. Denn, wie Genosse Meier (Baden) am 19. März im Reichstag richtig anführte, nach den amtlichen Mitteilungen wurden von der deutschen Landwirtschaft 1925/26 von insgesamt 2.200 Millionen Einkommensteuer (einschl. Lohnsteuer) ganze 79 Millionen bezahlt, 1926/27 von 2.500 Millionen ganze 87 Millionen. Rechnet man dazu 60 Millionen Umsatzsteuer, 80 Millionen Vermögenssteuer und 400 Millionen Realsteuern, so ergebe sich eine Gesamtsteuerlast für die Landwirtschaft von 620 Millionen oder ganze 5 Prozent der deutschen Steuerlast, von der zwei Drittel auf die nichtbesitzenden Massen entfallen.

Es ist wohl möglich, daß die Verteilung der 620 Millionen Steuern auf die einzelnen Schichten der Landwirte eine sehr ungerechte ist. Denn daß man im Landesfinanzbezirk Karlsruhe mit 14.491 Mark Einkommen auf 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche rechnet, im Landesfinanzbezirk Königsberg dagegen nur mit 1717 Mark, daß also die badiischen Kleinbauern 145 Mark Einkommen pro Hektar versteuern müssen, der preussische Großgrundbesitz dagegen nur 17 Mark, das schlägt in der Tat aller Vernunft und aller Gerechtigkeit ins Gesicht. Aber um diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen, müssen die Klein- und Mittelbauern gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Steuerdrückbergerien des Besitzes bekämpfen.

Rückstände an Steuern und Zöllen

Eine Denkschrift des Reichsfinanzministers

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Uebersicht über den Stand der Erhebung und Beitreibung der Besitz- und Verkehrssteuern, sowie der Zölle und Verbrauchsabgaben am 1. Januar 1928 überreicht. Aus dieser Uebersicht ergibt sich, daß bei einem Steueraufkommen der Besitz- und Verkehrssteuern in den Monaten Oktober-Dezember 1927 in Höhe von 1.060.004.000 Mark die Gesamtsumme der Rückstände 457.299.000 Mark betrug. Die Zahl der Rückstände belief sich auf 1.805.517. Es wurden gestundet 266.020.000 Mark. Bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben beliefen sich die gesamten Rückstände in den Monaten Oktober bis Dezember 1927 bei einem Aufkommen von 737.538.018 Mark auf 112.861.701 Mark. Hieron wurden gestundet 36.270.365 Mark. Bei dem Steuerabzug von Arbeitelöhnen betrug die Zahl der Rückstände insgesamt nur 3.911.000 Mark.

Bei den Besitz- und Verkehrssteuern ist also die Unternehmerschaft fast mit der Hälfte des gesamten Aufkommens im Rückstand geblieben. Diese Rückstände sind für das Kapital eine gewaltige Zinsersparnis, also gewissermaßen eine versteckte Staatsubvention. Auch die Rückstände beim Steuerabzug von Arbeitslohn kommen natürlich nicht den Arbeitern, die sich der pünktlichen Innehaltung ihrer vaterländischen Pflicht nicht entziehen können, auch wenn sie wollten, sondern den in Verzug geratenen Unternehmern zugute.

„Beamtenkoalition“ in Bayern

Die Erhöhung der Beamtenbeholdung beschlossen

SWD München, 27. März.

In achtstündigen Verhandlungen entschied am Dienstag das Plenum des Bayerischen Landtages über die Regierungsvorlage zur Erhöhung der Beamtenbeholdung. Unter Ausscheidung der bisherigen Regierungspartei des Bauernbundes hat sich in der Schlußabstimmung ebenso wie im Ausschuss eine neue Koalition, die sogenannte Beamtenkoalition, zusammengefunden, die alle bürgerlichen Parteien, angefangen von der Bayerischen Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten, vereinigt. Diese Mehrheit verhinderte in einer namentlichen Abstimmung die Einzeilerberatung der Vorlage und stimmte dann auch für die Annahme des ganzen Gesetzes. 71 Ja-Stimmen standen 43 Nein-Stimmen gegenüber, die sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Bauernbund und einigen bäuerlichen Abgeordneten der Rechtsparteien zusammensetzten.

Aus der Verteidigungsrede des Finanzministers Schmeitzle war zweierlei bemerkenswert, zunächst einmal die Angabe, daß von den 52 Millionen Beoldungserhöhung für die bayerischen Beamten rund 7 Millionen den Geistlichen beider christlichen Konfessionen zufließen, und dann erklärte der Minister gegenüber der sozialdemokratischen Opposition wörtlich: „Wenn Bayern seine finanzielle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit noch hätte, dann würde die bayerische Regierung eine Beoldungsvorlage gemacht haben, die im wesentlichen den Wünschen der sozialdemokratischen Fraktion Rechnung getragen hätte.“

Für die nächsten Tage erwartet man die endgültige Entscheidung darüber, ob die schleichende Regierungskrise nun mit einem offiziellen Ausschluß des Bauernbundes aus der Regierung endet oder ob die Bayerische Volkspartei aus Furcht vor dem Wahlkampf einer klaren Entscheidung ausweicht!

Der neue britische Oberkommissar im Rheinland. Der König von England hat die Ernennung von Mr. Seeds, bisherigen britischen Gesandten in Turin, zum Oberkommissar in der unterstellten Rheinlandkommission genehmigt.

Der Rundfunk im Wahlkampf

Anschließend an den Vortrag des Reichskanzlers Marx beim Reichspräsidenten hat sich das Reichskabinett versammelt. Wie die Vossische Zeitung aus zuverlässiger Quelle hört, hat sich das Reichskabinett entgegen anders lautenden Meldungen nicht mit der Frage der Demission beschäftigt. Die Gesamtdemission des Kabinetts werde erst erfolgen, wenn der neue gewählte Reichstag versammelt sei und eine neue Regierung gebildet werden könne.

Dagegen habe sich das Reichskabinett mit anderen Fragen befaßt, die mit den Wahlen zusammenhängen, vor allem mit der Rolle des Rundfunks in der Wahlpropaganda. Zum ersten Male sei der Rundfunk als Agitationsmittel in dem Wahlkampf 1924 benutzt worden. Kandidaten der verschiedensten Parteien hätten sich damals durch das Mikrophon an die Rundfunkhörer und Wähler gewandt. Bei den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1925 habe sich die Inanspruchnahme des Rundfunks auf je eine Rede der beiden Kandidaten Hindenburg und Marx beschränkt. Seither habe sich die Zahl der Rundfunkteilnehmer zehnfaufendfach vermehrt. Die Wirkungsmöglichkeit sei eine unendlich größere geworden; „aber seither sind“, so schreibt das Blatt, „auch die bekannten Risiken für die Benutzung des Rundfunks erschienen. Alles, was im Rundfunk übertragen wird, vor allem das gesprochene Wort, unterliegt der Zensur, und in den Richtlinien ist es ausdrücklich bestimmt, daß die Parteipolitik aus dem Programm des Rundfunks ausgeschlossen bleiben müsse.“

Wenden Wahlpropaganda zur Verbreitung durch den Rundfunk zugelassen, so erhebt sich die Frage, ob sie der Zensur unterworfen werden müssen. Diese Fragen waren heute im Reichskabinett aufgeworfen, und aber nicht zur Entscheidung gebracht worden. Zunächst ist der Reichsinnenminister beauftragt worden, sich mit den Parteien in Verbindung zu setzen, und deren Meinungen zu hören. Auf Grund der Meinungen der Fraktionen soll der Entschluß des Kabinetts erfolgen.

Wie der Soz. Pressedienst meldet, hat der Ueberwachungsausschuss vorgeschlagen, daß jeder politischen Partei das Recht eingeräumt wird, eine Rede im Rundfunk halten zu lassen, die von Berlin aus auf alle Sender des Reiches übertragen werden soll. Die preussische Regierung hat die vom Ueberwachungsausschuss vorgeschlagene Lösung befristet.

Nach der Abrüstungskonferenz

Amerika rüstet auf

WB Washington, 27. März.

Die Marinevorlage, die Ausgaben im Gesamtbetrag von 359.100.000 Dollar vorsieht, wurde heute vom Repräsentantenhaus angenommen. Davon sind 48 Millionen Dollar für den Beginn des Baues von acht 10.000-Tonnen-Kreuzern und zweier Unterseeboot-Flotillen bestimmt.

Einer Washingtoner Meldung des Pariser Matin zufolge werden die neuen englischen Marineverträge in Washington keiner besonderen Beachtung gewürdigt. Die amerikanischen Regierungsbeamten geben zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten geneigt sind, die Frage der Kreuzer zu erörtern, jedoch unter der Voraussetzung, daß wirklich Aussicht besteht, ein anderes Ergebnis als das von Genf zu erzielen. Was die Linienfahrtsfrage anbelangt, so glaubt man aber mit der Erörterung dieses Problems bis zur nächsten Washingtoner Konferenz warten zu sollen.

Litwinow protestiert

II Genf, 27. März.

Litwinow hat an den Präsidenten der vorbereitenden Abrüstungskommission Landon ein Schreiben gerichtet, in dem er im Namen der sowjetrussischen Delegation offiziell Protest gegen die Rede Londons beim Abschluß der Tagung der Kommission einlegt. Litwinow beanstandet in seinem Schreiben insbesondere die Erklärung Londons, die sowjetrussische Delegation möge in Zukunft in konstruktiver Weise in der Abrüstungskommission mitarbeiten und ihre Mitarbeit möge frei sein von destruktiven Tendenzen. Das Schreiben ist direkt an Landon, der sowjetrussische Gesandter in Paris ist, gelangt worden. Die Delegation hat jedoch das

Reudells Personalpolitik



Minister v. Reudell: „Meine Herren, ich forsche nicht nach Ihrer Parteizugehörigkeit, Ihr Neuperees garantiert mir sachliche Tüchtigkeit!“

tabineit aufgeworfen, und aber nicht zur Entscheidung gebracht worden. Zunächst ist der Reichsinnenminister beauftragt worden, sich mit den Parteien in Verbindung zu setzen, und deren Meinungen zu hören. Auf Grund der Meinungen der Fraktionen soll der Entschluß des Kabinetts erfolgen.

Wie der Soz. Pressedienst meldet, hat der Ueberwachungsausschuss vorgeschlagen, daß jeder politischen Partei das Recht eingeräumt wird, eine Rede im Rundfunk halten zu lassen, die von Berlin aus auf alle Sender des Reiches übertragen werden soll. Die preussische Regierung hat die vom Ueberwachungsausschuss vorgeschlagene Lösung befristet.

Dr. Wirth und die Demokraten

Uebernahme auf die Reichsliste des Zentrums?

Wie der Soz. Pressedienst meldet, wird der Reichskanzler a. D. Joseph Wirth das Angebot der Demokraten, in Düsseldorf, Ost und West zum Reichstag zu kandidieren, nicht annehmen. Der Reichsparteivorstand des Zentrums, der am 11. April in Berlin zusammentritt, dürfte ihm eine Kandidatur an aussichtsreicher Stelle der Reichsliste anbieten. Wirth ist davon bereits unterrichtet.

Eine in Düsseldorf stattgefundene Wahlkreisvertreter-Versammlung der Zentrumsparthei hat zum Spitzenkandidaten der Zentrumsparthei für den Wahlkreis Düsseldorf-St. Reichskanzler Dr. Marx proklamiert.

Reudells Personalpolitik

Nachdem der bisher im Reichskommissariat für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung tätige Referent Marx, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, ein Landratsamt in Schlesien übernommen hat, ist als sein Nachfolger am Reichsminister des Innern v. Reudell der deutsch-nationale Herr v. Steinrück ins Ministerium berufen worden.

Untersuchung der ungarischen Waffenschiedungen

SWD Paris, 27. März.

Das vom Völkerbundsrat zur Untersuchung der ungarischen Waffenschiedungen gebildete Dreierkomitee wird zu Ende dieser Woche in Paris zusammentreten. Auf Grund der von der ungarischen Regierung geleisteten Aufklärungen und Dokumente soll über die Methode der Untersuchung Bescheid gemacht werden. Dem Paris Solz zufolge dürfte eine Enquete an Ort und Stelle unerlässlich sein. Das Komitee werde deshalb Sachverständige nach Ungarn entsenden, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet sein sollen.

Italien und die Tagerkonferenz

England ist unzufrieden

II London, 27. März.

Der bisherige Verlauf der Tagerkonferenz in Paris hat in London nicht sehr beliebt. Auf englischer Seite scheint ein gewisser Druck auf Italien ausgeübt zu werden, nicht auf einer Gleichstellung mit Spanien und Frankreich in der Verwaltung der internationalen Zone zu bestehen, die je 4 Sitze in der gesetzgebenden Versammlung einnehmen, während Großbritannien nur über 3 verfügt, die auch Italien zugestanden werden sollen. Daneben bereiten die Forderungen Italiens, den Vizepräsidenten der gesetzgebenden Versammlung zu stellen und sich an der Vertretung in der Finanz- und Zollverwaltung zu beteiligen, einige Schwierigkeiten. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph berichtet, daß Italien besonders nachdrücklich auf der Bestimmung der internationalen Konvention bestohe, durch die es berechtigt ist, in Tager einen Verbindungsoffizier zu unterhalten, dessen Aufgabe die Durchführung einer strikten neutralen Haltung wäre. Auch an dem Schutz der Tagergewässer und an der Ueberwachung des Waffenschmuggels durch die französische, spanische und britische Flotte will Italien beteiligt sein.

Su den Ingenieurverhaftungen in Rußland

II Kowno, 27. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wird der Hauptbeschuldigte in der Danziger Affäre, Koster, heute abend unter strengster Bewachung nach Moskau gebracht und in das Lubjanska-Gefängnis eingeliefert worden. Wie die ukrainische Regierung dem deutschen Generalkonsulat in Charkow mitgeteilt hat, kann eine Zusammenkunft zwischen Vertretern des Konsulats und dem Beschäftigten nicht zustandekommen, da eine Einwilligung aus Moskau noch nicht eingetroffen sei. Ob noch in dieser Woche eine Zusammenkunft zustande kommt, scheint zweifelhaft, da die Ruffen in dieser Frage der deutschen Vorklagen gegenüber trotz der Verprechungen Lichtscherins Schwierigkeiten bereiten.

Tagung des Zentralvollzugsausschusses

II Kowno, 26. März.

Nach einer Meldung aus Moskau wird die Tagung des allrussischen Zentralvollzugsausschusses am 30. März im Kremi eröffnet. Diese Tagung verdient im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen in Rußland eine besondere Bedeutung, da in erster Linie die Ingenieurverhaftungen zur Sprache kommen werden und in dieser Frage zwischen dem Außen- und Justizkommissariat scharfe Gegensätze entstanden waren.

Dem Ende zu!

Marineetat und Lohmann-Komplex

Berlin, 27. März.

Der Wahltermin ist festgelegt und der Reichstag verendet allmählich an Arterienverkalkung. Schlecht und recht arbeitet er sein Benzin auf, ohne daß er auch nur noch zu einer großen Geistesfähig wäre. Er will nicht in Schönheit sterben, er verflucht wie ein überalterter, abgearbeiteter Adergaul. Der Marineetat hatte sonst alljährlich stürmische Zwischenfälle gebracht. Diesmal verliefen auch diese Debatten ohne jedes dramatische Intermezzo. Nicht anders war es bei den Erörterungen über den Lohmann-Komplex, der seit Monaten die Öffentlichkeit beschäftigt hat.

Nur einmal suchten die Gefolgsmannschaften der Botenleute etwas Leben in die Bude zu bringen. Ein letzter Seufzer des „völkisch-nationalen Bloßes“, der völlig gescheitert ist, wie schon vorher die Hakenkreuzerei der Hitler, Dinter und Reventlow. Sonst hat nur noch der Hirschhornbetriehe Oberbayer Eisenberger etwas Abwechslung in die Einöde der parlamentarischen Debatten gebracht und gegen 18 Uhr hatte der Reichstag sein Tagespensum absolviert.

Die Abstimmungen, die am Schluß der Sitzung wiederum in großer Zahl vorgenommen worden sind, drehten sich in der Hauptsache um den neuen Panzerkreuzer und um den Lohmann-Komplex. Auch da waren die Entscheidungen nicht mehr zweifelhaft. Die gesamte deutsche Bourgeoisie wünscht zu rufen, soweit das die Fesseln des Versailles Vertrages nur irgendwie zulassen. Schon im Ausschuß war Herr Gröner der neuen Kamme völlig sicher, der nunmehr die Ostsee vor „feindlichen Invasionen“, also gegen Polen, schützen soll. Nur die Demokraten sind aus der Rüstungsfront zeitweise ausgebrochen. Ihr Redner, Freiherr v. Rittshofen, gab eine Erklärung ab, in der mit vielem Bann und Aber diese wirtschaftliche Maßnahme begründet wird. Sie werden dafür die zweite Rate bewilligen, die nach den Wahlen im kommenden Reichstag fällig wird.

Wie schon unlängst dargestellt, besteht auch gegenüber dem Lohmann-Komplex eine unerschütterliche solidarische Front des gesamten Bürgertums. Jeder Redner aus diesen Kreisen war ängstlich bemüht, die Ehrenhaftigkeit der Person Lohmann hervorzuheben. Alle Parteien aber sind bestrebt, den sonst viel gefeierten, Herrn Dr. Gehler, in die Wüste zu schicken. Er hat rechtzeitig die gastlichen Gefilde der schwarzrotgoldenen Republik verlassen, um irgendwo unter der Sonne seiner Taten zu gedenken. Ohne seine Vernehmung wird, wie insbesondere von der Bürgerblockseite versichert wird, die Regresspflicht der Hauptschuldigen nicht endgültig zu klären sein und es wird sich zeigen, inwieweit Herr Gehler zu derartigen Aussagen Reueigung hat. Vor allem die Demokraten sind von dem Ergebnis der Untersuchungen schwer bedrückt. Sie kämpfen wie die Löwen um die Seele Peterchens Reinholds, des gefeierten Finanzministers aus der großen Seestadt Leipzig. Jedoch sie wird nicht mehr zu retten sein. Da aber alle Parteien mit Herrn Lohmanns Bestrebungen sympathisieren, dürfte seine Reputation nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Es handelt sich nur um die Ausschreibungen des Lohmann-Komplexes in der Wahlkampfszeit. Nach Ablauf derselben werden die Demokraten auch Herrn Reinhold nicht mehr groß tun.

Die Hintergründe des Lohmannschen Unternehmungsgeistes wurden naturgemäß in den Plenarberatungen nicht mehr aufgeschlüsselt, und auch die Rede des Genossen Heinig hat mancherlei Wünsche offengelassen. Damit sei nicht gesagt, daß der kommunistische Redner der Klärung dieser geheimnisvollen Zusammenhänge wesentlich dienlich war. Mit allgemeinen Schimpfereien auf die Sozialdemokratie ist es nicht getan und konkretes Material vermochte auch er nicht beizubringen. Sowie aber steht außer allem Zweifel, daß der Lohmann-Geist illegale Bestrebungen zu verdecken strebt, und wenn greifbarere Resultate nicht vorhanden sind, dann haben die Debatten dennoch gezeigt, daß, wie schon dargelegt, der Lohmann-Komplex nur ein unter anderen ist, die in ihrer Gesamtheit illegal zu verwickelten suchen, was Herr Bernstorff in Genf bei den Garanten des Versailler Vertrages zu verhindern suchte. Damit ergibt sich immer nur erneut, daß der Rüstungswahn mit der kapitalistischen Gesellschaft untrennbar verbunden ist, ganz gleich, ob man, wie in Deutschland g e h t, oder in Frankreich für den Vertrag von Versailles votiert.

In der Abstimmung wurden die Ausschlußbeschlüsse angenommen. Die Kommunisten hatten eine Entschlüsselung sowie einige Abänderungsanträge eingebracht. In einem derselben wird verlangt, daß die Verantwortlichen und Teilnehmer des Lohmann-Konzerns „in vollem Umfange regreßpflichtig“ zu machen seien. Dieser Antrag fand auch die Zustimmung der Sozialdemokraten, was freilich nicht zu verhindern vermochte, daß er durch die Solidarität der Lohmann-Parteien dem großen Papierkorb verfiel.

Im übrigen hofft man, daß der Zustand der parlamentarischen Agonie vorzeitig beendet wird. Wenn sich sonst keine weiteren Zwischenfälle mehr ergeben werden, dürfte die Grabrede für diesen Reichstag bereits am Freitag fällig sein.

Der ahnungslose Reichsanwalt

Wie die Zeit-Notizen mitteilen, hat die Reichsanwaltschaft entgegen den Erklärungen des Reichsjustizministers Herzog die am 14. März wegen versuchten „Vandensverrats“ zu seinem Monoton Festungshaft vorurteilten Rütter und Jacob Salomon am 17. März zum Strafantritt bis spätestens am 10. April in der Festung Gollnow in Pommern angeschlossen. Es bedurfte einer Intervention des Abgeordneten Genossen Rosenfeld im Reichsjustizministerium, um dieses zur Aussetzung der Haftanordnung gemäß der Zulage des Reichsjustizministers zu veranlassen.

Die Aufforderung zum Strafantritt war gezeichnet von Herrn Reichsanwalt Jorns. Wenn schon der Dienstverehr zwischen dem Justizministerium und der ihm unterstellten Reichsanwaltschaft offenbar so schlappend ist, daß Herr Jorns in der Hauptverhandlung erklären konnte, nach niemals von seiner vorgesetzten Behörde in einem politischen Prozeß eine Dienstausweisung erhalten zu haben, so müßte doch eigentlich die Tatsache, daß die Herren Bergt, Werner und Jorns derselben politischen Partei angehören, es wünschenswert erscheinen lassen, daß sie von Partei wegen rechtzeitig über die Intentionen ihres Ministers orientiert werden.

Die Kirchenaustritte in Thüringen

Das Statistische Landesamt Thüringen veröffentlicht eine Uebersicht über die Bewegung in der evangelischen Kirche. Daraus ergibt sich, daß 1926 gegenüber 1925 eine Steigerung der Austritte um über 100 Prozent stattgefunden hat. Es erfolgten 1925 4011 Austritte, während der Austritte im Jahre 1926 9157 betrug.

Abichluß des Phoebus-Andals

Die Ausschlußentscheidungen angenommen

Berlin, 27. März.

In der fortgesetzten Aussprache über den Marineetat im Reichstage erhielt zunächst das Wort:

Abg. Wegmann (Ztr.). Das Zentrum sei stets für Sparmaßnahmen zu haben, aber die vom Reichsrat gegen die Bewilligung des neuen Panzerschiffes angeführten Gründe seien nicht stichhaltig. Die Kinderpeinung ist nicht Reichsache. Das Reich hat dafür den Ländern wiederholt Mittel bewilligt. Wir brauchen ein solches Schiff, um bei einem etwaigen Ueberfall die Schaffung vollkommener Taktischen gegen uns verhindern zu können. Aus sachlichen Gründen bewilligen wir die Mittel für das neue Panzerschiff. Wir bedauern, daß wir so außerordentlich selten von den Angehörigen der Marine, besonders von den Offizieren, spontane Bekenntnisse zu der Republik hören, der sie dienen; dagegen so häufig Entgegnungen nach der anderen Seite.

Abg. Bräuninghaus (D. Vp.). Die Abrechnung des neuen Panzerschiffes sei angesichts der Schwäche unseres Landes nicht zu verantworten. Wenn Deutschland nicht politischen Selbstmord üben will, dann müsse es seine Flotte wenigstens in dem aus dem Versailler Vertrag gelassenen bestehenden Rahmen ausbauen. Das deutsche Volk würde sonst zum Spielball irgendeines abenteurertüchtigen Ruchbarn werden.

Abg. Frhr. v. Rittshofen (Dem.). Nach den Erfahrungen im Weltkrieg könne man nicht blindlings den Gutachten der Marine-Sachverständigen folgen. Unter dem Einfluß der Marinepolitik sei die Außenpolitik der Vorkriegszeit ein verfallener Blomarscher Bahnen gewesen. Zur Angelegenheit des neuen Panzerschiffes gibt der Redner für die demokratische Fraktion eine Erklärung ab, aus der sich ergibt, daß die Demokraten gegen die erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers stimmen werden.

Abg. Heidermeyer (Komm.). führt aus, keine Marine der Welt sei im Verhältnis zu ihrer Größe so teuer wie die deutsche. Der Marineetat sei gar nicht zu übersehen, denn er diene nur der „Vertatung“, der Geheimhaltung der Marineleistungen.

Abg. Voigt (Bayr. Vp.). Den von Sozialdemokraten und Kommunisten beantragten Streichungen könne die Bayerische Volkspartei nicht zustimmen. Es sei bedauerlich, daß die schlechte Finanzlage nicht einmal die Ausschüpfung der im Versailler Vertrag gegebenen Möglichkeiten gestalte.

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.). Die Parteien, die am Barmanstand beteiligt sind, haben kein Recht, sich über die Phoebus-Angelegenheit aufzuregen. Dr. Gröner hat in Spaa einmal erklärt: „Eid? Das ist ja nur ein Wort, weiter nichts!“ (Reichswehrminister Gröner verläßt den Saal; Ruhe bei den Nat.-Soz.: Der Angeklagte verläßt das Lokal)

Abg. Heidermeyer (Komm.) erhebt den Redner, zum Marineetat zu sprechen. (Großer Lärm bei den Nat.-Soz.: Ruhe! Unversämtheit! Das ist nun ein „unparteilicher“ Präsident! — Abg. Frick (Nat.-Soz.) erhält einen Ordnungsruf. — Die Nat.-Soz. rufen weiter: Schamlose Parteilichkeit! — Abg. Straffer (Nat.-Soz.) erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) fortfahrend: Präsident Rabe hat oft zur Kriegsdiensterweigerung aufgefördert (Anruhe bei den Nat.-Soz.) Wehrmachtangehörige, legt auch einen Wehrminister und seine Auffassung vom Eid an! (Abg. Straffer (Nat.-Soz.): Prozedere! Das ist das Richtige für den republikanischen Witzhaufen! — Ordnungsruf.) Wir werden für den Panzerkreuzer stimmen, weil wir hoffen, daß er im Material so zuverlässig sein wird, wie der Wehrminister unzuverlässig ist.

Abg. Heidermeyer (Komm.) erhebt für diesen letzten Satz dem Redner einen Ordnungsruf.

Reichswehrminister Gröner

erscheint wieder im Saal und erklärt: Die Marine ist ein wichtiger Faktor des Landheeres. Darum hoffe ich, auch die Demokraten noch von der Notwendigkeit des Panzerkreuzers überzeugen zu können. Der Außenminister Dr. Stresemann hat mich noch vor wenigen Stunden seines Einverständnisses mit meiner Haltung in der Frage des Panzerkreuzers versichert (Hört, hört! bei der Mehrheit), wir haben also keine außenpolitischen Gefahren zu befürchten. Ich bitte daher um Bewilligung des Marineetats. (Beifall.)

Abg. Eisenberger (Bayr. Bauernbund): Die Verständigungsverhandlungen mit England (vor dem Kriege) sind von den Herren Oshen in der Wilhelmstraße unterdrückt worden. (Schallende Heiterkeit.) Ich bin zwar kein Sachverständiger von der Marine (Heitere Zustimmung), ich verstehe aber soviel, daß ich sage: auf einen Wagen, vor den man zwanzig Ochsen spannen kann, kann man viel mehr Mist laden, als auf einen Wagen, vor den man nur zehn Ochsen spannen kann. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Es folgt die Einzelberatung des Ausschußverichts über die Lohmann-Untersuchungen.

Abg. Heinig (Soz.)

Sieben Monate hat es gedauert, bis wir die Lohmann-Angelegenheit einigermaßen überschauen konnten. Ein Dementi stellt sogar die direkte und indirekte Subventionierung der Phoebus-A.G. ab. Wenn dieses falsche Dementi mit der Abwesenheit des Ministers Dr. Gehler entschuldigt wurde, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß auch der Chef der Marineleitung von den Subventionen wußte. Wenn das Wehrministerium gleich den Mut zur Wahrheit gefunden hätte, dann wäre viel außenpolitischer Schaden vermieden worden. Ein großer Teil der Reichspressen hat sich mitschuldig gemacht an diesen außenpolitischen Schädigungen. Erst seit ein paar Monaten verlangen sämtliche Parteien volle Klarstellung der Dinge.

Die Erklärung des Reichsfinanzministers Dr. Marx vom 20. Januar dieses Jahres war in verschiedenen Punkten falsch, weil der Reichsfinanzminister auch nicht richtig unterrichtet war. Im Gegensatz zu der Kanzlererklärung sind doch Mittel des Marineetats in die Sache gesteckt worden; sind doch von Lohmann noch persönliche Geschäfte gemacht worden. Auch die Erklärung des Reichswehrministeriums im Ausschuß zeigte, daß er dabei nicht die Maschine des Reichsmarineamtes hinter sich hatte. Es war das Verdienst der Sozialdemokratie, daß der Saemisch-Bericht, wenn auch unter Weglassung wichtiger Kapitel, veröffentlicht wurde. Der Untersuchungsausschuß hat sich vor allem bemüht, die Verluste des Reiches zu vermindern. Es darf nicht alles gepahlt werden an die Leute, die mit Lohmann unter Ausnutzung seiner besonderen Lage Geschäfte gemacht haben. Serielle Banken wie Wendelssohn haben dem einfachen Kapitän Lohmann ohne jede Legitimation Aktienbeteiligungen gegeben und das Reich hat diese Beteiligungen einfach bezahlt.

Diese Banken verlangen jetzt sogar Verzugszinsen über den Reichsbankdiskont hinaus. Beunruhigend wirkt die Erkenntnis, daß der Rechnungshof die Etats gründlich geprüft hat, ohne daß er von all diesen heimlichen Geschäften etwas merkte. Wir müssen schon in allerhöchster Zeit bestimmte Fonds auch des Reichswehrministeriums gründlich prüfen. Sonst werden wir bei der Beilegung solcher Dinge in einiger Zeit statt Gehler und Reinhold Reichswehrminister Dr. Koch sagen müssen. (Hört, hört!) Wie ist es überhaupt möglich, bei den strengen Bestimmungen des Etatsrechtes, daß ein Ministerium Billionen von 28 Millionen einrechnen konnte? Die Reichshaushaltsordnung muß gründlich überarbeitet werden. Jetzt kann der Rechnungshof nicht einmal Einblick

in die Akten der Ministerien verlangen. Die ganze Lohmann-Affäre müde an wie ein schöner Berchthold-Roman aus dem Berliner Lokal-Anzeiger. Wir werden den Anträgen des Haushaltsausschusses zustimmen, aber auch dem kommunistischen Antrage, die verantwortlichen Minister, Vorgesetzten und sonstigen Beteiligten in vollem Umfange regreßpflichtig zu machen.

Abg. Trevisanus (D.-Nat.): Völlige Aufklärung des Lohmann-Komplexes werde daher erst nach der Rückkehr Gehlers möglich sein. Erst durch die Unterschrift des Herrn Reinhold sei die weitere Beweisaufklärung Lohmanns an den Millionenverlusten bei der Phoebus-Affäre möglich gewesen. (Hört, hört! rechts.) Die Phoebus-Bürgerschaft fehle auch in der Ende Dezember 1925 dem Haushaltsausschuß vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold streng vertraulich vorgelegten Bürgerschaftsnachweisung, obwohl die Vollständigkeit dieser Nachweisung unterschrieben versichert wurde. (Erneutes Hört, hört! rechts.) Für die dritte Gruppe der Lohmann-Geschäfte, die er auf eigene Faust getätigt hat, trage er allein die Verantwortung. Die persönliche Mafellosigkeit des Kapitäns Lohmann sei einwandfrei erwiesen. Es bleibe aber seine Verantwortlichkeit für die Millionenverluste.

Abg. Schneller (Komm.) nennt die von der Regierung abgegebenen Erklärungen ein Täuschungsmanöver. Die Lohmann-Unternehmungen seien ein Teil der von der Reichsregierung durchgeführten geheimen Kriegsvorbereitungen. Der Redner fordert, daß die verantwortlichen Minister Dr. Luther, Dr. Marx, Gehler und Dr. Reinhold vor den Staatsgerichtshof gestellt werden. Es sei der Gipfel der Schamlosigkeit, wenn Sozialdemokraten im Ausschuß die kommunistischen Enthüllungen mit der Drohung beantworteten, sie würden Geheimleistungen der Sowjet-Regierung enthüllen. (Präf. Uebe rügt den Ausdruck „Gipfel der Schamlosigkeit“.)

Abg. Bräuninghaus (D. Vp.) erklärt, seine Fraktion verurteile mit der gleichen Schärfe wie die übrigen die hier erörterten Vorgänge. Kapitän Lohmann habe sich als guter Offizier bewährt. Er habe offenbar seine wirtschaftlichen Fähigkeiten überschätzt.

Abg. Frhr. v. Rittshofen (Dem.) sieht die erste Ursache der ganzen Affäre darin, daß der Ruhrfonds seinerzeit nicht liquidiert worden sei. Wir Demokraten fanden in diesem Punkt im Gegensatz zu dem Minister Dr. Gehler, unsern damaligen Parteistand. Wir wollten ihn zur Antoniebedienung bewegen, aber er hat den Austritt aus der Demokratischen Partei vorgezogen. Die gegen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gerichteten Ausführungen des Abg. Trevisanus sind schon deshalb abwegig, weil Dr. Reinhold gar nicht über die Vorgänge informiert worden ist und zunächst dem Abteilungsleiter des Wehrministeriums, dem Kapitän z. S. Lohmann, glauben mußte, der ja heute noch als mafelloser Offizier gerühmt wird.

Abg. Wegmann (Ztr.) gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, die den Beschlüssen des Haushaltsausschusses zustimmt. Soweit das Finanzministerium diesen Eintrag zustimmte, hat es die Verantwortung dafür übernommen. Aufs schärfste ist es vorzuerklären, daß das Wehrministerium nicht die Tätigkeit der von Kapitän Lohmann geleiteten Abteilung kontrolliert und daß auch der Reichsfinanzminister nicht auf Kontrolle bestanden hat, als er 1925 von den Dingen erfuhr.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

weist den vom kommunistischen Abg. Schneller erhobenen Vorwurf zurück, daß die Sozialdemokratie die Vertuschungsarbeiten der Regierung unterstützt habe. Die Sozialdemokraten hätten sich vielmehr eifrig um die Aufklärung der Angelegenheit bemüht. Der Unterausschuß habe in dieser Beziehung gut und schnell gearbeitet. Die Kommunisten hätten bei ihren Behauptungen von deutsch-englischen Geheimleistungen gegen Rußland verschwiegen, daß Admiral Behne gleich nach seiner Entlassung aus dem Ministerium eine Reise durch Rußland unternahm, sie hätten auch nichts von den deutsch-rußischen Flugzeuggeschäften gesagt. (Hört, hört! — Anruhe b. d. Komm.) Der kommunistische Antrag, die verantwortlichen Minister vor den Staatsgerichtshof zu stellen, könne erst im Zusammenhang mit der Prüfung der Regresspflicht erzwungen werden. Diese Prüfung müsse bald erfolgen.

Reichswehrminister Gröner

Auf selten der Regierung bestehen keine Bedenken gegen die Anträge des Haushaltsausschusses. Den Wünschen des Reichstags ist schon insofern Rechnung getragen worden, als ich die Abwicklung der Lohmann-Unternehmungen aus der Marine herausgenommen und mit einem Mittelbarunterstellte habe. Die damit beschäftigte Gruppe meines Stabes wird dabei ständig beraten durch den Direktor Ritscher von der Reichskreditanstalt. Weiter ist dabei die engste Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium und dem Rechnungshof gewährleistet. Die für alle Ministerien vorgesehene Kontrollkommission wird im Reichswehrministerium in kurzer Zeit ihre Tätigkeit aufnehmen.

Abg. Dr. Pfeiffer (Bayr. Vp.) erklärt, der Reichstag müsse sich jetzt auf die Prüfung der eintreffenden Berichte beschränken. Nach einer Erwiderung des Abg. Schneller (Komm.) auf die Ausführungen des Abg. Müller (Soz.) ist die Aussprache beendet. Bei den Abstimmungen zum Marineetat wird der Antrag auf Streichung der Mittel für das Panzerschiff gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und einiger Mitglieder der Wirtschaftsuniversität abgelehnt. Nach Ablehnung der weiteren Streichungsanträge der Linken wird der Marineetat nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses in zweiter Lesung angenommen.

Die zur Deckung der Phoebusverpflichtungen in den Nachtrags-Etat eingestellten 7 Millionen werden gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt.

Die Ausschluß-Entscheidung zur Lohmann-Angelegenheit wird angenommen, nachdem der kommunistische Vorschlagsantrag (Regresspflicht der verantwortlichen Minister) gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt worden ist.

Hierauf werden die gestern zurückgestellten Abstimmungen zum Ergänzungsetat vorgenommen.

Der Ergänzungsetat wird mit der Ausschluß-Entscheidung zum Notprogramm angenommen.

Am 17.45 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch, 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung mit Teilen des Nachtrags- und Ergänzungsetats.

Waffenlager eines pommerischen Junkers

Wie die Völkische Zeitung aus Steinfur meldet, wurde auf dem Gut Eichswerder im Kreise Greifenhagen in Pommern ein Waffenlager ausgehoben, das vier Maschinengewehre, drei Maschinepistolen und eine große Menge von Eisen- und Stielhandgranaten enthielt. Die Gutsherrin, die mit ihrem Ehemann in Scheidung lebt, hatte die Anzeige erstattet. Die Waffen wurden der Reichswehr in Altdamm übergeben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herr in Leipzig
Verantwortlich für den Interzendenten: Hugo Zehrfand in Leipzig
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Völkische Zeitung Leipzig

Gesunde Nerven. Blut. Körperkraft erhöhen die Leistungsfähigkeit! Beste Erfolge durch Salomon'sches, bestes Geschenk für jedermann! Allein Köln: Salomon'sches Apotheke Postverwand Grunmachersche Straße

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Familien-Nachrichten

Nach langem schwerem Leiden verschied am 27. März meine herzensgute Tochter, unsere liebe Schwester und Braut, Fräulein

Gertrud Lippmann

im Alter von 20 Jahren

Die trauernde Mutter
Martha verw. Lippmann
nebst Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag 14 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Nach längerem Leiden entschlief Dienstag früh 8 Uhr nach meiner liebe Frau, unsere herzensgute und treusorgende Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter, Frau

Anna Krug geb. Lehmann

im 74. Lebensjahre.

L.-Löbnitz, den 27. März
Küstnerstraße 8

In tiefer Trauer

Franz Krug, im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Freitag nachm. 5 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Auf Wunsch der Verstorbenen werden Blumen Spenden dankend abgelehnt.

Gummi-Klose

LEIPZIG-HAINSTR. 17-19

Gummi-
Silber- und Kinnbinden
Knöchelbinden
Gummistrümpfe zur Erzie-
lung schlanker Knöchel u.
Beine, Senkfuß-Bandagen
Elektrische Massage-
Apparate



la Obstbäume sowie Beerenobst, Rosen Zier- u. Schlinggehölze und Koniferen kaufen Sie am besten direkt in der Baumschule. Größte Bestände bietet bei bester reeller Bedienung an
Karl Köhler, Baumschulen
Zuckelhausen-Lößnitz, Tel. 65176.
Unverändliche Besichtigung erbeten
Katalog und Beratung kostenfrei!

Reichsbanner-Kameraden!

Verlangt in Geschäften und Gastwirtschaften die

Reichsbanner-Zigarette

„In Treue fest“



Freude und Leid

verkündet Verwandten und Bekannten die **Familien-Anzeige**

Für die uns in so reichem Maße erwiegenen Aufmerksamkeiten anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes

Walter

denken wir herzlich.
Leipzig W 31, Gießstraße 25.
Malermaler **Herbert Kühn u. Frau.**

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief heute morgen 7 Uhr meine innigstgeliebte Frau, meine gute Mutter, liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Hermine Belger

geb. **Heyder**

im 52. Lebensjahre.

Leipzig W 33, Hellmuthstraße 15, I.
den 27. März 1928.

In tiefster Trauer

Otto Belger und Sohn
im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Die Trauerfeier findet Freitag, nachmittags 1/2 2 Uhr, in der Kapelle des Lindenauer Friedhofes statt.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Heute morgen verschied nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Auguste Anna Engler geb. Franke

im Alter von 72 Jahren.

Leipzig C 1, Lepplaystraße 5, III, den 27. März 1928.

In tiefster Trauer **Karl Engler**

im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Freitag, den 30. März, nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Kapelle des Johannistriedhofes aus statt.

Zur Konfirmation

in **allergrößter Auswahl**
Ringe, Ohrringe, Broschietten,
Colliers, Ketten, Armbänder,
Knöpfe usw.



Konfirmations-Uhren

in **Riesen-Auswahl**

Taschen- und
Armband-Uhren von Mk. **5.-** an

Zur Trauring-Ecke Paul Rauffus

Reichsstraße 4-6 (Specks Hof) - Uhren- und Goldwaren-Spezialhaus
Besichtigen Sie bitte unsere Riesen-Auslagen in den großen Schaufenstern.

Bund sozialistischer Freidenker



Bezirk Leipzig
Neue Feuerbestattungsstelle
organisierter Freidenker

Bezirk Leipzig
Am Freitag, dem 30. März 1928, 19.30 Uhr, im Volkshaus,
Hohenstein links

Funktionärversammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Richard Lehmann: Rede, Abschreibung, Erziehung im Strafvollzug. (Arbeitsprogramm des Bundes los. Freidenker: 8. Abschaffung der Todesstrafe.)
2. Organisationsangelegenheiten:
a) Wahl eines Bezirks-Revorg.; b) Beschlusfassung über die **Satzungen des Funktionär-Hilfsfonds**; c) Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Funktionäre des B. S. F. sowie der Bezirksdelegierten der N. S. S. ist unbedingt notwendig!
Die Bezirksvorstände.

Räumungs-Ausverkauf
wegen Aufgabe des jetzigen Ladens
Nur noch **5 Tage**

Damen- u. Kinder-Konfektion, Stoffe, Teppiche, Gardinen usw. — Nur Qualität. — Fabelhaft billige Preise.

Hans Zollner, Zeltzer Straße 2, Ecke Albertstraße

Möbel
TEILZAHNUNG

1/10 ANZAHLUNG
24 MONATSRATEN!
Küchen-Schlafzimmer
Speise- u. Herrenzimmer
Teppiche u. Linoleum
Korbmöbel-Kleinföbel
Einzelmöbel
Polstermöbel

PETER & Co
KATHARINEN-STR. 4 I, II

! Gesichtspickel!
Mittler usw. föhnt. Sie wirklich mit so leichter Mühe beseitigen! So bin ganz bereit, Ihnen dieses einf. Mittel kostenlos mitzutellen. Frau M. Poloni, Hannover 018 Edenstraße 30A. *

Schlafzimmer
90x120 cm
komplett **675.-**
Mk.
Schlafzimmer
Sohrark 120 cm
komplett **450.-**
Mk.
Herrenzimmer
komplett **350.-**
Mk.
Küchen, instiert
120 cm x 220 cm
kompl. **225.-**
Mk.
Schränke
120 cm, zerlegbar
1/2 Wäsche **110.-**
Mk.
Größt. Auswahl
Billigste Preise
bei hequener
Teilzahlung
Möbelhaus
POLL
Eutr. Markt
(Gosen-Schänke)
Strauenb.
14, 16, 21

Stellenangebote

Zurichter

für Bank und Maschine per sofort gesucht
Wilhelm Jeute G. m. b. H.
Rauchwaren Zurichtererei und -Färberei
L.-Lindenau, Angerstraße 44

Tee

Vertreter
Selbständigkeit ohne Kapital (mod. Tees)
Verdienst ca. 70 %
Nur Bewerber aus der Branche werden berücksichtigt
Off. u. DO 3413
an Ala Hasenstein & Vogler, Dortmund

Neu von Verdienst i. Gastw. Ladenbel. u. Vertreter zu verg. Ausst. Off. u. U. 84 an die Exp. d. Bl. Tauch. Str. 19/21.

Gesucht werden selbständige Anreißer

für Eisenkonstruktion und Fahrzeugbau. Bewerber müssen schon in solchen Betrieben tätig gewesen sein.
Deffentlicher Arbeitsnachweis des Sozialrates Halle a. S., Luisenstr. 7.

Verkäufe
Für Wollblumen
Ziergräser
Laubstiele
f. Wiederverkäufer billigst Bezugsquelle
Graden, Hainstr. 23

Ein Weg, der sich lohnt
und den Sie niemals bereuen führt bei Bedarf in
Bettstellen, Matratzen, Chaiselongues, Wollunterbetten, Steppdecken, Inletts, Bettfedern, auch Reinigung, kompletten Schlafzimmer-Einrichtungen, Einzelschränken, Waschkommoden u. dgl. dorthin, wo viele tausend Kunden den Wert eines vorteilhaft Einkaufes zu schätzen wußten. in das bestens bekannte

Betten-Spezial-Geschäft
Hauptgeschäft Gerberstraße 5b
2. Geschäft: Albertstraße 31
Gesch.: L. Schön, Scheumannstr. 6
4. Geschäft: Lützner Straße 29
Auf Wunsch Zahlungsvereichterung
Vorsicht! Auf Hausnummer und Firma L. Schön achten!

Donnerstag - Freitag - Sonnabend
3 Reste-Tage

- | | | | |
|---|-----------|--|------------|
| Hemdentuch-
Reste, ca. 80 cm breit Mtr. 45 35 | 25 | Waschsamt-
Reste, Horstest u. waschocht Mtr. 1.50 | 120 |
| Hemdenbarchent-
Reste, gestreift Mtr. | 40 | Gardinen-Schals | 150 |
| Stangenleinen-
Reste, ca. 80 cm breit . . . Mtr. | 70 | Reste für
Scheib.-Gardin. 50 | 20 |
| Schürzensatin-
Reste, gute Muster Mtr. | 70 | Reste zum Ausbessern | 20 |

Außerdem gewähre ich trotz herabgesetzter Preise auf Woll- und Seidenstoff-Reste, Herrenstoff-Reste, Zephir-Reste, Musselin- und Voile-Reste angestaubte Wäsche, einzelne **15 %** der auf dem Kassenzettel Oberhemden ein. Extra-Rabat v. abgezogen wird.



ARBEITERINNEN

für Rauchwaren-Zurichtererei u. -Färberei p. sofort gesucht
Wilhelm Jeute G. m. b. H.
Leipzig-Lindenau, Angerstraße 44

Vertreter für Pegau gesucht!

Für namhaften Artikel, welcher in jeder Familie gebraucht wird, geeigneter Vertreter gesucht, Bewerber welche in der Arbeiterkassend. tätig sind u. hieran notwendiges Organisationsmaterial verfügen, wollen sich Donnerstag, den 29. März 4-8 Uhr, im Reichsbüro in Pegau vorstellen. Vergütung vorläufig nicht notwendig. Für Beitragsleistungen der Gewerkschaft und Betriebsräte besonders geeignet

Küschner

für Futter und Anbraten gesucht.
Brühl 76-78, V. Etage rechts
Zum Planieren eines mit Bauschutt befallenen Lagerplatzes in Connewitz wird ein kräft. Arbeitsmann gesucht.
Schmeißer, Leipzig, Bayreuther Straße 58.

Das österreichische Heer

Von Hanns-Erich Kaminski.

Die folgenden Ausführungen sind nicht nur im Hinblick auf die augenblicklich stattfindende Reichswahldebatte im Reichstag interessant. Sie verdienen Beachtung auch im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf, in dem die Reichswehr zweifellos besonders umstritten sein wird.

Redaktion.

Wenn man österreichische Truppen beim Exerzieren beobachtet, sieht man nichts, was sie von anderen Armeen unterscheidet. Die Kasernenhöfe der ganzen Welt sehen sich ähnlich, von den Kommandos hört man immer nur ein paar unverständliche Befehle, und wenn nicht die verschiedenen Farben der Uniformen wären, könnte man glauben, es gäbe überhaupt keine Unterschiede. Aber wenn man ein wenig tiefer blickt, merkt man doch bald, daß das österreichische Heer sich zu einem ganz besonderen Typus entwickelt hat. Man kann dieses Besondere in einem einzigen Satz zusammenfassen: Der österreichische Soldat selbst Volksgenosse der demokratischen Republik auch im Waffenrock. Außerhalb des Dienstes ist er ein freier Mann, auf dessen Privatleben der Staat nur sehr geringen Einfluß hat.

Selbstverständlich haben die Soldaten das aktive und passive Wahlrecht. Sie dürfen jeder Partei angehören, und sie haben außerdem ihre Berufsverbände, die genau wie andere Gewerkschaften arbeiten. Die einzige Beschränkung, die ihnen das Gesetz dabei auferlegt, ist das Verbot, bei politischen Veranstaltungen in Uniform zu erscheinen. So sah man bei der Maifeier hinter einem Schild, auf dem „Soldaten“ stand, den größten Teil der Wiener Garnison in geschlossenen Formationen, ihre Mützen an der Spitze, vor dem Rathaus aufmarschieren. Die einzelnen Truppenteile waren, genau wie die Betriebe, durch Tafeln bezeichnet, und seine militärische Note erhielt dieser Aufmarsch allein dadurch, daß nach Schluß der Demonstration die Truppen auf ihren eigenen Wunsch am Parlament vorbeizogen.

Zur Wahrnehmung ihrer Interessen im Dienst haben die Soldaten ihre Betriebsvertretung, wenn man sich so ausdrücken darf. Jede Kompanie wählt einen Vertrauensmann, der sich um alles, was das persönliche Wohlergehen der Mannschaften angeht, kümmert. Der Dienst dauert acht Stunden, er darf jedoch zu Reinigungs- und Aufbaumarbeiten bis zu zehn Stunden verlängert werden. Die meisten Soldaten wohnen außerhalb der Kasernen. Auch eine Heiratsbeschränkung gibt es nur bis zum vierundzwanzigsten Lebensjahr.

Die wichtigste Einrichtung aber, die den Soldaten ihre Rechte und dem Parlament die ständige Kontrolle über das Heer sichert, sind die Parakommissionen. Es gibt deren drei. Sie haben ihre Amtsräume im Heeresministerium, können unangemeldet Inspektionen vornehmen und haben Anspruch auf alle Auskünfte. Da die Christlich-Sozialen und Großdeutschen in der Regierung sitzen, ist von wesentlicher Bedeutung natürlich nur der sozialdemokratische Parakommissionar. Es ist das der Abgeordnete Dr. Deutsch und sein Stellvertreter, der ehemalige Generalstabchef der Jüngarmee, General Körner.

Die österreichische Sozialdemokratie hat also das Glück, auch für diesen schwierigen Posten die geeigneten Männer gefunden zu haben. General Körner war einer der hervorragendsten Offiziere der 1. u. 2. Armee, die ihm mehrere ihrer größten Erfolge im Weltkrieg verdankte. Und das Interesse Deutschlands an militärischen Dingen ist so groß, daß er sich sogar oft an der Lösung der Generalstabsaufgaben beteiligte. In den ersten Jahren nach der Revolution war er Heeresminister, und er ist auch der eigentliche Schöpfer der neuen Wehrmacht. Wenn Österreich so groß wie Rußland wäre, würde die Welt ihn als einen zweiten Trautzschen kennen, woraus man heilsüßig entnehmen kann, daß jede richtige Revolution auch ihren Carnot findet. Der Einfluß Deutschlands ist um so größer, da er gleichzeitig auch der Führer des republikanischen Schutzbundes ist, und damit an der Spitze einer Macht steht, die das Heer an Stärke weit übertrifft. Unter seiner Führung kämpft die Sozialdemokratie erbittert nicht nur um die Seele der Soldaten, sondern auch um den militärischen Ausbau der 1. u. 2. Armee. Denn in Österreich ist es umgekehrt wie in den meisten anderen Ländern. Die Bourgeoisie hat gar kein Interesse an diesem Staat, und wenn morgen Horthy oder sonstwer in Österreich einmarschierte, um Anspürche der Habsburger geltend zu machen, würde sie es wahrscheinlich nicht einmal ungern sehen. Sie hat folglich auch kein Interesse an der Armee, die die Republik zu verteidigen hat. Die Sozialdemokratie hat daher schon Recht, wenn sie für diese Armee, die ein wirkliches Instrument der Republik ist, sorgt. Sie darf das allerdings ohne Furcht tun, da die ganze Lage Österreichs ja eben aggressiven Militarismus ausschließt.

Natürlich versucht die Regierung Seipel, das Heer dem Einfluß der Sozialdemokratie zu entziehen, die Rechte der Soldaten einzuschränken und den ganzen Dienstbetrieb womöglich der deutschen Reichswehr anzugleichen, in der viele der alten Offiziere ihr Vorbild sehen. Der Kampf darum bildet den Gegenstand unaufrichtiger Auseinandersetzungen. Erleichtert wird der Sozialdemokratie dabei ihre Tätigkeit freilich durch die Tatsache, daß in Österreich jede Anstellung an die alte Armee etwas Abfurdres hat. Die 1. u. 2. Armee hatte ja keine nationale Basis, sondern wurde alleinstehend durch die Dynastie zusammengehalten, und wenn man jetzt nach deutschem Muster Traditionskompanien zu schaffen unternimmt, so weiß in Österreich eben jeder Mensch, daß die Offiziere der alten Regimenter heute vielleicht in der ungarischen oder tschechoslowakischen Armee Dienst tun. Man hat, gleichfalls nach deutschem Muster, den Offizieren erlaubt, ihre Kriegsortden zu tragen. Tatsächlich sind das jedoch ausländische Orden, da sie fast alle die Ehrenzeichen von Ländern tragen, die mit Österreich nur durch die Personalunion der Habsburger verbunden waren und mittlerweile selbständig geworden sind.

Die österreichische Wehrmacht besteht dem Friedensvertrag zufolge aus 30 000 Mann, die indessen selten vollständig sind. Die Anwerbung erfolgt in der Reihenfolge der sich Meldenden, so daß reaktionäre Schichtungen ausgeschlossen sind. Die Wehrzahl der Neulingen rekrutiert sich aus den Wiener Arbeitslosen. Da die Beförderungen der ältesten Kompetenz des Kriegsministers unterliegen, gehören die meisten Offiziere jedoch den bürgerlichen Parteien an. Die Dienstzeit dauert sechs Jahre. Nach deren Ablauf bleiben etwa 40 Prozent der Wehrmänner im Staatsdienst, entweder im Heer selbst oder in anderen Stellungen, 30 Prozent kehren in ihren bürgerlichen Beruf zurück, und die letzten 30 Prozent ungefähr, meist Leute, die vorher Hilfsarbeiter, also ohne spezielle Ausbildung waren, ergreifen neue Berufe. Auf ihren Wunsch können sie bereits in den letzten drei Jahren der Dienstzeit darauf vorbereitet werden, und zwar erfolgt diese Vorbereitung in privaten Werkstätten oder in den militärischen Werkstätten. Mit Ausnahme einer vierteljährigen Waffenübung sind die Soldaten während dieser Zeit von jedem militärischen Dienst befreit.

Mit Erlaubnis des Kriegsministers durfte ich die Wiener Lehrwerkstätte — eine zweite gibt es in Linz — besichtigen. Ich wurde dabei von Dr. Deutsch geführt, so daß ich auch gleich den Parakommissionar bei seiner Tätigkeit beobachten konnte. Schon der erste Schritt zeigte das industrielle Prinzip der Werkstätte. Es gibt hier kein Antreten mit Appellen und ähnlichen Brimborium. Statt dessen hängt am Eingang wie in jeder Fabrik eine Stachuhr, durch die jeder Soldat beim Arbeitsantritt kontrolliert wird. Die meisten wohnen außerhalb der Kasernen und kommen in Zivil. Im Dienst oder vielmehr bei der Arbeit tragen sie ebenfalls häufig bürgerliche Kleidung, in der Regel das Arbeitskleid ihres Gewerbes. Ehrenbezeugungen werden in den Werkstätten nicht ge-

leistet. Der Kommandant, ein Oberleutnant, versicherte mir, daß die Disziplin trotzdem ausgezeichnet sei. „Ich habe kaum Strafen zu verhängen“, sagte er, „hier herrscht die Disziplin in der Arbeit, und die ist viel strenger als die militärische.“

Die Werkstätte enthält verschiedene Abteilungen: eine Tischlerei, eine Maschinenschlosserei, eine elektrotechnische und andere. Wenn eine Stelle frei wird, kommt sie zur Ausschreibung im ganzen Bundesheer, so daß sich jeder dazu melden kann. Die Ausbildung geschieht durch Wehrmänner, die die Meisterprüfung abgelegt haben. Jeder Meister hat immer sechs Lehrlinge, die nach Beendigung der Lehrzeit ihre Gesellenprüfung bei den zuständigen Innungen zu bestehen haben. Die gesamte technische Leitung liegt in den Händen eines Ingenieurs, der dem Militärkommandanten gleichgestellt ist.

Die Soldaten-Lehrlinge erhalten ihre gewöhnlichen Bezüge. Wie in jeder österreichischen Kaserne steht ferner der Etat für die Menage unter ihrer eigenen Verwaltung. Wir erkundigten uns in der Küche nach dem Essen. Da die Mannschaften am Abend Brot verzehret haben, können sie morgens Milchsuppe und mittags Suppe, Fisch oder Fleisch mit Beilage und Mehlspeise erhalten.

„Viermal in der Woche gibt es Braten“, erklärte der Koch voll Stolz, „jeht haben sie Schnitzel verlangt, und auch das können wir ihnen geben, ohne daß sie Zuschüsse zu leisten brauchen.“ Dr. Deutsch fragte, ob die Leute auch zuriiden seien. „Es ist nicht ganz einfach, alle Wünsche zu befriedigen“, bekam er zur Antwort, „wir haben hier nämlich viele Tiroler und Steiermärker, und die wollen natürlich immer gern ihre heimischen Gerichte haben.“ Vor mir klagte plötzlich die Bifon von Steirischen und Marmelade an.

Selbstverständlich, das gibt es auch in Deutschland nicht mehr. Aber bei uns ist das ganze militärische Drum und Dran, das dazu gehörte, geblieben oder wiedergekommen. In Österreich spürt man auch im Heer den sozialen Geist der Republik. Während wir durch die Gebäude schritten, machten einige Soldaten von ihrem Recht Gebrauch, sich direkt an den Parakommissionar zu wenden und ihm ihre Wünsche vorzutragen. Die Sozialdemokratie nimmt ihre Interessen jedoch nicht nur aus parteipolitischen Gründen wahr. Die militärischen Fachleute der Partei sind auch überzeugt, daß das Heer der Republik desto besser ist, je weniger es auf stumpfen Drill und je mehr es auf der technischen Durchbildung jedes Mannes beruht.

Aus Nah und Fern

Lynchjustiz im Nonnenkloster

SPD Berlin, 27. März.

Der „Eindreher“ in das Nonnenkloster Lauterach bei Brezgen, bei dem der Eindringling, ein 25 Jahre alter Eisenbahner, sein Leben einbüßte, hat nun eine überraschende Auffklärung gefunden und zugleich ein trauriges Bild einer vorverfallenen Volksbestie entziffert.

Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der „Eindreher“ lediglich die Absicht hatte, eine ihm in Liebe zugegangene junge Nonne heimlich zu besuchen, wofür er den einzig möglichen Weg durch das Kloster wählte. Die Oberin des Klosters hatte aber vorher schon Punkte gerochen, weshalb die Jellensassinnen aus, so daß an Stelle der jungen Nonne eine alte den feurigen Romeo empfing. Sie schlug Alarm, alsbald läutete die Sturmglocke des Klosters und als erster drang der Obmann der Merikalen Heimwehr mit gezogenem Revolver ins Kloster ein. Als er im Gang einen Mann im Handgemache mit zwei Nonnen erblickte, schoß er sofort aus unmittelbarer Nähe auf den „Eindreher“, der mit einem Bauch- und zwei Brustschüssen zusammenkürzte. Diese Überwältigung war keine Selbsttötung, da der junge Eisenbahner völlig unbewaffnet war und sicher auch ohne die tödlichen Schüsse an der Flucht hätte gehindert werden können.

Inzwischen waren weitere Dorfbewohner herbeigeeilt, und was sich nun abspielte, hatte mit Hilfeleistung wahrhaftig nichts mehr zu tun. Mit unbändiger Rohheit wurde von allen Seiten auf den am Boden liegenden Schwerverletzten eingeschlagen, er wurde brutal misshandelt und schließlich an den Füßen aus dem Kloster hinausgeschleift. Dann gelang es einigen verhängnisvollen Leuten, die rasend gewordenen Klosterbrüder von ihrem Opfer abzubringen und es hinter den Mauern des Armenhauses vor der Mühle zu schützen. Aber es war zu spät, der arme Kerl starb wenige Stunden nach seiner Einlieferung in das Brezgen Hospital an den Folgen der an ihm verübten Lynchjustiz. Zu spät auch erkannte man, daß es sich um den Sohn eines frommen Klosternachbarn handelte, der selbst Mitglied des Christlichen Arbeitervereins war.

Deutschlands Zukunft in der Luft

Reichstagskandidat von Hünefeld

SPD Berlin, 27. März.

Die Ausichten für den angeblich projektierten Flug des Herrn Köhl über den Atlantischen Ozean wären angesichts des zur Verfügung stehenden Flugzeuges genau so einzuschätzen, wie die bisher ausnahmslos tödlich verlaufenen Überquerungsversuche in westlicher Richtung, wenn die Ernsthaftigkeit der Absicht feststände. Immerhin hat Herr Köhl schon einmal dem Drängen seines allzu tüchtigen Managers Herrn v. Hünefeld widerstanden und hat im Herbst einen Flug von Dessau nach Amerika im Hinblick auf das schlechte Wetter in Bremen abgebrochen; es ist zu hoffen, daß er diesmal die nötige Festigkeit aufbringen wird, solange keine Aussicht auf einen überhaupt möglichen Erfolg gegeben ist. Andererseits möchte er sich die Chance nicht entgehen lassen, die ihm seine Geldgeber mit der Finanzierung eines eigenen amerikanischen

Reichsgerichtsjustiz



Nachdem tatsächlich festgestellt ist, daß der Ritter Traugott v. Jagow an der Jungfrau Germania das Verbrechen der versuchten Nothucht verübt hat, wird genannte Jungfrau verurteilt, für diese Mißhandlung ihrem Schänder eine lebenslängliche Rente zu zahlen. Von Rechts wegen!

Flugunternehmens in Aussicht gestellt haben, falls er als erster drüber landen sollte.

Herrn v. Hünefeld, Angehörigen des Norddeutschen Lloyd, hat der Flug lediglich politische Bedeutung, und zwar weniger außenpolitische Preisgebendungen, als parteipolitische. Er hält den Herrn von Doorn wie im vorigen Herbst über das Flugunternehmen telegraphisch auf dem laufenden und möchte das eventuelle Gelingen nach dem Dank an den Höchsten als einen Erfolg des Protektorates dieses allerbhöchsten Herrn für die deutsch-nationale Sache buchen.

Herr Graf Westarp hat ihm denn auch bereits eine Kandidatur für den Reichstag angeboten, die Herr v. Hünefeld angenommen hat. Ob er persönlich am Start teilnehmen wird, steht noch nicht fest.

Die Chetragödie im Friseurladen

SPD Berlin, 27. März.

Ein Gattenmordprozeß begann am Dienstag vor dem Schwurgericht. Angeklagt ist der 37jährige Friseur Walter Dittmer, dem zur Last gelegt wird, in der Nacht zum 2. August vorigen Jahres in seinem Friseurladen vorsätzlich, aber nicht mit Überlegung durch Erschlagen den Tod seiner Ehefrau herbeigeführt zu haben.

Dittmer hat ursprünglich seine Tat gestanden, behauptet aber jetzt, in Notwehr gehandelt zu haben. Er war bereits zweimal verheiratet, bevor er die von ihm getödete Frau kennenlernte. Alle Ehen waren sehr unglücklich. Seine erste Frau schrieb in ihrer Verzweiflung an ihre Mutter: „Hole mich hier heraus, oder ich nehme mir das Leben.“ Als die Mutter ihr Kind zurücknahm, war das früher blühende Mädchen vollkommen abgemagert; es verstarb kurze Zeit später. Seine zweite Frau schlug der Angeklagte bereits vor zweitem Tag nach der Eheschließung; Streitigkeiten waren zahlreich, die Ehe wurde tags darauf geschieden. Die dritte Frau des Dittmer war ebenfalls eine Friseurgeschäftsinhaberin. Zuerst ging alles gut, dann wurde die Frau eifersüchtig, da sie annahm, daß ihr Mann sich mit den weiblichen Angestellten abgab. Das Verhältnis der Gatten wurde immer gespannter. Eines Tages kam der Angeklagte dazu, wie seine Frau die Mutter seines Lehrlingens vor ihm warnte und ihr riet, das Mädchen auf der Stelle fortzunehmen. Am nächsten Tage fand die Polizei die Frau des Angeklagten mit Schüttwunden am Hals erwürgt im Bett auf. Am Abend desselben Tages stellte sich Dittmer noch langem Umhertreiben der Polizei. Nach der Angabe des Angeklagten war zwischen den Ehegatten in der fraglichen Nacht ein neuer heftiger Streit entstanden, in dessen Verlauf ihn die Frau mit einem Beil bedrohte. In der Notwehr will er ein Rasiermesser genommen, die Frau aufs Bett gemorfen und ihr Mund und Nase zugeprügelt haben. Zu der Verhandlung sind 20 Zeugen und drei Sachverständige geladen.

Ein Großfeuer

SPD Stettin, 27. März.

Ein Kiesenfeuer brach in der Nacht zum Dienstag, gegen 2 1/2 Uhr, im Großkraftwerk Stettin aus. Als der erste Löscharbeit der Feuerwehr an der Brandblätte eintraf, stand das große Pumpenhaus bereits in hellen Flammen. Riesige Flammen ergarben sich aus dem Gebäude heraus. Die Gefahr eines Uebergreifens auf die zahlreichen Maschinengebäude konnte erst nach mehrstündiger angelegter Tätigkeit beseitigt werden. Der Brandschaden ist sehr groß. Die Dachkonstruktion des Pumpengebäudes ist fast völlig vernichtet. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht völlig geklärt. Monteur einer auswärtigen Firma hatten auf dem Pumpenboden Schweißarbeiten auszuführen. Dabei ist wahrscheinlich ein Funke in die aus Torfmoß bestehende Isolierung eines Wasserbehälters gefallen. Die Isolierung schmolz langsam von nachmittags 3 Uhr bis gegen morgens 2 1/2 Uhr. Dann brach die inzwischen entstandene Flamme eine Methylenflasche zur Explosion und setzte den Dachstuhl in Brand.

Ueberschwemmung in Kalifornien

Der mittlere Teil Kaliforniens und Nevada ist von großen Ueberschwemmungen heimgesucht worden. Fünf große Flüsse traten infolge starker Regenmengen und infolge der Schneeschmelze über ihre Ufer. In Reno Nevada stehen mehrere Stadtteile bis zu drei Metern unter Wasser. Verschiedene Strecken der Süd-Pazifik-Eisenbahn sind durch Unterspülungen zerstört worden. Auch die Hauptstraßen Sacramento sind überflutet. Die Zahl der Toten wird auf über hundert geschätzt; der Sachschaden soll viele Millionen Dollar betragen. Die Flüsse steigen dauernd. Größere Truppenmassen sind zur Hilfeleistung an die Unglücksstelle kommandiert worden.

Strafaußschuß für Joen von Kulach. Wie Berliner Blätter aus Straßburg melden, ist Baron Klaus Joen v. Kulach, der eine dreizehnmonatige Gefängnisstrafe antreten sollte, Strafausschuß gewährt worden, da er ein ärztliches Zeugnis unterbreitete, das bescheinigt, daß er augenblicklich krank sei.

Verhaftung eines französischen Journalisten in Portugal. Nach einer vom Petit Parisien wiedergegebenen Meldung aus Lissabon ist ein französischer Journalist unter der Beschuldigung, unrichtige Nachrichten über die Präsidentschaftswahlen weitergegeben zu haben, verhaftet worden. Er soll ausgewiesen werden.

Reichsbahn-Friede

Schiedspruch verbessert

Erledigung ohne Verbindlichkeitsklärung

SPD Der Lohnstreit bei der Reichsbahn ist am Dienstag durch eine Vereinbarung beendet worden. Die Nachverhandlungen über den Schiedspruch fanden unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Mewes im Reichsarbeitsministerium statt. Beide Parteien hatten den Schiedspruch abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hätte also den Schiedspruch von sich aus für verbindlich erklären müssen, wenn der Spruch überhaupt verbindlichen Charakter bekommen sollte.

Die Eisenbahnergewerkschaften haben ihre ablehnende Haltung folgendermaßen begründet: Die Zulage ist in ihrer Höhe für den allergrößten Teil der Eisenbahnarbeiter unzureichend. Die prozentuale Erhöhung des Lohnes erweitert die Spanne zwischen den Lohngruppen noch mehr. Die Laufzeit von einem vollen Jahr macht den Schiedspruch völlig unannehmbar.

Im Verlauf der Verhandlungen gingen die Bemühungen des Vertreters des Reichsarbeitsministers dahin, an dem Schiedspruch einige Verbesserungen vorzunehmen, die ihn für die Arbeiterorganisationen wenigstens einigermaßen erträglich machen. Nach längerem Beratungen gelang es schließlich auch, eine Zulagevereinbarung zu treffen, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Schiedspruch vom 21. März wird mit folgenden Änderungen zum Vertrag erhoben: a) In den verschiedenen Lohngebieten erhalten die einzelnen Lohngruppen folgende Zulage:

Lohngruppe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
Wirtschaftsgebiet 1:	6	5	5	5	4	4	4	5 Pf.
Wirtschaftsgebiet 2:	5	4	4	4	4	3	3	3 Pf.
Wirtschaftsgebiet 3:	5	4	4	4	3	3	3	3 Pf.

b) Die Lohnregelung kann erstmalig zum 31. Januar 1929 geändert werden.“

Die Reichsbahnerbewegung hat damit ein unerwartetes Ende genommen. Die Reichsbahnverwaltung hatte sich, wie gestern mitgeteilt, nicht entschließen können, den gefällten Schiedspruch anzunehmen. Damit galt der Schiedspruch als von ihr abgelehnt. In dieser Ablehnung war die Reichsbahnverwaltung sicherlich nicht gekommen, weil sie ihn für zu schlecht für die Reichsbahnarbeiter hielt. Ganz im Gegenteil, so muß man annehmen. Ober aber, die Reichsbahnverwaltung hat in einer mehrfach provokatorischen und glückspielischen Art und Weise demonstriert. Etwa in der Art unserer Industriekapitäne, die ja dieselbe Methode mit Stilllegungsandrohungen und Aussperrungsbeschlüssen seit Monaten praktizieren.

Nun hat sich die Reichsbahnverwaltung bereit gefunden, bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium sogar noch einige Konzessionen zu machen. Die Bemühungen des Reichsarbeitsministers in dieser Richtung haben die Eisenbahnarbeiter offenbar nicht einer besonderen Freundschaft zu verdanken, sondern dem Umstand, daß man nach dem schlechten Eindruck der Verbindlichkeitsklärung des Buchdruckerstreiks einen zweiten Vorfall von noch größerer Bedeutung vermeiden wollte. Was dabei herausgekommen ist, ist allerdings mager genug.

Zunächst ist beachtenswert, daß die Laufzeit des neuen Vertrages, die eigentlich ein ganzes Jahr betragen sollte, auf 10 Monate verkürzt wurde. Dann ist auch eine teilweise Erhöhung der Lohnzulagen erfolgt. Es sollte im Wirtschaftsgebiet 3 in der Lohngruppe I eine Erhöhung der Stundenlöhne um 4 Pfennig, in den Gruppen II bis IV um 3 Pfennig und in den Gruppen V bis VIII um 2 Pfennig, außerdem in der Lohngruppe V des Wirtschaftsgebietes 2 um 3 Pfennig eintreten. Für diese Gruppen sind die genannten Sätze um je einen Pfennig erhöht worden. Von den 24 Lohngruppen, die der Reichsbahnvertrag in den drei Wirtschaftsgebieten kennt, sind also 9 Gruppen mit je einem Pfennig neuer Zulage bedacht worden.

Es wird nunmehr bei den Eisenbahnarbeitern liegen, zu diesem Abschluß ihrer Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Der von ihnen in so großem Umfang und in so leidenschaftlicher Form erhobene Protest ist immerhin nicht ganz ohne Erfolg geblieben.

Buchdrucker-Nachwort

„Das war kein gerechter Entscheid“

Die Vorstände der an der Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe beteiligten Organisationen richten an die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes folgende Erklärung:

„Dem Reichsarbeitsminister ist der vom Zentralforschungsamt am 9. März gefällte Schiedspruch für verbindlich erklärt worden. Damit wird die Bewegung zur Verbesserung dieses Schiedspruchs durch praktischen Eingriff lahmgelegt. Die Organisationen sind infolgedessen gezwungen, die empfohlenen und von der gesamten Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes geforderten Maßnahmen aufzugeben.“

Die Organisationsleitungen haben alles getan, um die Verbindlichkeitsklärung zu verhindern und eine Verbesserung des Schiedspruchs herbeizuführen. Sie konnten sich dabei auf den seit Jahren guten Geschäftsstand im Buchdruckgewerbe, sowie auf die Notwendigkeit der weiteren Erhöhung der Löhne berufen. Sie glaubten den Nachweis geführt zu haben, daß das Gewerbe eine dem Antrage mehr entsprechende Lohnhöhe auch tragen könne, aber die Darlegungen der Unternehmer fanden wieder mehr Gehör beim Reichsarbeitsministerium, und die Hoffnungen tausender mit karglichem Lohn bedachter Arbeiter auf erheblichere Verbesserung ihres Lebensunterhalts wurden zunichte gemacht, während man andererseits ohne genaue Kenntnis der Verhältnisse Mühsal genommen hat auf die angeblich nicht leistungsfähigen mittleren und kleineren Betriebe. Das Unternehmerwort wog wie der Hammer auf das Wort der Arbeitnehmer!

Mit gutem Gewissen sagen daher die Unterzeichneten: Herr Minister, das war kein gerechter Entscheid!

Trotzdem müssen sie nun an die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe die Aufforderung richten, die durch den Nachspruch des Reichsarbeitsministeriums geschaffene Lage zu beachten.“

Die Krisenunterstützung

Die unzureichende Neuregelung

SPD Die Neuregelung der Krisenunterstützung für die Zeit nach dem 31. März ist recht unbefriedigend. Bezüglich des Personenkreises wird die gegenwärtige Regelung bis zum 14. April verlängert; ab dann gilt folgendes: Der Personenkreis bleibt für Ausgewählte grundsätzlich der gleiche: Gärtner, Metzger, Leders, Holz- und Bekleidungsindustrie, sowie Angestelltenberufe. Auf diese sechs Berufsgruppen wird die Krisenunterstützung im Gegensatz zu der bisherigen allgemeinen Zulassung auch für Arbeitslose mit nur 13wöchiger Anwartschaft eingeschränkt. Krisenunterstützte der letzteren Art, die anderen Berufsgruppen an-

gehören, erhalten die Unterstützung für ihre Person jedoch weiter, bis sie die Höchstdauer erschöpft haben. Die Präsidenten der Landesarbeitsämter können Abänderungen des Personenkreises vornehmen und in gewissem Umfang ungelernete Fabrikarbeiter zur Krisenunterstützung zulassen, sowie dem Arbeitsminister örtliche Erweiterungen vorschlagen, wenn ein langanhaltender Notstand auf dem Arbeitsmarkt besteht. Auf der anderen Seite haben die Präsidenten der Landesarbeitsämter und die Vorsitzenden der Arbeitsämter die Krisenunterstützung für solche Berufe und Bezirke auszuschließen, in denen sie entbehrlich ist. Arbeitnehmern, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, kann die Krisenunterstützung in besonderen Härtefällen über die Höchstdauer hinaus bis zu einer Gesamtdauer von 30 Wochen gewährt werden.

Diese Regelung reicht nicht entfernt an das heran, was die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages gefordert hat. Sie verlangte dieselbe Unterstützung wie in der Arbeitslosenversicherung. Demgegenüber erklärte der Reichsarbeitsminister im Reichstag, die Krisenunterstützung werde nur bei besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage gewährt. Nun, ist die Arbeitsmarktlage zur Zeit nicht immer noch besonders ungünstig? Merkwürdig berührt auch, daß man den Landesarbeitspräsidenten nicht einmal das Recht gegeben hat zu grundsätzlichen Erweiterungen. Man sieht, auch die Krisenunterstützung muß vom neuen Reichstage neu angepaßt und endlich einmal vernünftig geregelt werden.

Buchdruckerstreik in München?

München, 27. März.

In einer hier abgehaltenen Versammlung der Ortsgruppe Münchens des Buchdruckerverbandes wurde gegen die Verbindlichkeitsklärung des im Tarifstreit der Buchdrucker gefällten Schiedspruchs Protest eingelegt und beschlossen, dem Verbandsvorstand mitzuteilen, daß die Ortsgruppe auch gegen den rechtsverbindlich erklärten Schiedspruch den Kampf aufnehmen und zur Durchsetzung der Forderungen der Gewerkschaft am kommenden Freitag die Betriebe verlassen will. Die Verwirklichung dieser Absicht würde, wie die Münchener Neuesten Nachrichten melden, zur Folge haben, daß vom 31. März ab keine Zeitung in München erscheinen könnte.

Achtung, Bauarbeiter und Zimmerer

Die Bauarbeiter

gegen Albert Kämpfer, Baugeschäft, Baustelle L. Lindenau, Klopffstraße 4, wird hiermit aufgehoben, da der rüchständige Lohn bezahlt ist.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig.

Vom „Landarbeiter-Archiv“ ist soeben das Heft 1, 1928 erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Die geschichtlichen Berufsvertretungen der deutschen Landwirtschaft. Die Raiffeisen-Organisation. Die agrarpolitischen Leitlinien der Wirtschaftspartei und des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes. Vorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Beseitigung der ländlichen Notlage. Die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1927. Wie werden sich die Schweinepreise entwickeln? Der Abschluß des Arbeitsvertrages in der Landwirtschaft. Die Arbeiterkategorien in der deutschen Landwirtschaft. Der gegenwärtige Stand der Tarifbewegung der Landarbeiter, die Jahresdeputate und die Landarbeiterlöhne im Dezember 1927 und Januar 1928. Die Wirtschaftsfrage. Wirtschaftszahlen. Tagungen. Neue Schriften: Zu beziehen ist das Landarbeiter-Archiv vom Verlag Endershaus G. m. b. H., Berlin SW 48. Es erscheint alle zwei Monate ein Heft. Preis des Einzelheftes 2 Mark, Bezugspreis für ein Jahr (6 Hefte) 10 Mark.

Amerikanische Autoproduktion und Autoausfuhr

In der amerikanischen Zeitschrift Commerce Reports wird der Automobilexport der Vereinigten Staaten untersucht. Er kommt dabei zu Ergebnissen, die auch für Deutschland recht bemerkenswert sind. Der Export von Personen- und Lastkraftwagen belief sich im Jahre 1927 auf 384 199 Stück mit einem Werte von rund 278 Millionen Dollar. In dieser Zahl sind nicht enthalten die 67 821 Wagen, die als amerikanische Typen in den Zweigniederlassungen amerikanischer Automobilfabriken im Ausland zusammengekauft und dort verkauft wurden. Der Abzug amerikanischer Automobilfabriken von ihrem im Ausland gelegenen Montagewerksstätten ab würde nach den oben angegebenen Ziffern rund ein Sechstel im Vergleich zum Gesamtexport ausmachen. Ueber das Verhältnis von Export und Produktion der amerikanischen Automobilindustrie unterrichtet die folgende Aufstellung:

	1926	1927
Export:		
Personenwagen	238 540 Stück	278 712 Stück
Lastkraftwagen	66 880 Stück	105 457 Stück
Insgesamt	305 420 Stück	384 199 Stück
Produktion:		
Personenwagen	3 808 753 Stück	2 938 868 Stück
Lastkraftwagen	190 016 Stück	453 019 Stück
Insgesamt	4 208 769 Stück	3 391 887 Stück
Export in Prozent der Produktion:		
Personenwagen	6,3 Stück	9,5 Stück
Lastkraftwagen	13,6 Stück	23,3 Stück
Insgesamt	7,1 Stück	11,3 Stück

Nach dieser Aufstellung ging also die Produktion der amerikanischen Automobilindustrie von 1926 zu 1927 von rund 4,3 auf 3,1 Millionen Fahrzeugen oder um 21 Prozent zurück. Es ist bekannt, daß dieser Produktionsrückgang zum Teil auf eine gewisse Sättigung des amerikanischen Inlandmarktes zurückzuführen ist. Außerdem hatte ein Großproduzent (Ford) die Produktion während der letzten sieben Monate des Jahres 1927 eingestellt. Für den Rückgang des Inlandabfahres konnte ein gewisser Anstieg durch eine Verstärkung des Exportes gefunden werden. Die Exportquote der amerikanischen Automobilindustrie stieg demgemäß im Durchschnitt von 7,1 auf 11,3 Prozent. Im einzelnen erhöhte sich bei den Personenwagen die Exportquote von 6,3 auf 9,5 Prozent und bei den Lastkraftwagen von 13,6 auf 23,3 Prozent.

Was nun die Ausfuhr von Personen- und Lastkraftwagen nach Deutschland anlangt, so werden in dem Bericht folgende Angaben gemacht. Im Jahre 1927 wurden aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland exportiert:

	Stück	Wert in Mill. Doll.
Personenwagen	8174	8,60
Lastkraftwagen	774	0,40

Die Ausfuhr von Lastkraftwagen von den Vereinigten Staaten nach Deutschland spielt demnach gegenüber der Ausfuhr von Personenwagen eine nur untergeordnete Rolle. Vergleicht man die Ziffern der amerikanischen Statistik mit der deutschen Statistik, so ergeben sich allerdings ziemlich erhebliche Differenzen. Die deutsche Statistik verzeichnet nämlich für das Jahr 1927 eine Einfuhr aus USA von nur 5400 Personenwagen und von 537 Lastkraftwagen. Wertangaben werden in der Statistik der Bestimmungsländer in den „Monatlichen Nachweisen“, denen diese Angaben entnommen sind, nicht gemacht. Daß die deutschen Ziffern nicht unerheblich niedriger sind als die entsprechenden amerikanischen, mag sich wohl daraus erklären, daß ein großer Teil der amerikanischen Automobile gegen Ende des Jahres verladen worden, aber erst Anfang 1928 in Deutschland eingetroffen ist, so daß diese Autos von der amerikanischen Statistik für 1927, von der deutschen für 1928 verzeichnet wird.

100 Prozent Dividende

Wie verstecke ich meine Gewinne?

Glanzstoff versteckt 75 Prozent

Der Kunstseidentrust hat es nicht leicht, die wirkliche Höhe seiner Riesengewinne vor der Öffentlichkeit zu verdecken. Der Aufsichtsrat der Vereinigten Glanzstofffabriken A. G. in Elberfeld hat beschlossen, der Generalversammlung „nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen“ die Ausschüttung einer Dividende von 18 Prozent vorzuschlagen, also 3 Prozent mehr als im Jahre vorher. Obwohl erst ein halbes Jahr seit der letzten Kapitalserhöhung von 42 auf 60 Millionen Mark verfloßen ist, soll jetzt eine weitere Kapitalserhöhung um 15 Millionen, also auf 75 Millionen Mark, vorgenommen werden. Von diesen soll nur die Hälfte, also 7 1/2 Millionen, den Aktionären, angeboten werden, während der Rest zu Fusions- und Angliederungszwecken verwendet werden soll. Die Aktionäre erhalten das Recht, auf 8 alte Aktien eine neue zu erwerben, und zwar zum Kurse von 125 Prozent, während der augenblickliche Börsenkurs 70 7/8 Prozent beträgt. Die Großaktionäre brauchen also für einen Nennwert von 1000 Mk. nur 1250 Mk. zu bezahlen, während der wirkliche Wert etwa 7000 Mk. betragen dürfte. Sie zahlen für die 7 1/2 Millionen Mark Aktien 9 375 000 Mk. und erhalten dafür einen Wert von etwa 52 Millionen Mark, verdienen also bei diesem ebenso einträglichen wie mühelosen Geschäft rund 42 Millionen Mark. Das ist unter Zugrundelegung des bisherigen Grundkapitals eine versteckte schon ganz ansehnlich wäre, sondern fast 100 Prozent. Diese sogenannte ausschüttung beträgt also in Wirklichkeit nicht 18 Prozent, was auch schon ganz ansehnlich wäre, sondern 93 Prozent. Diese sogenannte Kapitalserhöhung trägt den Großaktionären das 5/8fache des Wertes ein, den die Gesellschaft als Barerlös der Aktienneuausgabe erhalten wird. Nach dem Geschäftsbericht für 1926 betrug die Zahl der in beiden Eigenbetrieben der Gesellschaft Oberbruch und Sydow ansehnlich beschäftigten Arbeiter rund 7800. Nimmt man an, daß zwischen eine Erhöhung auf 10 000 stattgefunden hat, dann entfielen auf jeden Arbeiter 4200 Mk., wenn der auf dem Wege des Bezugsrechts den Aktionären geschenkte Betrag von 42 Millionen anstatt zur Erhöhung arbeitslosen Einkommens für Lohnerrhöhung Verwendung gefunden hätte.

10 Prozent Dividende bei Major

In der am 27. März stattgefundenen Generalversammlung der Chromo-Papier- und Karton-Fabrik vormals Gustav Major & Co. in Leipzig-Blagwitz wurde die Dividende auf 10 Prozent festgesetzt, während im vorigen Jahre die Inhaber der Stammaktien vollkommen leer ausgegangen sind. Wie der Vor-

liegende mitteilte, wurde Anfang dieses Jahres durch Vermittlung einer Pfandbriefbank eine langfristige Hypothek in Höhe von vorläufig 600 000 Mk. aufgenommen. Die Mittel sollen zur Hebung der materiellen Leistungsfähigkeit durch Erneuerungen sowie zur Abzahlung von Bankschulden dienen. Weitere 150 000 Mk. werden der Gesellschaft später aufstehen, wenn die im Gange befindlichen Bauten zu Ende geführt sein werden. Die Umsatzziffern zeigen, wie vom Vorstand mitgeteilt wurde, in den ersten drei Monaten dieses Jahres gegenüber denen des Vorjahres eine wesentliche Erhöhung. Auch für die weitere Aufrechterhaltung des vollen Betriebs liegen genügend Aufträge vor. Falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, kann wieder ein günstiges Ergebnis in Aussicht gestellt werden.

Die Generalversammlung war von 7 Aktionären besucht. Sie vertreten 709 920 Mk. Stammaktien und 42 000 Mk. Vorzugsaktien. Da auch der Aufsichtsrat aus sieben Personen besteht, wird man kaum fehl gehen mit der Annahme, daß die sieben Generalversammlungsteilnehmer und die sieben Aufsichtsratsmitglieder miteinander identisch sind. Diese sieben Leute beherrschen die Geschäftspolitik der Gesellschaft souverän. Das Kapital der Stammaktien beträgt 1 662 000 Mk. Die in der Generalversammlung vertretenen Aktien betragen also noch nicht die Hälfte. Dagegen waren die Vorzugsaktien vollständig vertreten. Sie haben 14faches Stimmrecht; damit verfügen sie über ein Drittel der gesamten Stimmen. Unter diesen Umständen lohnt es sich allerdings für den Rest der Aktionäre nicht, von der Aktiendemokratie Gebrauch zu machen.

Der Stahltrust betreibt den Stahlhausbau

Im den Kleinwohnungsbau durch Typisierung und serienweise Produktion von Stahlhäusern zu fördern, wurden, wie die Wst. Ztg. meldet, seit langer Zeit Verhandlungen über die Gründung einer besonderen Stahlhaus-Gesellschaft geführt. Diese Verhandlungen sind nunmehr abgeschlossen und mit dem Sitz in Duisburg eine Stahlhaus G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 500 000 Mk. errichtet worden. Gründer sind folgende vier an den Materiallieferungen interessierte Gesellschaften: Vereinigte Stahlwerke A. G., die Mitteldeutschen Stahlwerke A. G., Eisen- und Stahlwerke Hoersch A. G., sowie Henschel u. Sohn. Die Hauptbeteiligung dürfte auf den Stahltrust entfallen. Die Firmen sind gleichmäßig mit je 125 000 Mk. beteiligt. Die neue Gesellschaft übernimmt den Vertrieb der Stahlhäuser und die Vermittlung der Produktionsaufträge.

An der Produktion werden u. a. die Firmen Gebr. Achenbach, Bama & Meunier und Harfor beteiligt sein. Es ist in Aussicht genommen, den Kreis der Konstruktionswerke später noch zu erweitern.

Mit einer Gruppe Berliner und sächsischer Institute sind Vereinbarungen bezüglich der Finanzierung getroffen. Die beteiligten Finanzierungsinstitute haben sich bereit erklärt, Mittel für erste fällige Hypothekendarlehen bereitzustellen. Man rechnet damit, die Jahresproduktion in absehbarer Zeit auf 6000 Stahlhäuser bringen zu können. Es werden vier Typen von Einfamilienhäusern hergestellt und zwei-, drei-, vier- und fünfzimmer-Wohnungen mit dem üblichen Zubehör.

Sächsische Angelegenheiten

Verbandstag der Polizeibeamten

Zweiter Verhandlungstag.

Schöne spricht zum Polizeibeamtengesetz und zum Besoldungsgesetz. Die Bestimmung über fristlose Entlassung bezeichnet er als Ungehörigkeit und weist auf Bayern, dessen Beamtengesetz auch für Polizeibeamte gilt. Er trägt eine Menge Härten des Besoldungsgesetzes vor; trotz Abstimmung wurde der 24-Stunden-Dienst für Sonntag eingeführt. Der Janendienst wird mit 75 Prozent angerechnet, obwohl der Beamte während dieser Zeit nicht untätig dasteht. Im Durchschnitt wird die 60-Stunden-Woche gefordert. Diese Ergebnisse haben das Vertrauen zum DVB erschüttert; der Verbandsleitung gebührt Dank.

Krauer unterbreitet in jedem Punkt Schönes Ausführungen und beleuchtet besondere Fehler des Besoldungsgesetzes: Die Zahl der Oberkommissare ist von 66 auf 45 herabgesetzt, von denen 10 nach Gruppe 12, 12 hingegen nach Gruppe 15 a bezahlt werden. 12 neue Dezentenstellen wurden geschaffen, kein Dezentent jedoch kann das Höchstalter erreichen; der jüngste müßte 75 Jahre alt werden. Für die Kriminalbeamten ist unbedingt bessere Möglichkeit des Fortkommens nötig. Ein leistungsfähiger Wagen steht für ganz Sachsen zur Verfügung. Es ist untragbar, wenn Verläge der Beamten erst nach Wochen erstattet werden. 60 Beamte haben eigene Schreibmaschinen, erhalten aber keinerlei Erleichterung, obwohl die Maschinen dienstlich verwendet werden. Die Schreibmaschine eines Beamten wurde von einem Gefangenen zertrümmert, trotzdem erhielt der Beamte nicht die Hälfte des Wertes ersetzt.

Für die Landgendarmerteilung spricht Blasch. Er erblickt gegenüber den Verwaltungsbeamten in der Einstufung eine Unterbewertung und fordert, daß die wenigen Aufstiegstellen nicht verringert oder mit Offizieren besetzt, sondern den Landgendarmen vorbehalten werden. Die Gemeindepolizei befindet sich im Gegensatz zum Gemeindegeld bezüglich der Besetzung gehobener Stellen. Wernicke spricht gegen Stephens Taktik vom gestrigen Verhandlungstag, ebenso wendet er sich gegen das Direktorium des DVB.

Schrader gibt rückhaltlos scharf und ehrlich Auskunft über die Zustände im Kopf des DVB: Gliederung, Selbstständigkeit der Gruppenleitung — aber Fehlen der einheitlichen Zusammenarbeit, also trotz Organisation Desorganisation!

Im Schlusswort geht Hoch auf die Tätigkeit des DVB ein, der sich hat überraschen lassen durch die Art der Besoldungsordnung. Es ist notwendig, daß die Härten beim Haushaltsplan beseitigt werden. Der 24-Stunden-Dienst muß eine andere Regelung erfahren, ebenso ist die Zeit der Fortbildung als Dienstzeit zu bewerten. Die Verbandsleitung begrüßt die Kritik und fordert nach Abstellung der Fehler gemeinsames kraftvolles Vorgehen. Schließlich fand eine Entschliessung, die Klärung der Verhältnisse im DVB fordert, im Teil I einstimmige Annahme, ebenso im Teil II, der von der Kündigung der Mitgliedschaft des Verbands redet.

Bei der anschließenden Wahl des Vorstands wurden einstimmig gewählt: Dettlaff, Staatspolizei, Dettlaff, Gemeindepolizei und Präger, Kriminalpolizei. — Damit hatte die Tagung ihr Ende erreicht.

Sachsens höhere Schulen

Im Haushaltsausschuß des sächsischen Landtages berichtete am 27. März 1928 der Deutsche Volksparteiler Dr. Gelfert über das Kapitel Höhere Schulen. Was Dr. Gelfert vertrat, bezeichnete Genosse Weckel als Stärkung der reaktionären Einstellung des rechten Flügels in der Deutschen Volkspartei. Gegenüber Dr. Gelfert war sogar die ehemalige Abg. Dr. Büniger fortwährend, wie auch der letzte Volksbildungsminister Dr. Kaiser vor Jahren als Abgeordneter gegenüber Dr. Gelfert nach als Fortschrittswort erschienen. Um seine reaktionären Pläne durchzuführen zu können, unternahm Dr. Gelfert einen Vorstoß gegen den demokratischen Ministerialrat im Volksbildungsministerium Dr. Mentz-Glückert, was ganz offensichtlich auf Beiseitigung des Demokraten hinauslief. Dagegen wandten sich Genosse Weckel und der Demokrat Claus. Der Minister Dr. Kaiser erklärte, die Einwendungen gegen Dr. Mentz-Glückert geben keinen Anlaß, ihn aus dem Ministerium zu entfernen. Dr. Kaiser behauptete auch, im Volksbildungsministerium sei nur ein Volksparteiler beschäftigt, was nur den Schein zulehrt, daß die Deutschnationale im Volksbildungsministerium überwiegen.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion verlangte Genosse Weckel Erleichterungen für Kinder armer Leute zum Besuch der höheren Schulen. Es dürfte dabei auch nicht schematisch nach den zu streng gestellten Aufnahmebedingungen, im besonderen nach zu hohen Zensurenforderungen entschieden werden. Gelferts Forderungen gingen dahin, durch strenge Prüfungsordnungen, im besonderen durch Erhöhung der Prüfungsgebühren, arme Schüler von den höheren Schulen fernzuhalten. Genosse Weckel stellte eine Anzahl Fragen, u. a. nach der Anzahl der vom Religionsunterricht abgemeldeten Schüler und besonders fragte er: Wieviel kostet dem Staat ein höherer Schüler — wieviel ein Volksschüler?

Eine besondere Rolle spielte der Antrag der Deutschnationalen, im Ministerium eine Frau als Referentin für die Mädchenschulen einzustellen, der in seiner vorliegenden Form und unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Gefahr in sich trägt, daß eine reaktionäre Referentin eingestellt wird. Die Sozialdemokratie verlangte, daß die Frauen auch in den Erziehungsberufen mit den Männern gleichberechtigt sein sollen. Das Finanzministerium ließ erklären, für eine Referentin könnten keine Mittel beschafft werden.

Vom Demokrat Claus wurde u. a. erwähnt, daß in höheren Schulen eine Lehrkraft vier oder fünf Schüler unterrichtet, was auch ein Beitrag zur Sparpolitik ist. Dr. Kaiser erklärte, allmählich müsse auf eine Erhöhung des Schulgeldes für höhere Schulen hingearbeitet werden, schon um die Gemeindefassen zu entlasten und das Schulgeld dem veränderten Geldwert anzupassen. Auf eine sozialdemokratische Anfrage gab die Regierung bekannt, daß die Privatschüler seit 1921 nicht zugenommen haben, sie zählen jetzt in Sachsen 1824.

Für den Bau der Dürerschule in Dresden beantragte Genosse Weckel, eine Million Mark in den Etat einzustellen. Der Demokrat Claus stellte den Antrag, für den Bau der deutschen Oberrealschule in Leipzig und für den Bau der Dürerschule in Dresden je 250 000 Mark als erste Raten zu bewilligen.

Am der Regierung Gelegenheit zur Beantwortung der gestellten Fragen zu geben, wurde die Weiterberatung des Kapitels bis nach Ostern vertagt.

Eine geheimnisvolle Erklärung

Nachdem im interfraktionellen Ausschuß der sächsischen Regierungsparteien die Forderung der Wirtschaftsparteiler auf Erhöhung des Hausbesitzeranteils an der gesetzlichen Miete abgelehnt worden war, beschränkten sich die Wirtschaftsparteiler schließlich darauf, eine längere Erklärung abgeben zu wollen. Die fragliche Erklärung soll nunmehr von der Wirtschaftspartei formuliert worden sein, wird aber höchst geheimnisvoll behandelt. Nach uns gewordenen Mitteilungen haben sogar sämtliche Mitglieder der wirtschaftsparteilichen Fraktion ihr Ehrenwort geben müssen, daß sie vom Inhalt der Erklärung weder der Presse noch Privatpersonen Kenntnis geben.

Andererseits hat aber der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Dr. Dumjahn sich dahingehend geäußert, daß er die in dieser Angelegenheit gemachten Ausführungen des ersten Vorsitzenden des Hausbesitzerverbandes, Rechtsanwalt Kohnmann, Dresden, als

rein persönliche Auffassung desselben bezeichnet, die in keinem Falle irgendwie für das Verhalten der Wirtschaftspartei bindend sein können.

Wie Dr. Blüher sorgt

Beim Kapitel 60 — Sammlungen für Kunst und Wissenschaft — erörterte der Berichterstatter, Abg. Dr. Dumjahn (Wirtschaftspartei) gelegentlich der Beratung im Haushaltsausschuß A noch einmal die Frage der Schaffung einer Museumsstadt in Dresden. Im Vorjahre hatte eine Denkschrift der Regierung diese Angelegenheit ausgearbeitet und waren 12 Millionen Mark für die Verwirklichung eines solchen Planes als notwendig bezeichnet worden. Der Landtag hatte im vorigen Jahre mit großer Mehrheit die Durchführung abgelehnt. Selbst die bürgerlichen Parteien wagten angesichts der großen sozialen Ausgaben und des Wohnungselends, den Plan nicht ernsthaft zu diskutieren. Dr. Dumjahn gab jetzt einen Plan Dr. Blühers, des Oberbürgermeisters von Dresden, zum besten, der vorsieht, zunächst einen bestimmten Betrag — Dumjahn meinte etwa 50 000 Mk. — in den Haushaltsplan einzusetzen, um die ganze Angelegenheit nicht einschleifen zu lassen. Dr. Blüher nahm später selbst das Wort und schlug vor, etwa 3 Millionen Mark in Form einer Anleihe aufzunehmen und für die Leistung des Zinsendienstes andere Stellen, vermutlich die Stadt Dresden, auf zehn Jahre heranzuziehen. Das hätte praktisch bedeutet, daß man die Baupläne in Angriff genommen und später die fertige Aufgabe der Verwirklichung des ganzen Planes hätte in Kauf nehmen müssen. Dr. Blüher meinte u. a., daß 3 Millionen Mark doch schließlich leicht beschafft werden könnten. Genosse Weckel knüpfte an diese merkwürdige Finanzpolitik Blühers gleich an und wies nach, daß die bürgerlichen Parteien bei sozialen Ausgaben keine so offene Hand hätten. Bei Schuldenbesparungen z. B. knäufelte man um die geringsten Beträge. Die Sozialdemokratie lehnte die Durchführung dieser Museumspläne angesichts der Kostlage breiter Volksschichten für jetzt und in absehbarer Zeit entschieden ab. In gleichem Sinne äußerte sich noch der Kommunist Köppler und der deutschnationale Abg. Siegert. Auch die anderen Parteien konnten sich nicht recht für die Sache erwärmen. Irigendwelche Anträge wurden darum auch nicht gestellt. Es entspann sich noch eine längere Aussprache über Personalfragen.

Das Kapitel selbst wurde genehmigt. Ebenso fand das Kapitel 67 — Botanischer Garten — ohne Debatte Annahme.

700 Einbrüche

Vor fast drei Jahren hat der 32 Jahre alte Zuhilfänger Franko aus Oberzschorna mit etwa 700 Einbrüchen eine Rekordleistung erreicht. Er machte vor allem die Umgebung von Chemnitz bis Penitz, Leipzig und Altenburg unsicher. In zahlreichen Orten verübte er seine Straftaten, mandmal verübte er sieben Einbrüche in einer Nacht. In der Regel stahl er nur Bargeld, selten nahm er Gebrauchsgegenstände mit. Nachdem er wegen Diebstahls 10 Monate Gefängnis verbüßt hatte, konnte er nicht wieder in einem geordneten Leben Fuß fassen, so stand er nach seinen Angaben vor der Wahl, sich zu erschließen oder weiter zu stehen. Die Polizei war äußerst scharf hinter Franko her. War in einem Ort ein Einbruch gemeldet, so wurde oft sofort mit einem starken Polizeiaufgebot die Umgebung abgesperrt, ohne daß es gelungen wäre, Franko zu fassen. In kritischen Situationen hielt sich Franko keine Verfolger durch scharfe Revolverkugeln vor: Leibe; einmal kam es auch zwischen ihm und einem Beamten zu einem regelrechten Feuergefecht, in dessen Verlauf Franko dann im Penitzer Forst verschwinden konnte. Wenn Franko ausruhen wollte, fuhr er nach Leipzig und ging hier tapen. Durch Zufall gelang es, den geluchten Einbrecher in der Wohnung seiner Chemnitz-Geliebten festzunehmen.

Franko gab die Einbrüche zu, tritt aber Kleinigkeiten, die ihm zur Last gelegt wurden, ab, wenn er sie nicht begangen hatte. Unter Anklage standen etwa 50 Fälle.

Das Gericht verurteilte Franko zu 7 Jahren 2 Monaten Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust. Die Untersuchungshaft von 2 Jahren 8 Monaten wurde ihm voll angerechnet. Der Staatsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt.

Wenn Franko das Zuchthaus verläßt, wird er wieder vor derselben Frage stehen wie damals, als er aus dem Gefängnis kam: Erschießen oder stehen? Das ist die göttliche Weltordnung!

Erschließung der Enrauer Tropfsteinhöhle

Am Montag fand die bergbauliche Untersuchung der Tropfsteinhöhle in Spyrau durch Oberbergamt Dachmann, Freiberg, und Prof. Dr. Geh von Wicherski, Berlin, statt. Nach eingehender gründlicher Untersuchung kamen die beiden Wissenschaftler zu dem übereinstimmenden Urteil, daß die Höhle in ihren bisher zugänglich gemachten Teilen als sicher und ausbaufähig zu betrachten sei und daß sich der Ausbau lohnen werde. Erstlingsweise bietet die Enrauer Tropfsteinhöhle außer den üblichen Tropfsteingebilden eine ganz hervorragend schöne Gebilde, die in ihrer Naturkraft und Plastik eine Anziehungskraft ersten Ranges sein würden. In dieser Hinsicht seien die wunderbaren Faltenswürfe, die durchsichtige Wandbehänge aufweisen, besonders zu werten. Solche Gebilde dürften in keiner andern Tropfsteinhöhle Deutschlands vorhanden sein. Die Sehenswürdigkeit der Höhle werde durch das Vorhandensein ausgedehnter Seenbecken, die reizvolle unterirdische Kahnfahrten ermöglichten, außerordentlich erhöht.

Neue Gesetzesvorlagen im Landtag. Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 23. d. M. beschlossen, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes über die Verteilung des Landesanteils an der Kraftfahrzeugssteuer sowie Vorlagen über den Wiederaufbau der Kupferhütte, der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Meißen und über den Verkauf eines Teiles des vormaligen Botanischen Gartens an der Ecke der Klingstraße und der Zeughausstraße in Dresden an die Reichsbank zum Bau eines Dienstgebäudes für die Reichsbankhauptstelle Dresden zugehen lassen.

Dresden. Ein aut ausgesuchter Selbstmörder. In der Bäckerei am Hohen Stein — im Volksmunde „Selbstmörderinsel“ geheißener, erschloß sich ein 28 Jahre alter Kontorist K. a. e. angeblich infolge von Liebeskummer. Der des Lebens Ueberdrüssige hatte sich so niedergelegt, daß er im Falle des Mißlingens seines Planes etwa 80 Meter tief abstürzen mußte. Und doch wäre dieser Todessturz, wie der Befund zeigte, dann nicht erfolgt, denn sein Körper war an einer Birke, die neben dem Tator stand, hängengeblieben.

Pirna. Aussetzung von Leuten in der Elbe. Zur Festung des Fischhandes der Elbe sind von der Fischernennung zu Pirna 50 000 Sogaale im Copitzer Hafen ausgelegt worden.

Grädel bei Riesa. Ein Geschwisterpaar ertrunken. Die elfjährige Tochter und der neunjährige Sohn eines Angestellten sind auf dem morschen Eise des Kanals zwischen Wasserbauhof Grädel und Langenberg verunglückt. Die Kinder sprangen ein und konnten, obwohl schnell Hilfe zur Stelle war, nur als Leichen geborgen werden.

Chemnitz. Ein jugendlicher Brandstifter. Die Polizei ermittelte einen 14jährigen Schulfreier, der mutwillig in dem Forstwald „Schnelle Markt“ Gras entzündet und dadurch einen Waldbrand verursacht hatte, dem 2000 Quadratmeter dreijährigen Kiefernbestandes zum Opfer fielen.

Spil, Sport, Körperpflege

Heer

Ende Juli soll in Köln der Generalaufmarsch der Deutschen Turnerschaft, das Deutsche Turnfest, vor sich gehen. Man wird nun nicht so bummeln, und dieses Zeit als nationalistische Turnersparade aufziehen, wie das im vorigen Jahr in München der Fall gewesen ist. Das demokratische Rheinland ist dafür im Jahre der achtzigsten Wiederkehr des März-Sturmes von 1848 kein geeigneter Boden. Kölns Oberbürgermeister wird die deutschen Turner mit einem Meer von Schwarz-Rot-Gold empfangen. Die Deutsche Turnerschaft beweist aber ihren „nationalen Geist“ schon jetzt, bevor die geplante Veranstaltung ihren Anfang genommen hat.

Die amtlichen Pressemitteilungen der Deutschen Turnerschaft für das Fest in Köln enthalten z. B. einen Artikel: „Dom, du heiliger Dom“, in dem planmäßig Völkerverheerung und Revanchepolitik gegen Deutschlands westliche Nachbarvölker propagiert wird. Es ist darin die Rede von welschen Scharen, die den deutschesten aller deutschen Ströme überfluteten und Gräber schändend, mordend und brennend tief in das Land der deutschen Stämme eindringen. Der Kölner Dom sei dadurch zum Stalle geworden. Die Gefnehteten hätten jedoch in glänzendem Siegeslauf das blutausgussende Geschmeiß des Korjans aus den heimischen Gauen fortgesetzt. Zum Schluß wird in dem Artikel das heldenhafte deutsche Heer als das geheute deutsche Edelwild bezeichnet, dem das dunkelrotige Heer der Entente folgte.

Mit diesem Erguß übertrifft sich die Deutsche Turnerschaft selbst. Es handelt sich dabei um äbelste nationalistische Völkerverheerung, die nicht nur die wahren Tendenzen der Deutschen Turnerschaft enthüllt, sondern auch außenpolitische Schädigungen im Gefolge haben kann. Mit solchen Schreibereien wird den Nationalisten jenseits der Grenze immer wieder Gelegenheit geboten, das gegenwärtige Deutschland als das alte Reich der kaiserlich-militaristischen Monarchie zu kennzeichnen. Gleichzeitig spricht sich die offizielle Zeitung der Deutschen Turnerschaft mit ihrer Auslassung ihr eigenes Urteil. Die Deutsche Turnerschaft ist auch heute das geliebte, was sie vor dem Kriege war: nationalistisch bis auf die Knochen! Es wird ihr nach ihrer jetzigen Selbstenttüllung in Zukunft nicht mehr möglich sein, ihren wahren Charakter zu verheimlichen.

Sportliche Stufenleiter

Die Unschönheiten, um nicht zu sagen Sinnwidrigkeiten beim Sportbetrieb rühren meist daher, daß sich der jugendliche Mensch in den Kopf setzt, zuerst Sport und ausschließlich Sport zu treiben und die Voraussetzung dafür, die allgemeine Körperkultur, sträfflich und zu seinem eigenen Schaden vernachlässigt. In Frankreich hat sich bereits eine Schule gebildet, die sich unter Führung von George Hébert zur Aufgabe macht, diesen Gedanken der Entwicklung der Körperkultur zum Sport in die weitesten Kreise zu tragen.

Die sportliche Stufenleiter dieser Schule beginnt mit der untersten Sprosse, dem Gehen. Der marschierende Mensch fühlt sich wohl, seine Muskeln werden beansprucht, ebenso seine Lungen, auch die Haut atmet. Alles ist ausgeglichen, im rhytmischen Dahinschreiten liegt die Anstrengung, unmerkbar, von außen her, verborgen. Beim Tragen will der Körper mehr, die Kraft will sich umsetzen in eine Tat, Muskeln und Adern spannen und füllen sich, die Lunge muß tief Luft schöpfen, der Mensch fühlt sich als Sieger über die Materie. Das Klettern bedeutet die Ueberwindung des Geheles der Schwere. Die Hände umflammern das Seil, die Muskeln des Unterarmes vibrieren, das erhobene Kinn ist Ausdruck des Willens, die Augen sind festhaft in die Höhe gerichtet, und das Herabgleitenlassen ist kein Behalten, sondern Ausdruck der Genugtuung des Siegers. Der Läufer läßt vor allem seine Wadenmuskeln sich austoben, seine Arme halten das Gleichgewicht des Körpers. Nur die Lungen werden beim kurzen Lauf etwas vernachlässigt, je länger aber der Lauf, desto mehr tritt die gleichmäßig starke Beanspruchung von Muskeln und Lungen in der Erscheinung. Der Springer aber stellt eine andere Testprobe gegen die Schwere dar. Der Sprung macht die Muskeln geschmeidig, fähig die Kniekehle, ist der größte Feind des Fettweidens. Er besteht aus dem präzißen Sprung, dem elastischen Fall, der Körper wird leicht und behend. Beim Werfen, gleichviel mit welchen Gegenständen, wird Geschmeidigkeit, Genauigkeit und Kraft verlangt. Dem Körper bringt es Eilan, Schnelligkeit, geschickte Arme. Das Schwimmen, der Kampf mit dem Wasser, ist eine der gesündesten und nützlichsten Körperübungen. Der Ringer schließlich ist gewappnet gegen pöhlische Angriffe und jederzeit zur Abwehr bereit, die Entschlußfähigkeit des Menschen wird gehoben.

Der Jugend aber steht es an, diese Stufenleiter zu erklimmen, im Freien, in der Luft und Sonne.

Höchstleistungen im Gewichtheben

In der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale sind im Gewichtheben folgende Höchstleistungen zu verzeichnen: Fliegen-gewicht bis 53 Kilo: Keihen rechts, Oesterreich 62,5 Kilogramm; Keihen links, Deutschland 51 Kilogramm; Stößen rechts, Oesterreich 68,30; Stößen links, Oesterreich 71; Keihen beidarmig, Oesterreich und Deutschland 62,5; Drücken beidarmig, Oesterreich 67,5; Bantamgewicht bis 58 Kilo: Keihen rechts, Deutschland 67,5 Kilogramm; Keihen links, Oesterreich 68,30; Stößen rechts, Oesterreich 81; Stößen links, Oesterreich 72,5; Keihen beidarmig, Oesterreich 83; Stößen beidarmig, Oesterreich 107,5; Drücken beidarmig, Oesterreich 80; Federgewicht bis 62 Kilo: Keihen rechts, Deutschland 75 Kilogramm; Keihen links, Oesterreich 73,5; Stößen rechts, Oesterreich 87,5; Stößen links, Oesterreich 77,5; Keihen beidarmig, Deutschland 80; Stößen beidarmig, Oesterreich 116; Drücken beidarmig, Oesterreich 85; Leichtgewicht bis 67,5 Kilo: Keihen rechts, Oesterreich 76,85 Kilogramm; Keihen links, Oesterreich 70; Stößen rechts, Oesterreich 91,80; Stößen links, Oesterreich 82,5; Keihen beidarmig, Oesterreich 91,8; Stößen beidarmig, Oesterreich 119; Drücken beidarmig, Oesterreich 87,5; Mittlegewicht bis 75 Kilo: Keihen rechts, Oesterreich 80 Kilogramm; Keihen links, Oesterreich 81; Stößen rechts, Oesterreich 100; Stößen links, Oesterreich 88,90; Keihen beidarmig, Deutschland 90,5; Stößen beidarmig, Oesterreich 131; Drücken beidarmig, Oesterreich und Schweiz 95; Halbchwere-gewicht bis 82,5 Kilo: Keihen rechts, Oesterreich 85 Kilogramm; Keihen links, Oesterreich 80,5; Stößen rechts, Oesterreich und Deutschland 100; Stößen links, Oesterreich 88; Keihen beidarmig, Oesterreich 97,5; Stößen beidarmig, Oesterreich 140; Drücken beidarmig, Oesterreich 105,5; Schwergewicht über 82,5 Kilo: Keihen rechts, Lettland 87 Kilogramm; Keihen links, Schweiz 80; Stößen rechts, Oesterreich 100; Stößen links, Oesterreich und Deutschland 90; Keihen beidarmig, Deutschland 102,5; Stößen beidarmig, Oesterreich 141; Drücken beidarmig, Oesterreich 107,5.

Partei im Kampf!

Wir brauchen Munition.
Zähltest du deinen Wahlbeitrag schon?



Auch eine „Abschiedsfeier“

Am 22. März 1928 war die Entlassungsfeier in der Berufsschule zu Markranstädt. Wie im vergangenen Jahre hatte sich der Herr Schulleiter die „Damen des christlichen Erbes“ verschrieben, um für den Kirchchor Kellame zu machen, obwohl ungefähr 40 Prozent der Schüler und Schülerinnen durch die Jugendweiche gegangen sind. In seiner „Abschiedsrede“ verabschiedete Herr Schul-Lehrer T. die unter den Abgehenden auch einige Taugensätze seien, plauderte in höchst lockerer Weise aus, was ihm der Schulleiter anvertraut hatte. Als guter Christ von heute vertraut Herr T. dem lieben Gott, daß er die Saat, die die Schule in die jungen Menschen gestreut hat, aufgehen lassen möge. (Vor ein paar Jahren noch sprach derselbe Herr zur Jugendweiche!) Auch einige Parabeln durch die Geschichte gab der Redner zum besten, um sich bei den Herren der bürgerlichen Gesellschaft mehr beliebt zu machen. (Zuherer rechnete sich nämlich Herr T. einmal zur SPD. Er trat aus, weil sich die Vertreter unserer Partei im Schulausschuß für den Ausbau der höheren Abteilung in die Volksschule einsetzten, für ein 9. und 10. Schuljahr. Dadurch glaubte er seine Vollmacht in der Fortbildungsschule gefährdet und erklärte, dann habe sich sein Interesse an der Schule erledigt.) So war diese „Feier“ eine Verlesung eines großen Teiles der Anwesenden. Bekanntlich gibt es Gesetze und Verordnungen, daß bei Schulfeiern auf die Gefühle Andersdenkender Rücksicht zu nehmen ist. Der juristische Vertreter des Bezirksschulamts war zugegen. Er wird wohl energisch dem Herrn T. den Standpunkt klar machen. Erfolg erscheint allerdings sehr fraglich, ist doch eine Anstandsaktion, die Herrn T. kürzlich in öffentlicher Schulausschreibung erteilt wurde, gänzlich fruchtlos geblieben. Nun, dann gibt es noch andere Mittel, den Herrn in die rechten Bahnen zu lenken.

Bezirkstag Vorna

Bei Beratung des Haushaltsplanes beantragt Genosse Seidel Herabsetzung der Vermögenssteuer auf ungefähre Höhe der Nachbarbezirke, Ablehnung des Antrags erfolgt mit 15:15 Stimmen. Genosse Lässig spricht gegen Bewilligung der Mittel für den Bezirksbaumarkt, die Linke bleibt in der Minderheit. Bei Beratung der Bewilligung von 7000 (Siebentausend) Mark für eine Obstammelstelle ergeht ein wahres Trommelfeuer. In schriftlicher Abstimmung erfolgt mit 20:10 Stimmen Ablehnung. Bürgermeister Grund, Großhitz, möchte dem Bezirksausschuß Bindungen auferlegen für die Bewilligung von Autolinien. Sein Antrag wird gegen 1 Stimme abgelehnt. (Große Heiterkeit.) — Die Mittel für die Beschaffung der Motorpötte nicht aus laufenden, sondern aus Darlehensmitteln zu nehmen, wird einstimmig beschlossen, 1500 Mk. werden für Verzinsung und Tilgung eingesetzt. Der Streit um die Errichtung der Bezirksjugendherberge endet endlich sein Ende. In schriftlicher Abstimmung wird mit 17:13 Stimmen, also der gesamten Linken und 4 bürgerlichen Stimmen, der Bau beschlossen, 2500 Mk. Darlehen in den außerordentlichen und 3500 Mark für den Zinsendienst in den ordentlichen Haushaltsplan eingesetzt. Die Linke stellt durch Genossen Seidel noch folgende Anträge: Erhöhung des Verfügungsgeldes für den Bezirksausschuß von 5000 auf 10 000 Mk., um einen Lastenausgleich innerhalb des Bezirkes zu ermöglichen, Erniedrigung oder Erlass der Bezirksumlage usw., Ablehnung 16:14; Erhöhung der Mittel für Jugendpflege von 6000 auf 11 000 Mk., Ablehnung 16:14; Erhöhung der Mittel für Kriegerfürsorge um 4000 Mk., Ablehnung 17:13. Dagegen wird der Antrag des Genossen Fiedler, Wegau, auf Erhöhung der Milchbeiträge von 3000 auf 5000 Mk. mit 10:13 Stimmen angenommen. Am Ende der Beratung erklärt die Linke, daß sie wegen Ablehnung ihrer Anträge, vor allem wegen Verweigerung erhöhter Bürgerumlage bei der Gesamtbestimmung des Haushaltsplan ablehnen werde. Die Rechte ist auf einmal wieder beisammen und beschließt mit 17:13. — Beim Bezirksheimhaushalt wendet sich die Linke erfolglos gegen die Befolgung für Geistlichen und Orgelspieler. Die Parteifreiheit bei Bereitstellung von Zeitungen im Heim wird scharf kritisiert. — Der Haushaltsplan für das Kirchheim wird einstimmig zum Beschluß erhoben.

al. Stahmeln. Gemeindevorordnetenversammlung. In der letzten Sitzung der Gemeindevorordneten wurde beschlossen, einen weiteren energischen Protest gegen die Erhöhung der Fahrpreise der Außenbahn-L.G. zu übermitteln. — Das Schankkonzessionsgesetz des Turn- und Sportvereins Präzision wurde einstimmig befü-

wortet. Die Vorlage über die Befolgung der Gemeindevorordneten, die sich an die maßgebenden Richtlinien anlehnt, wurde mit sämtlichen Stimmen angenommen. Einstimmig wurde der Haushaltsplan 1927/28 genehmigt. Die Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer wurden gegen zwei Stimmen auf 150 Prozent festgesetzt. Dem sich dadurch erforderlichen Nachtrag zur Steuerordnung wurde zugestimmt. Elternrat und Lehrerschaft forderten in einer eingereichten Entschließung den Ausbau eines weiteren Klassenzimmers der Schule, nachdem das Volksbildungsministerium 26 neue Schulstunden durch Vermehrung der Schülerzahl von Ostern 1928 ab genehmigt hat. Hierauf wurde beschloffen, zu Lasten des Haushaltsplanes 1928/29 Mittel zum Ausbau des Schulzimmers zu bewilligen.

Dehsh. Marktberg. Sitzung der Gemeindevorordneten. Mit Mehrheit wird beschlossen, den Einspruch des Gemeinderats unbeachtet zu lassen und auf dem Beschluß der letzten Sitzung zu beharren: den körperlichschwachen Gemeinderat aufzuheben. Es erfolgt darum als nächste Maßnahme die Wahl zum Einlungsausschuß, der aus 6 Personen bestehen soll, aus 4 Gemeindevorordneten und 2 Gemeinderatsmitgliedern. — Gegen 6 Stimmen wird beschloffen, die Mieten in neuverkauften Gemeindefhäusern um 7,5 Prozent zu ermäßigen, um sie den üblichen Mietfähigen anzuleichen. — Ein Nachtrag zum Pachtvertrag mit dem Gartenverein Eintracht wird an den Ausschuß zurückverwiesen. — Der Anschaffung einer fahrbaren Krantragabahn wird zugestimmt. — Bis auf weiteres zurückgestellt wird die Beschaffung eines Personenkraftwagens für die Gemeinde. — In Verfolg eines Antrags unserer Fraktion beschließt das Kollegium die Aufnahme einer Anleihe zum Bau von weiteren 24 bis 30 Wohnungen. Die Verzinsung erfolgt zur größeren Hälfte aus zurückströmenden Tilgungsquoten ausgleichender Mietzinssteuer. Geplant sind Reihenhäuser in einfacher Ausführung, vorwiegend für die Arbeiterklasse. Alles Nähere wird der Bauausschuß beraten und dem Kollegium vorlegen. — Mit geringer Abänderung wird die vorgeschlagene Sparassenordnung angenommen. — Wegen vorgeschickter Zeit stellt das Kollegium die Verabschiedung der Gemeindevorordneten-Befolgungsneuregelung zurück. Die nächste Sitzung wird sich um so gründlicher mit der Befolgungsordnung beschäftigen können.

Großhitz. Gemeinsame Maitfeier. Schon vor einigen Wochen konnte man in der SZJ unter obiger Schlagwortzeile lesen, daß im Gewerkschaftskartell auf Anregung eines Kommunisten beschlossen wurde, wegen Abhaltung einer diesjährigen gemeinsamen Maitfeier die Vertreter der zwei politischen Richtungen zu einer Aussprache hierüber einzuladen. Unter Leitung des Kartells hat diese Sitzung stattgefunden. Der Sprecher der SPD glaubte die Notwendigkeit einer gemeinsamen Maitfeier damit zu begründen, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen, die derzeitigen Wirtschaftskämpfe und überhaupt die allgemeine politische Lage eine Geschlossenheit der Arbeiterschaft auch zur Matdemonstration verlange. Andere Genossen erklärten, nichts dagegen zu haben, wenn sich die Anhänger der SPD einer von der Sozialdemokratie organisierten Maitfeier anschließen. Dieser Selbstverständlichkeit gegenüber verpflichteten sich die Kommunisten, nicht uniformiert zu erscheinen, verlangen aber den ungehinderten Verkauf ihrer Maitkarte, das Stellen eines Referenten und die Veranstaltung eines eigenen Kommerzes. Dieses Ansuchen wurde abgelehnt unter gleichzeitiger Bekanntgabe unserer Bedingungen: Keine uniformierten Teilnehmer, weder Kostüm noch Reichsbanner, eine Maitkarte, einen Kommerz; den Festredner stellt die SPD mit der Zustimmung, daß dieser ein in den Rahmen einer gemeinsamen Maitfeier fallendes Referat hält.

Die beiden Gruppen tagten jetzt getrennt. Nach Wiederzusammentritt ließ die SPD erklären, daß sie bezüglich der Maitkarte und des Kommerzes nachgibt, aber unbedingt auf die Stellung eines zweiten Referenten aus ihren Reihen beharrt. Als Statisten wollen sie die Maitfeier nicht mitmachen. Demgegenüber erklärten die Sozialdemokraten, daß sie ungleich schwerere Opfer bringe, und wenn man schon eine gemeinsame Maitfeier wolle, so müsse man doch den Höhepunkt der Gemeinsamkeit im Anführen eines Referenten sehen. Da auch die Beschöpfung eines parteilosen Kartelldelegierten, die gemeinsame Sache nicht an der Referentenfrage scheitern zu lassen, die Halsstarrigkeit der Kommunisten nicht brechen konnte, sah der Kartellvorsitzende die Verhandlungen als gescheitert an und brach die Sitzung als ergebnislos ab. Die Kommunisten suchten noch etwas zu retten, indem sie sofort erklärten, ihre Mitglieder nochmals zu befragen und Bescheid zu geben. Hoffen wir, daß sie noch zur Einsicht kommen und sich den bei dieser Angelegenheit von unserer Seite bewiesenen Willen zur Gemeinsamkeit zum Vorbild nehmen.

Braudis. Mittwoch, den 28. März, 20 Uhr, findet im Parkschloß eine von der Sozialistischen Frauengruppe arrangierte Frauenfeierstunde statt, zu deren Besuch wir alle Frauen und Mädchen, aber auch die Männer der werktätigen Kreise einladen. Das Programm ist wie folgt: Rezitationen, Vieder zur Laute vom Genossen Raichle, Burzen, Tänze des Tanzbalds Genossin Langer, Markranstädt, Vortrag der Genossin Irene Kirpal, Aufzug.

Gerichtssaal

Die Meineidsbeude.

Alle Schwurgerichtstagen in Deutschland werden zum weitesten großen Teil von Meineidsprozessen in Anspruch genommen. Die Meineidsbeude, gefördert von mündigen Richtern und Anwälten, scheint eher anzunehmen statt abzulassen. Geschlechtskenntnis und unbekümmerter Leichtsin spielen eine große Rolle bei den Ursachen zu den Meineidsprozessen. Drei Beispiele aus der Märtztage des Leipziger Schwurgerichts.

Infolge besonders widriger Umstände und Verhältnisse hatte es ein dreißigjähriger Mann auf 37 Postkraten gebracht. Eines Tages hat ihn ein Freund um Hilfe im Eheheideungsprozess. Der Bekrante kannte die Frau seines Freundes. Es gelang ihm, sie zu verführen, während der Ehemann vor der Hand für wartete. Nach dem auf diese Weise herbeigeführten Ehebruch ließ sich der Mann sofort im Eheheideungsprozess vernehmen. Er behauptete, daß er die Aussage vor dem nächsten Termin machen müsse, weil er als Vertreter einer Firma ins Ausland abreißen müsse. Weiter sagte er aus, daß er vom Ehemann beim Ehebruch mit der Frau überrascht worden sei. Er beschwor diese Aussage und erhielt von dem Freunde dafür 200 Mark. Nun fand er wegen Meineids vor Gericht. Zwei Punkte seiner Zeugenaussage waren unwahr. Einmal hatte er nicht ins Ausland reisen müssen. Das hatte er nur als Ausrede benutzt, um nicht bis zum nächsten Eheheideungstermin warten zu müssen, da er die 200 Mark sofort brauchte. Zweitens war er beim Verlehr mit der Frau nicht vom Ehemann überrascht worden. Der Staatsanwalt beantragte wegen dieses Meineids die ungeheuerliche Strafe von drei Jahren Zuchthaus. Das Schwurgericht ging unverständlicherweise über den Antrag noch hinaus. Es verurteilte den Mann zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust; diese barbarische Strafe wegen eines einzigen Meineids gründete sich hauptsächlich auf die Vorstrafen!

Ein anderer Fall. Ein Mädchen führte einen Prozeß wegen Alimentation. Es gab einen Vater an, der behauptete, daß das Mädchen in der fraglichen Zeit mit vielen Männern verkehrt habe. Drei Kaufleute mußten als Zeugen auftreten. Sie beschworen, daß sie mit dem Mädchen keinen Verkehr gehabt hätten. Obwohl das Mädchen infolge dieser Aussagen seinen Prozeß gewonnen hätte, gab es jetzt selbst an, daß die Angaben der drei Zeugen unwahr seien. Sie habe in der fraglichen Zeit mit allen dreien wiederholt verkehrt. Nun fanden die drei jungen Männer vor dem Schwurgericht wegen Meineids. Das Mädchen beschwor, daß die drei mit ihr verkehrt haben. Aber auch andere Beweismittel, die überaus einen bezweifelnden Einfluß in das Sittenleben bürgerlicher Jugend gewährten, sprachen für die Richtigkeit der Aussage des Mädchens, das ja nun auch durch seine eigenen Angaben den Alimentenprozeß verlieren muß! Die drei jungen Leute müssen ihren bodenlosen Leichtsinns schwer büßen. Obwohl der Meineid ihnen nicht den allergeringsten Vorteil bringen konnte — anscheinend wollten sie nur ihrem Freunde etwas ansonsten — erhielten sie ein Jahr Zuchthaus, ein Jahr drei Monate Zuchthaus, ein Jahr Zuchthaus und je zwei Jahre Ehrenrechtsverlust!

Eine Frau wurde in einem Verleumdungsprozess als Zeugin benannt. Sie sollte über ihre Beziehungen zu einem Manne ausagen. Statt die Aussage zu verweigern, da sie sich bei wahrheitsgemäßen Angaben selbst einer strafbaren Handlung, des Ehebruchs, beschuldigen mußte, behauptete sie Falsches. Für diese Art Falscheide sind im Strafgesetzbuch Milderungen vorgesehen, so daß die Frau mit 7 1/2 Monaten Gefängnis wegkam.

35 männliche und drei Frauen wurden wegen Meineids angeurteilt. In neun Fällen gab es 13 Jahre Zuchthaus, 2 1/2 Jahre Gefängnis, und zweimal erfolgte Freisprechung. Die übrigen Prozesse betrafen zweimal Mordversuch, Totschlag und Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, wovüber wir ausführlich berichtet haben. F.K.

Berichtungs-Kalender

Mittwoch, den 28. März, 1928.
Verband für Freireisender und Feuerbestattung, Generalversammlung, Volkshaus, 20 Uhr.
Leipziger Baugewerksbund, Delegiertenversammlung, Volkshaus, 17 Uhr.
Leipziger Verkehrsbund, Bezirksfunktionäre des Groß-, Einzel- und Kohlenhandels, Volkshaus, 19.30 Uhr.
Donnerstag, 29. März 1928.
Konsumverein Leipzig-Plagwitz, Bezirksversammlung, Volkshaus, 19 Uhr.

EDEL-BULGAREREN

Das ist die edelste 6 1/2-Zigarette

Panorama-Wirtschaft
Täglich
Große Künstler-Konzerte
ausgeführt von ersten Kapellen
Jeden Sonntag
Frühschoppen-, Nachmittags- u. Abend-Konzerte
O. Schlink.

VOLKSHAUS
Jeden Tag 12 Uhr
Ananas-Bowle
Wird auch über die Straße abgegeben.

Gute Drucksachen
von der einfachsten bis zur geschmackvollsten, modernsten Ausführung in ein- und mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Gewerbe, Handel, Behörden und Private, auch in Massenaufgaben (hergestellt im Flachdruck sowie im Rotationsbetrieb) bei billigster Preisberechnung
Leipziger Buchdruckerei A.G.
Leipzig, Taschenstraße 19/21 — Fernsprecher Nr. 7226



Familientrauer und Schönwetter

In einer Familie meiner Bekanntschaft ist ein Unglück passiert: ein Bruder des Mannes ist irgendwo da im Rheinland eines plötzlichen Todes gestorben. Der Schicksalsschlag wurde ruhig und gefasst aufgenommen. Die Geschwister hatten sich seit vielen Jahren nicht gesehen. Die Absicht zwischen den Familien war zu groß, als daß die Trauer ernst und nachdrücklich hätte sein können. Mir fiel nur auf, daß eine halbe Stunde nach Eintreffen der Trauernachricht die ganze Familie schon die berühmten schwarzen Trauerschleifen um den Arm hatten, die der Umwelt Familientrauer offiziell und kondolenzheischend anzeigen. Das war am Sonnabend. Als Zeichen des Mitgeföhls wurde im Familienrat beschlossen, das Radio an dem Abend nicht zu benutzen. Die Stunden schlichen hin. Gegen halb zehn Uhr kam das Familienoberhaupt zu mir in die nachbarliche Wohnung, ließ sich würdig gefasst kondolieren und meinte, er möchte doch einen Rat von mir haben. Seine Frau wolle doch gar zu gerne Radio hören, und er? Nun, auf ihn käme es schließlich überhaupt nicht an! Aber Mititär- und Marsche, die heute gespielt würden, das sei doch schließlich keine besondere „Lustbarkeit“, das sei ja gute, alte Rückerinnerung. Was ich denn da meinte? Ich bin nun kein grausamer Mitmenschen, auch kein gehässiger Nachbar, ich beruhigte sein Gewissen. Er ging in seine Wohnung zurück und wenige Minuten später sah ich seine Frau mit einem großen Bierkrug zum Restaurant eilen, im wohlverstandenen Interesse — nicht der Lustbarkeit — sondern der „alten Rückerinnerung“.

Am nächsten Tag war es, ein schöner, sonniger Sonntagmorgen im Frühling. Den ganzen Vormittag kamen die Regelbrüder Augusten kondolieren. Gegen Mittag erschien der Vorstand selbst. Kurz nachher kam nun die Frau zu mir herüber. „Ach“, sagte sie zu mir, „es ist ja so ein schöner Sonntag!“ „Ja“, sagte ich absichtlich ziemlich verständnislos abwiegend. „Und heute ist Regelpartie!“ „So!“ meinte ich noch verständnisloser. „Und wir können doch nicht mit, weil doch der Bruder von meinem Mann...“ „Ja, allerdings“, sagte ich einerseits pietätvoll (dem Toten gegenüber), andererseits grausam (den Lebenden zugeneigt). „Ja, aber, es ist doch so eine Sache mit der Trauer, ja schließlich und endlich, wenn man es sich überlegt, aber es war doch wiederum Augusts einziger Bruder...“ Ich schweige unerbittert. Endlich kann die gequälte Frau nicht mehr anders und fragt direkt: „Was meinen denn Sie zu der Trauer?“ Sie ist in meiner Hand, die arme Frau, sie möchte ja so gerne zu dem Regelausflug, ihr August übrigens auch, aber sie brauchen eine „Theologie“ zur Gewissensberuhigung, und die soll ich ihnen liefern.

Ich muß es nun offen gestehen: Ich habe meine Ueberlegenheit deutlich ausgenützt, habe ihr einen halbfröhlichen Vortrag über die Trauergebräuche, angefangen von den alten Juden, den Budisten bis zu den Trauergebräuchen der Feueranbeter am Schwarzen Meere gehalten. Die arme Frau hat still und erwartungsvoll zugehört und als ich ihr endlich die ersuchte Mitteilung gemacht habe, daß es vom Standpunkt der wahren Moral gleichgültig sei, unter welchen äußeren Umständen man trauere (oder nicht trauere), war sie ganz glücklich.

Nachmittags zogen sie dann los, zu ihrem Regelausflug. Ich guckte gerade vom Fenster heraus, da rief mir August weithin vernehmlich raus:

„Also ich dank dir schön für dein Mitgeföhle, der Verlust trifft mich wirklich tief. Aber die Regelbrüder haben mir durch den Vorstand sagen lassen, sie würden alle mit mir trauern, und wenn das Wetter nicht gar so schön gewesen wäre, wären wir auch daheim geblieben.“ Patz.

Keine Verschmelzung

Vertreterversammlung des Konsumvereins L. Döllitz

Der Konsumverein für Leipzig-Döllitz und Umgegend, e. G. m. b. H., hielt am 24. März seine 5. ordentliche Vertreterversammlung ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung lautete: Verschmelzung mit dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz. Hierzu referierte der Revisor des Verbandes sächsischer Konsumvereine, Genosse Böhm, Dresden. In großzügiger Weise behandelte der Redner das Verschmelzungsproblem. Er stellte fest, welche Fortschritte die Zusammenlegungsbestrebungen seit Gründung des Zentralverbandes gemacht haben und wies darauf hin, daß noch Großes zu erreichen sei, wenn die Genossenschaftsmitglieder im Lande die Notwendigkeit des Zusammenfassens erkennen würden. Die Verschmelzung des Konsumvereins Leipzig-Döllitz mit dem großen leistungsfähigen Leipzig-Plagwitzer Verein sei ein Gebot der Stunde. Der Leipzig-Plagwitzer Verein steht nach seiner Gründung wieder mit an der Spitze im Zentralverband deutscher Konsumvereine. Es sei für die Leipzig-Döllitzer Mitglieder nur von großem Vorteil, wenn die Zusammenlegung beschloßen werde. Uebergehend zu der finanziellen Lage des Leipzig-Döllitzer Vereins hob er besonders hervor, daß finanzielle Gründe zu einer Zusammenlegung nicht vorhanden seien, da der Döllitzer Verein äußerst gesund dastehe. Lediglich seien es wirtschaftliche Gründe, die dazu drängen, den Zusammenschluß vorzunehmen. Mit einem warmen Appell an die anwesenden Vertreter, ihre Stimme zugunsten der Verschmelzungsfrage abzugeben, schloß der Redner seine einstündigen Ausführungen.

In der anschließenden Aussprache meldeten sich vor allen Dingen die Gegner der Verschmelzungsfrage zum Wort. Ein Redner wies besonders darauf hin, daß ihm sowie einer Anzahl anderer Vertreter die Zustimmung zu dieser Verschmelzung schwerfalle, da die Personalpolitik des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz ihm hindernd im Wege stehe.

Bei der nunmehr vorgenommenen Abstimmung stimmten von 72 anwesenden Vertretern 43 dafür und 29 dagegen. Da das Gesetz sowie das Statut in dieser Frage die Mehrheit der anwesenden Vertreter verlangen, war die Verschmelzung bebauerlicherweise abgelehnt. Hervorzuheben ist, daß die gesamte Verwaltung einstimmig für die Verschmelzung eingetreten ist.

Der Verammlungsleiter Gen. Heinrich wies nach dieser Abstimmung darauf hin, daß jedenfalls die Verschmelzungsfrage damit für Leipzig-Döllitz nicht erledigt sei, daß unter Umständen schon die nächste Vertreterversammlung sich erneut mit dieser Frage beschäftigen müsse.

Drei Jahre Gotteslästerungsprozeß!

Bruno Vogel freigesprochen! — Teile des Buches „Es lebe der Krieg“ bleiben beschlagnahmt

F. K. Vor drei Jahren nahmen ein katholischer Lehrer und ein Polizeibeamter in einem kleinen bayrischen Dorfe Kergernis an dem pazifistischen Werke Bruno Vogels „Es lebe der Krieg“. Die frommen Katholiken nahmen sittliches und religiöses Kergernis. Nachdem auf diese Weise der Vorwurf des Strafrechtbuches Genüge geleistet war, griffen selbstverständlich mehrere Staatsanwaltschaften zu und beschlagnahmten das „gefährliche Buch“. Darüber hinaus erhob die Leipziger Staatsanwaltschaft gegen Verfasser, Verleger, Zeichner und Verbreiter des Buches Anklage wegen Vergehens wider die Sittlichkeit und Gotteslästerung. Am 11. Januar 1926 wurden vier der Beschuldigten vom Gemeinsamen Schöffengericht in Leipzig zu hohen Geldstrafen verurteilt. Am 28. Mai 1926 hatten die Berufungen vor der II. Strafkammer Erfolg. Die Angeklagten wurden freigesprochen, nachdem eine Reihe namhafter Sachverständiger — Helene Stöcker, Kurt Hiller, Dr. Wichmann, Universitätsprofessor Jolles, Magnus Hirschfeld, Thomas Mann, Heinrich Mann, Fritz von Arnim — teils schriftlich, teils mündlich das Buch als ein einwandfreies, erschütterndes Kunstwerk bezeichnet hatten, und nachdem Genosse Rosenfeld in einem glänzenden Plädoyer Raum für freies, künstlerisches Schaffen in Deutschland gesordert hatte. Gegen den Freispruch legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht ein, die am 13. Januar 1927 vor dem ersten Strafsenat verhandelt wurde. Wie kaum anders zu erwarten, hob der Senat das freisprechende Urteil auf und verwies den Prozeß zur nochmaligen Verhandlung an das Dresdner Landgericht. Aber auch die VI. Strafkammer des Dresdner Landgerichts kam am 6. Juli 1927 nach eingehender Verhandlung erneut zum Freispruch von der Anklage der Gotteslästerung und des Sittlichkeitsvergehens. Doch der Oberstaatsanwalt in Dresden gab auch nach dem Entscheid der vierten Instanz keine Ruhe. Das ist kein Wunder. War es doch die Dresdener Staatsanwaltschaft gewesen, die den Freispruch hatte, daß das Werk Vogels über seinen gotteslästernden und unzüchtigen Charakter hinaus eine Kampfschrift gegen Krieg und Decadenz sei. Das war des Pudels Kern bei dem Reffellreiben gegen den Verfasser der Schrift!

Nun wurde der Prozeß zum zweiten Male vorm Reichsgericht in fünfter Instanz verhandelt. Die Revisionschrift der Dresdener Staatsanwaltschaft ist ein Kulturdokument, von dem wir Teile der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen. Da heißt es an den entscheidenden Stellen:

„Denn auch der Künstler kann seine Kunst schänden und eine Fote kann nicht deshalb anders gewertet werden, weil sie in einem künstlerischen Werke gebräut wird. Auch einem Kunstwerke gegenüber, das objektiv ganz oder in einzelnen Teilen unzüchtig ist, muß der § 184 Platz greifen, denn mit der Unzüchtigkeit zu wirken, ist die Absicht, Unferheit zu erregen und das groß Geschlechtliche hervorzuheben, keineswegs unvereinbar. Nicht die Unzüchtigkeit und das Empfinden des einzelnen Künstlers kann als maßgebend erachtet werden, sondern allein (echt kommt's!) das normale Empfinden, das Gefühl der Allgemeinheit für Scham und Ehre gerade in geschlechtlicher Beziehung, und es ist unmöglich, dem Künstler zuzubilligen, daß ihm das Bewußtsein,

sein Werk könne eine Scham und Sittlichkeitsgefühl verletzende Wirkung haben, lediglich deshalb fehle, weil das objektiv unzüchtige Werk ein Kunstwerk sei.

Das Gericht hat offenbar den Begriff „Gott“ im § 166 verkannt. Es gibt nicht einen Gott der Kriegsheher im Gegensatz zu einem Gott des Christentums, der Liebe. Der Gottesbegriff im § 166 hat seine Grundlage in den Bekenntnissen der christlichen Kirchen und der anderen mit Korporationsrechten innerhalb des Deutschen Reiches bestehenden Religionsgesellschaften. Im übrigen ist der Angriffsgegenstand im § 166 nicht so sehr Gott, als vielmehr das religiöse Gefühl des Menschen, das gegen eine Verletzung durch Kergerniserregung geschützt werden soll. Hierauf geht das Urteil (Der Freispruch) überhaupt nicht ein. Es hat vielmehr seiner Entscheidung einen falschen Begriff „Gott“ untergelegt und daher auch die weiter erforderlichen Erwägungen nicht vorgenommen.“

Der Oberstaatsanwalt hat offenbar nicht gemerkt, daß er sich selbst widerlegt hat. Einmal stellt er die Behauptung von nur einem Gottesbegriff auf, dann spricht er von einem falschen Begriff Gott der Dresdener Richter, seiner Standesgenossen und Kollegen! Wenn die schon anders über „Gott“ denken, als er, der Herr Oberstaatsanwalt, dann darf er es Urtheilen nicht verüben, wenn sie über den Begriff „Gott“ noch ganz andere Meinungen äußern.

Nachdem der als Berichterstatter fungierende Reichsgerichtsrat die fulminante oberstaatsanwaltschaftliche Revisionschrift verlesen hatte, erklärte er: „Die Revision soll wohl vom Reichsanwalt nicht vertreten werden.“ Sofort gab der als Vertreter des Reichsanwalts erschienene Staatsanwalt Haut vom Leipziger Landgericht die Erklärung ab, daß er die Revision vertrete. Allerdings nur auf eigene Verantwortung, da bereits ein reichsanwaltschaftliches Gutachten darüber vorlag, daß das Dresdener Urteil in formaler Hinsicht revisionsfähig ist! Welches Verstandnis Haut für das Vogel'sche Werk aufbringt, zeigten seine empörenden Unterstellungen gegen den Verfasser, der sich nicht zu wehren vermochte. So erklärte er, der Schriftsteller sei nur tätig geworden, um Geld zu verdienen. Keineswegs hätte er aus Idealismus gehandelt. Im Buche „Es lebe der Krieg“ wäre nur von kläglichen Menschen die Rede, die immer ängstlich bestrbt seien, Hunger und Liebe zu befrichtigen. Zum Schluß blamierte Haut sich noch wie der Oberstaatsanwalt aus Dresden mit der Forderung des „einen wahrhaftigen christlichen Gottes!“ Er beantragte Aufhebung des freisprechenden Urteils und Zurückverweisung ans Dresdener Landgericht. Der Senat hielt sich aber an das reichsanwaltschaftliche Gutachten. Er verwarf die Revision, bestätigte den Freispruch Vogels und dehnte die Beschlagnahme auf alle existierenden Exemplare des Werkes bzw. der beanstandeten Kapitel aus. Die erheblichen Kosten des dreijährigen Verfahrens hat die sächsische Landeskasse zu tragen.

Hoffentlich trägt dieser äße für die Justiz so unzüchtlich verlaufene Kampf dazu bei, daß die Staatsanwaltschaft künftig die in jedem Falle von mittelalterlichem Geiste getragenen Anklagen wegen Gotteslästerung unterläßt.

Hierauf erstattete der Geschäftsführer Gen. Busch den Geschäftsbericht über das erste Geschäftsjahr 1927/28. Er konnte daraus hinweisen, daß auch das letzte Geschäftsjahr für unsere Genossenschaft wiederum einen Schritt nach vorwärts bedeutete. Der Umsatz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 187 274,42 Mk. erhöht. Er betrug in dieser Zeit insgesamt 868 096,14 Mk. wogegen in derselben Zeit des Vorjahres der Umsatz nur 678 821,72 Mk. betrug. Nachdem er die am 31. Dezember gegebene Bilanz vorgelegt hatte, erstattete der anwesende Revisor Gen. Böhm den Bericht über die am 23. und 24. Februar 1928 stattgefundenen gesellschaftlichen Revision in eingehender Weise. Am Schluß seiner Ausführungen hob der Gen. Böhm nochmals hervor, daß die Genossenschaft äußerst gesund dastehe und sich in guten Händen befinde. Bei der vorgenommenen Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat wurden die Genossen Lengner, Marktleber, Pflieger, Gauß, und Epenhain, Wadhau, gewählt.

Rechtsanwalt Malekta berichtigt

Herr Rechtsanwalt Malekta, der Verteidiger in dem Mordverurteilungsschloß, hat sich vor wenigen Tagen vor dem hiesigen Schwurgericht abgewandt, ersucht um unter Hinweis auf Paragraph 11 des Preßgesetzes folgendes zu „berichtigen“:

„Ich habe als Verteidiger nicht „in dieselbe Kerbe geschlagen wie der Staatsanwalt“, sondern die Rechtspredung betreffend Strafbarkeit des Verurteilten mit untauglichen Mitteln bekämpft, auch die Ueberlegung der Ausführung der Tat bestritten. Die Motive des Angeklagten waren nicht zu verteidigen.“

Wir bemerken dazu, daß Herr Malekta in seiner Verteidigungsrede von werkschlicher, hebloser und egoistischer Gefinnung seines Mandanten sprach, sowie von stöcker und verantwortungsloser Handlungsweise des Angeklagten, die der modernen, materialistischen Weltanschauung entsprungen sei und deren abstoßende Wirkung Abscheu erzeuge. Nach dieser Anklage gegen seinen Mandanten plädierte er für Freispruch, im Höchstmögliche Bekämpfung wegen Totschlags in Frage. Wenn Herr Malekta meint, nicht in dieselbe Kerbe geschlagen zu haben, wie der Staatsanwalt, so mag er bei dieser Auffassung bleiben. Er wird aber auch nicht verhindern können, daß andere anderer Auffassung darüber sind. Interessant wäre, zu erfahren, was Herr Malekta unter moderner, materialistischer Weltanschauung versteht. Der gewöhnliche Sterbliche wird diese Proben seines Plädoyers als einen Versuch mit untauglichen Mitteln betrachten, neben dem Täter die proletarische Weltanschauung für die Tat verantwortlich zu machen, das heißt, das Bestreben, die auf Eigennutz begründete kapitalistische Gesellschaftsordnung durch die das Gemeinwohl zur Grundlage machende Gesellschaftsreform zu ersetzen. In diese Kerbe haben schon vor Herrn Malekta viele geschlagen. Aber von Kenntnis der Dinge sind solche „Auffassungen“ nicht angekränkt.

Die blaue Osterblume

Die blaue Osterblume, die im März ihre schönen Blüten entfaltet, ist jedem ein willkommenes Frühlingsverwunder. Vielen ist als Edelebeblume (Hepatica triloba, Anemone hepatica) bekannt. In Laub- und gemischten Wäldern finden wir sie da und dort. Schöne, himmelblaue Blumen, meist in einem dichten Büschel zusammenstehend, umgeben von verwelkten, aus dem vergangenen Jahre stammenden dreilappigen Blättern, während die dreilappigen Blätter der Wurzel ist hübsch-sagrig; die aus der Wurzel kommenden Blüthenstiele sind blattlos, jottig und tragen nur eine Blume; der Kelch fehlt, statt seiner finden wir eine etwas von der Blumenkrone absteigende, aus drei grünen, eiförmigen Blättern bestehende Hülle; die Blumenkrone trägt sechs bis neun himmelblaue, eiförmige Kronenblätter, die zwar in und mehr aus dem Blumenboden entspringende Staubfäden einhüllen. Die Blätter entfalten sich nach der Blüte, sind gestielt, dreilappig, ganzrandig, am Grunde herzförmig, leucocarpia, dunkelgrün und auf der Unterseite oft rötlich was für die Ausnutzung des Sonnenlichtes von großer Bedeutung ist.

Genosse Zeigner über die Abrüstung

Ueber „Krieg und Abrüstung“ sprach im Jellenteller am Dienstag Genosse Erich Zeigner in einer Veranstaltung des Kriegsgegnerbundes und der Frauenliga für Frieden und Freiheit. Zeigner, der zum erstenmal seit seiner Entlassung aus der zuchthauslichen Pension in einer öffentlichen Kundgebung sprach, wurde von der gutbesuchten Versammlung mit lebhaftem Beifall begrüßt. Mit rückhaltloser Klarheit behandelte Zeigner alle Probleme der Abrüstung und kam zu den gleichen Resultaten, wie sie in der Volkszeitung so oft und ausführlich festgestellt wurden.

Zeigner ging aus von dem Fiasco der ganzen Genfer Abrüsterei. Das Ende der letzten Genfer Tagung und die Behandlung der russischen Vorschläge durch die Kommission haben aus das trefflichste den wahren Charakter der Genfer Komödie enthüllt. Worin liegen die Schwierigkeiten des ganzen Problems? Solange wir eine kapitalistische Wirtschaftsordnung haben, solange braucht diese Wirtschaft Rohstoffe und Absatzmärkte, solange sind die Voraussetzungen für Kriege gegeben. Kriege sind heute von anderer Form als der letzte Weltkrieg. Die Kriege werden nicht mehr geführt werden mit Millionenheeren, sondern als Materialkriege. Genosse Zeigner gab nunmehr eine ausführliche Darstellung über die Entwicklung der modernen Kriegstechnik, die Rationalisierung und Maschinisierung der Kriegsmittel, die Verwendbarkeit chemischer Mittel und Flugzeuge, die Möglichkeiten des Giftgaskrieges usw. Von den Regierungen ist eine Abrüstung nicht zu erwarten, solange sie Vertreter des hochkapitalistischen und imperialistischen Bürgerturns sind. Zu bekämpfen gilt es die ökonomischen Ursachen der Kriege, und durchzuführen können diesen Kampf nur die Gegner des jetzigen Systems. Es ist erfreulich, daß die Sozialistische Arbeiterinternationale diesem Kampf die Arbeit des Brüsseler Kongresses widmet. Namentlich müssen die Resolutionen der Haager und Hamburger Tagungen in die Praxis umgesetzt werden, muß die Arbeiterklasse in den großen politischen und gewerkschaftlichen Verbänden organisiert werden zur Kriegsverhinderung. Der Gewalt des Imperialismus sei, wenn er den Krieg will, als revolutionärer Versuch die organisierte Gewalt der Kriegsgegner entgegen gesetzt!

In der Diskussion, die den mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen Zeigners folgte, sprach zunächst Redakteur Pütz von der RPD. Er erklärte seine „grundgütliche“ Zustimmung zu den Zeignerschen Ausführungen und legte dann los mit der bekannten bolschewistischen Kritik, die die Ursachen für die unmarxistische und reformistische Haltung von sozialistischen Führern zur Kriegspolitik in der miserablen Qualität der einzelnen Personen begriff. Zum Schluß die Aufforderung, die Lösung im Bunde mit der Sowjetunion zu versuchen. Es sei festgestellt, daß Pütz im Gegensatz zu seinem Kollegen Schumann in der Vecher-Veranstaltung wenigstens den Versuch machte, sachlich zu diskutieren. Genosse Laumann zeigte Pütz, nachdem vorher noch ein rechtsgerichteter Redner gesprochen hatte, daß die russische Bündnispolitik und Sowjetunionenaffäre sehr auf den Widerspruch zwischen der marxistischen Phrase und der russischen Wirklichkeit erröhren. Nur das Proletariat aller Länder, für dessen grundlegende ideologische Aufklärung seine organisierte Einheit Voraussetzung sei, könne den Imperialismus überwinden.

In seinem Schlußwort hieß Genosse Zeigner dem kommunistischen Redner die Tatsache vor Augen, daß praktisch die ganze Abrüstungsopposition der Russen trotz ihrem starken demokratischen Wert, nichts bewirkt habe. Das könne nur die Aktion der Arbeiterklasse. Es gibt aber kein größeres Hemmnis für die wahre Abrüstung, als die Zerspaltung der Arbeiterklasse (Lebhafter Beifall.)

Wir freuen uns, daß in den Kreisen der Leipziger Positisten eine Auffassung vorgetragen wurde, die unter Abrechnung aller bürgerlich-pazifistischen Mäßen und Begründungen die Dinge vom Standort der einzig wahren Friedenskraft, des Sozialismus, so sieht, wie sie sind.

Wo ruft die Pflicht?

Erweiterter Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 31. März, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes. Pünktlich erscheinen.

Engerer Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 31. März, 18 Uhr, im Volkshaus Zimmer 8, Bezirksvorstand der SPD Leipzig. J. A.: Ehrhard.

Funktionäre.

Die Bibliothek ist nur noch jeden Donnerstag von 18,30 bis 20 Uhr (147 bis 8 Uhr) geöffnet.

Frauen.

Arbeitsgemeinschaft der SPD-Frauen.

Groß-Leipzig. Freitag, 30. März, 19,30 Uhr, im Volkshaus, Garberodezimmer, 1. Etage, Zusammenkunft: Unsere Kampfparole! Ostern. Donnerstag, den 29. März, 19,30 Uhr, wichtige Funktionärinnenführung im Kronprinzen.

Paunsdorf. Donnerstag, den 29. März, 20 Uhr, im Gutspark, Lichtbildvortrag des Gen. Zeiler: Das proletarische Mädchen — die proletarische Frau.

Schönefeld. Funktionärinnen. Heute Mittwoch, 20 Uhr, wichtige Sitzung in der Bibliothek, Stettiner Straße 64. Gilt auch für Modau.

Vindenhaf. Donnerstag, den 29. März, 20 Uhr, im Ratskeller, Pegau. Donnerstag, den 29. März, 20 Uhr, in der Börsehalle.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Leipzig. Freitag Sprechprobe im Jugendheim, Königsstraße 10. Alle müssen kommen. Beginn 20 Uhr. Neue Mitglieder werden noch gebraucht. — Arbeitsdienst im DZ fällt, da die Zeitungen noch nicht da sind, am Donnerstag aus. Alle auf-fordernden Gruppen kommen also erst nächsten Donnerstag, den 5. April, dran.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Plagwitz-Vindenhaf-Schleißig. Donnerstag, 19,30 Uhr, findet unser Elternabend in dem Schulsaal der 42. Volksschule, Friesenstraße, statt. Alle großen Kinder kommen 17 Uhr zur Hauptprobe, danach ist.

Mitglieder-Veranstaltungen

Holzhausen. Sonnabend, 31. März, 20 Uhr, im Bahnhofsgasthof, wird Genossin Anna Kühn, Leipzig, sprechen über: Wie werden wir Frauen frei? Wie erwarten zahlreichem Besuch; Gäste sind herzlich willkommen.

Vom Wohnungsamt

Wir werden um den Abdruck der folgenden Zeilen gebeten: § 279 der Landesversicherungsordnung lautet: Der Staat und das Reich ist verpflichtet, für keine Gemeinde Unterkunft zu schaffen resp. Wohnungsbau bereitstellen, die sich in menschenwürdigen, gesundheitlichem Zustand befinden, besonders für Familien, die rüchlos, ohne nochmalige schriftliche Wohnung der Behörde, auf die Straße gesetzt werden. Jedoch dieser Paragraph scheint bei dem hiesigen Wohnungsdezernenten Dr. Steiner auf dem Leipziger Rathaus überhaupt nicht bekannt zu sein.

Ich bin am 8. April d. J. jetzt 6 volle Jahre verheiratet und habe ein Kind. Meine Frau ist herzkrank, ihre Nerven zertrütert, das Kind 4 Jahre alt, bronchialleidend; ich selbst bin seit circa einem Jahre in Nervenebehandlung. Ärztliche Ratschläge wurden an das Wohnungsamt eingereicht. Ich habe mich auch eifrig mit meiner Frau um eine Wohnung bemüht. Unterschriften und Einkommensnachweise, ohne Hauswirten gesammelt und meinem Rechtsanwalt übergeben. Kam ich aufs Wohnungsamt, wurde ich stets mit dem Bemerkten abgelehnt: die betreffende Wohnung sei schon an Bordringler, vermietet, oder ich wäre noch nicht dazu berechtigt. Andere Wohnungen, denen man ihrer Beschaffenheit halber kaum einen Namen geben kann, will ich hier einige anführen:

1. Stätteritz, Holzhauser Straße, Küche ohne Fenster, Fußboden rote Ziegel, Stube ganz kleine Fenster, Fußboden verfault, die Wände vermodert, kein Licht, Kammer desgleichen.
2. Zentrum, Lüchowstraße, Hinterhaus parterre, Küche ohne Fenster, rote Ziegel als Fußboden, Kammer so klein, daß nicht zwei Betten längs hineinspassen, Wände total mit Salpeter durchdrungen. Daher vollständig gesundheitschädlich.

Ich könnte noch mehr solche „Wohnungen“ anführen. Ich habe nun endlich zur Selbsthilfe gezwungen und mir eine kleine Wohnung gesucht. Jedoch: Es kann der beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Durch anonyme Briefe ist das Wohnungsamt soweit gebracht worden, daß man mich rüchlos, ohne Bedacht auf unsre allgemeinen Krankheiten und ohne vorherige nochmalige schriftliche Aufforderung, auf die Straße resp. Emittierenshaus gesetzt hat, ohne jedwede Stellung irgendeines Ersatzraumes. So wird die sittliche Moral und die herrschende Wohnungsnot der Großstadt Leipzig gehoben. Zahl's ihnen beim bei der Wahl, wählt sozialdemokratisch! Hinweg mit dieser Wohnungs-politik! Mag Müller.

Generalversammlung der Arbeiter-Abstinenter

Vom Arbeiter-Abstinenterbund, wird ungeschrieben:

Ostern dieses Jahres werden 25 Jahre verstrichen sein, daß aus vereinzelten Ortsvereinen abstinenter Arbeiter der Arbeiter-Abstinenter-Bund gebildet wurde. 25 Jahre jüher, aufopferungsvoller Kleinarbeit! Große Siege sind ihr bisher nicht beschieden gewesen, aber erreicht ist, daß die gewaltigen Gefahren, die der Alkoholismus gerade dem auswärtsstrebenden Proletariat bringt, in den sozialistischen Organisationen immer schärfer erkannt werden und daß neben der indirekten Bekämpfung auch die direkte mittels Aufklärung, Vorbild, Jugendberziehung, alkoholfreier Feste und Kundgebungen getrieben ist. Viele, die zuerst in den radikalen Alkoholgegnern Mäher und Asketen gesehen haben, überzeugten sich von dem hohen idealen und realen Wert der Bewegung und erkannten vor allem, daß der Arbeiter-Abstinenter-Bund als sozialistische Kulturorganisation Wirkung und Förderung verdiene.

Am Osterabend und Osterfesttag findet unser Bundestag im Leipziger Volkshaus statt. Während diese Verhandlungen nicht-öffentlich sind, würden uns bei der Jubiläumssfeier am Karfreitagabend im großen Saal des Leipziger Volkshauses aus allen Kreisen der sozialistischen Arbeiterschaft diejenigen herzlich willkommen sein,

die mit uns eine entschiedene Bekämpfung des Alkoholismus wünschen. Die Begrüßungsansprache wird der Bundesvorsitzende, Genosse Dr. Drucker, halten und Genosse Wilhelm Söllmann wird in seiner Freude den „Sozialismus als Kulturideal“ behandeln. Der Dänische Volkshor wird einige Lieder vortragen und Walter Schmidt ist als Rezitator gewonnen. So verpricht der Abend allen Teilnehmern einen künstlerischen Genuß und reiche Anregung zu bieten. Der Eintritt ist frei.

Das Doktorinstitut Leipzig—Berlin

Die Berliner Kriminalpolizei hat am Dienstag eine Reihe von Befehlshandlungen in dem Berliner Doktorinstitut des Herrn Geheimen Kommerzienrats Doktor Albrecht Maria Matthes vorgenommen. Weitere Verhaftungen sind in dieser Angelegenheit, die immer größere Kreise zieht, noch nicht erfolgt. Es steht fest, daß Herr Matthes im Besitz eines richtigen Kommerziatstitel ist, der ihm durch eine Fälschung verliehen wurde, das der Herzog von Koburg gleichzeitig mit seiner Abkündigung unterzeichnete.

Aus dem Fenster gestürzt

Am 28. März, gegen 10 Uhr, ist ein 7 Jahre alter Schulknabe aus dem Fenster der ersten Etage im 3. Stock des Grundstücks Breitenfelder Straße 20 auf den Fußweg gestürzt. Der Knabe hatte sich aus dem Fenster gebeugt und hat dabei das Gleichgewicht verloren. Er erlitt einen Schädelbruch und ist kurz nach dem Unfall gestorben.

Das gemeinsame Komitee, SPD Groß-Leipzig und Ortsaus-schuh des UDSV Leipzig (Gewerkschaftsarten), hat als Vor-schuh des Genossen August Kroneberg, Zimmerverwand, Volks-haus, Zeiger Straße 32, Telefon 140 21, als Kassierer den Genossen Walter Kiehl, Parteisekretariat, Teuchner Straße 19/21, I., Telefon 180 25 (Postkonto 68 890 Amt Leipzig, Giro 4840) gewählt. Anfragen in Kas-senangelegenheiten und Bestellungen von Waifarten, auch nach auswärtig, sind an Genossen W. Kiehl, sonstige Anfragen an Genossen A. Kroneberg zu richten.

Billige Theaterkarten für Jugendliche. Zu der am Dienstag, dem 3. April, stattfindenden Aufführung „Nathan der Weise“ von Lessing des Leipziger Bürgerbundes stellt das Jugendamt den Jugendlichen der anerkannten Leipziger Jugendorganisationen eine Anzahl Karten zum Preise von 60 und 20 Pfg. zur Verfügung. Ueber die Plätze entscheidet das Los. Die Karten können in der Geschäftsstelle des städtischen Jugendheims Leipzig-Mitte, Töpferstraße 2, Zimmer 2, entnommen werden am Donnerstag in der Zeit von 14—21 Uhr, am Freitag und Sonnabend in der Zeit von 8—16 Uhr. Ausweis über die Zugehörigkeit zu einer Jugend-vereinigung ist vorzulegen. Es wird ausdrücklich darauf hin-gewiesen, daß diese verbilligten Theaterkarten nur für Jugendliche Gültigkeit haben.

Bevölkerungsvorgänge in Leipzig. Vom Rat wird mit-geleitet: Nach dem 11. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 11. bis 17. März 106 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 4. bis 10. März 180, davon 98 Knaben und 82 Mädchen. 47 Lebendgeborene waren unech-tlicher Abstammung. Totgeborene wurden 6 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 11. bis 17. März 183 Personen, darunter 27 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 102 männ-liche und 81 weibliche Personen. Von den Todesfällen entfielen auf Scharlach 1, Grippe 4, Tuberkulose 15, Krebs 20, Gehirnschlag 19, Krämpfe der Kinder 1, Herzkrankheiten 22, Lungenerkrankung 13, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 5, Magen- und Darm-krankheit, Brechdurchfall 3, Kindbettfieber 3, Altersschwäche 17, über-gnatürliche Todesursachen 4. 6 Personen erlitten tödlichen Unfällen und 5 erlitten durch Selbstmord.

Die Ausstellung „Europäisches Kunstgewerbe 1928“ im Grassi-museum, Hospitalstraße 3a, ist bis zum 1. April 1928 verlängert worden. Im weiten Kreisen den Besuch zu ermöglichen, beträgt der Eintrittspreis in dieser Woche 50 Pfg. für die Person.

Die Vereinigung der Arbeiter-Photographen, Ortsgruppe Leipzig, veranstaltet vom 29. April bis 2. Mai in den Kolonnaden des Volks-hauses eine Ausstellung. Als Auftakt dieser Ausstellung findet am 11. April, 10½ Uhr (Eintritt 30 Pfg.), ein Filmabend in der Arbeiter-Turn- und Sportschule statt.

Arbeiterkammer-Orchester. Wegen Verhinderung unseres Diri-genten am Sonntag findet die Probe am Freitag, dem 30. März, 20 Uhr, Zimmer 8, im Volkshaus statt.

Sprechchor. Heute Mittwoch, 19½ Uhr: Probe zur Revue Pehalozstraße, Schule). Alle Mitwirkenden müssen bestimmt er-scheinen.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen der Straßen-bahn 17 und einem Lastauto ereignete sich gestern, 26. März, in den Nachmittagsstunden gegen ¼ 4 Uhr zwischen der Kreuzung C u c r - und Wintergartenstraße. Straßenbahn und Auto wurden stark beschädigt, der Besfahrer des Autos wurde leicht ver-letzt.

Reintner, Füllorgengeimpfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsbeschädigte. Ausgabe von Kalbfleisch, gute Qualität, Freitag, den 30. März, von 8 bis 15 Uhr, und Sonnabend, den 31. März, 1928, von 8 bis 14 Uhr, im städtischen Schlachthof. Einheitspreis (das Pfund 75 Pfg.). Der Lebensmittelverkauf findet täglich von früh 8 bis 12,30 Uhr, in der Gerberstraße 3, Glasolonnade, statt. Mehl-auszug Pfund 25 und 28 Pfg., Reis Pfund 22 Pfg., klarer Acker Pfund 28 Pfg., Margarine Pfund 40, 55 und 75 Pfg., Linsen Pfund 25 Pfg., Graupen Pfund 25 Pfg. usw. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Freischverkauf an der Freibank. Morgen Donnerstag, den 29. März, an der Freibank I freier Verkauf.

Dolizeinachtichten

Empfindlich geschädigt wurde am 28. März eine Eisen-bahnarbeiterin in einem Kaufhause an der Peters-straße, in dem sie einen Damenmantel laufen wollte. Sie legte hier-bei eine Manteltasche, braunledern, enthaltend eine braunlederne

Damenhandtasche und in dieser ein braunledernes Damen-partemonaie mit 288 Mark, auf einen Stuhl. Während des Kaufs gefiel sich eine unbekannte Frau hinzu, die ihr zuredete, einen bestimmten Mantel zu kaufen. Nachdem der Kauf abgeschlossen war, war die Manteltasche von dem Stuhl verschwunden. Vermutlich ist sie von der unbekannten Frau gestohlen worden. Diese wird wie folgt beschrieben: Etwa 1,55 Meter groß, schwächlich, graues, verlebtes Gesicht, etwa 34 bis 36 Jahre alt, trug einen dunkel-braunen karierten Mantel, helle Strümpfe und Halbschuhe und dunkelblau mit grau melierten Hut. Bei sich führte sie eine kleine runde, braunlederne Handtasche. Zu ihrer Ermittlung dienliche Angaben erbittet das Kriminalamt.

Von der Arbeiterwohlfahrt

Am Sonntag, dem 25. März, fand im Volkshaus zu Leipzig die diesjährige Bezirkskonferenz der Ortsaus-schüsse für Arbeiter-wohlfahrt für den Bezirk Leipzig statt, in der die Reichstags-abgeordnete Genossin Stegmann, Dresden, einen Vortrag hielt über das „Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Arbeiterwohlfahrt“. Als Mitarbeiterin an dem Gesetz war es ihr ein Leichtes, die Entwicklung des Gesetzes darzustellen, das ihrer Meinung nach weniger ein Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechts-krankheiten sei als eine Festigung des Privilegs der approbierten Ärzte, allein die Geschlechtskranken zu behandeln. Auf die gesund-heitlichen Schädigungen durch die Salvarsanbehandlung eingehend, machte die Referentin darauf aufmerksam, daß niemand, auch in den Krankenhäusern nicht, gezwungen sei, sich mit Salvarsan be-handeln zu lassen. Was die Aushebung der Vorderle und der Eiten-kontrolle betrifft, betonte Genossin Stegmann nochmals, daß gerade die Vorderle die Brutherbe für Geschlechtskrankheiten gewesen seien. In den ungeordneten Wohnungsverhältnissen, in der schlechten wirt-schaftlichen Lage vieler Mädchen und vor allem in dem starken Alkoholgenuß liegen die gleichen Gefahren verborgen. Sei auch durch die Bestimmungen des Gesetzes die Prostitution nicht beseitigt, so sei aber der übergroßen Ausbeutung der Mädchen ein Riegel vor-gesetzt. Aber nicht allerwärts werde dem Gesetz ein fortschrittlicher Geist beigelegt wie in Sachsen, dessen Ausführungsbestimmungen die besten in Deutschland seien. Denn in Sachsen sei die Sitten-polizei vollständig aufgehoben. Hilfe und Unterstützung brauchten aber die bestehenden Pflanzämter. Und dabei können die Helfer der Arbeiterwohlfahrt Gutes leisten.

Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten die zahlreich er-haltenen Genossinnen und Genossen den nahezu zweistündigen interessanten Darlegungen der Genossin Stegmann. In der Aus-sprache wurde der Genossin Stegmann nicht in allen Dingen zu-gestimmt. So wandte sich Genosse Freytag vor allem gegen den Teil des Vortrages, in dem die Referentin sich gegen die alleinige Behandlung durch die Ärzte wandte. Genosse Böhlert ur-terstützte ihn darin, indem er auf die nachweislichen Erfolge der Salvarsanbehandlung hinwies, denen gegenüber die gesundheitlichen Schädigungen kaum in Betracht kämen. Insofern könne der Auf-fassung der Referentin, daß das Gesetz unzureichend sei, zugestimmt werden, als die Möglichkeit des Hinweises auf die Verhütungs-mittel geradezu unterbunden werde. Von der Genossin Bauer wurde auf die Gefahr hingewiesen, die entstehen könnte, wenn die Mitglieder der Naturheilvereine dazu übergehen würden, aus Ber-ärgerung über die Haltung unserer Reichstagsfraktion zu dem Gesetz selbständige Reichstagsanträge aufzustellen. Sie forderte alle Ge-nossen auf, einem solchen Bestreben ernsthaft entgegenzutreten. Durch die Ausführungen aller Redner kam zum Ausdruck, daß das ver-abschiedete Gesetz ein Fortschritt sei, und daß es lebhaft darauf an-komme, wenn die Durchführung des Gesetzes übertragen würde.

In ihrem Schlußwort ging Genossin Stegmann noch einmal auf ihre Haltung bei Beratung des Gesetzes ein, die sie in einem Widerspruch zu einem großen Teil der übrigen Genossen gebracht habe. Nicht Feindschaft gegen die Mediziner habe sie dazu geführt, sie sei ja selbst praktizierende Ärztin, sondern sie wolle nicht eine Mauer um die Schulmedizin aufziehen lassen. Es müsse Freiheit in der Behandlung und im Handeln gelassen werden.

In dem vom Genossen Klein gegebenen Geschäftsbericht wies dieser darauf hin, daß die Ortsaus-schüsse für Arbeiterwohlfahrt nach und nach an Einfluß gewinnen. In den 17 Bezirken be-finden sich 38 Ortsaus-schüsse seien rund 1800 Genossinnen und Ge-nossen in der Wohlfahrtspflege tätig (davon in Leipzig allein etwa 1400). Die Arbeits- und Tätigkeitsberichte waren je nach den ört-lichen Verhältnissen verschieden. So beteiligten sich 17 Ortsaus-schüsse an der Mütterberatung und Säuglingsfürsorge, Jugendklub, Ju-gendfürsorge und Jugendgerichtshilfe; 8 Ausschüsse beteiligten sich an der Aufsicht der unehelichen Kinder, an der Kindererholungs-fürsorge oder hatten Schulaufsichten übernommen, während wieder-um 26 Ausschüsse örtliche Kindererholungs-fürsorge (Zeriverein-staltungen) selbständig betrieben; dazu kommen noch bei 7 Ausschüssen Erholungs-fürsorge für Erwachsene (Frauen), 13 betrieben Haus-pflege oder unterhielten Nähstuben. Barunterstützungen gewährten 16 und Weihnachtsfeiern veranstalteten 23 Ortsaus-schüsse. Damit ist das Tätigkeitsgebiet keineswegs erschöpft. Genosse Klein wies noch besonders darauf hin, daß unsere Genossen der Arbeiterwohlfahrt nicht immer das nötige Verständnis entgegenbringen, was von allen Seiten durch Zuruf bekräftigt wurde. Die Aufbringung der Mittel war nicht immer leicht, doch sei es immerhin erfreulich, daß im vergangenen Jahre von den Ortsaus-schüssen rund 35 000 Mark verausgabt seien. Hinzu kommen noch die Ausgaben des Bezirks-ausschusses mit 22 000 Mark. — In der Aussprache über den Ge-schäftsbericht wurde gemüßigt, daß baldigst eine andere Bezirks-konferenz abgehalten werde, in der nur eine Aussprache über die Tätigkeit in den Ortsaus-schüssen stattfinden solle. Denn nur durch ein gegenseitiges Abwägen der geleisteten Arbeit könnte neue An-regung geschöpft werden.

Nach Annahme der neu aufgestellten Richtlinien für den Be-zirk schritt man zur Wahl des Bezirksaus-schusses, dessen neue Zu-sammensetzung ist: Vorsitzende Genossin Martha Schilling, Sekretär Philipp Klein; die weiteren Mitglieder sind: für Leipzig die Genossen Böhlert und Kiehl (diese vier bilden zugleich den Arbeitsaus-schuss), für die Unterbezirke: Genossin Born, Döbeln, Genossin Hempel, Wittweiba, Genosse Brennecke, Wurzen, Genosse Fiedler, Pegau.

Eine Besichtigung der Ausstellung zur Bekämpfung der Ge-schlechtskrankheiten schloß sich an die Konferenz an. Bn.

Knorr Erbswurst und andere Suppen in Wurstform

Es ist ja so leicht, aus uns eine gute, wohlschmeckende Suppe in kurzer Zeit herzurichten, weil wir alle notwendigen Zutaten für eine gute, nahrhafte Suppe in uns tragen. Wir müssen nur in kaltem Wasser angerührt und 20 Minuten gekocht werden und schon sind wir fix und fertig. Wir sind in Teller-Portionen eingeteilt und in Größen zu 4 oder 6 Teller bei jedem Kaufmann erhältlich. Machen Sie noch heute mit uns einen Versuch, damit Sie sehen, daß wir Ihnen Zeit, Geld und Arbeit sparen.



Wandern und Reisen

Arbeiterferien

Wer will verreisen?

Die unablässige Arbeit der Gewerkschaften hat erreicht, daß Ferien für Arbeiter und Angestellte keine vereinzelte Erscheinung mehr sind, sondern daß schon der größte Teil der Arbeiterschaft Anteil an diesem sozialpolitischen Fortschritt hat. Die Bemühungen der Gewerkschaften sind weiterhin daraufhin gerichtet, längere Ferien zu erreichen. Auch dabei sind trotz der Unternehmerrückstöße recht beträchtliche Erfolge zu verzeichnen. So ist

die Frage der Ferienverwendung

eine aktuelle geworden auch für die Arbeiterschaft. Es brauchen nicht mehr nur die Angehörigen des Bürgertums und vereinzelte bessergestellte Lohn- und Gehaltsempfänger zu sein, die die Ferienzüge füllen und an den Ferien-Ausflugsorten dominieren. In zunehmendem Maße ist bereits seit Jahren der Arbeiter an den Ferienreisen beteiligt.

Aber freilich: die Feriendauer ist für die Arbeiterschaft immer noch recht beschränkt. Und noch beschränkter sind die Mittel, die dem Arbeiter für die Ausgestaltung seiner Ferien zur Verfügung stehen. In dieser Lage kann der Arbeiterschaft

eine zweifelhafte Organisation

eine erhebliche Hilfe leisten. Um nur eins zu nennen: auf der Bahn gibt es auch ohne Benutzung von Ferienzügen, die doch immerhin nur ein Notbehelf sind, wesentliche Preisermäßigungen. Dazu ist allerdings notwendig, daß von irgendeiner Stelle aus Menschen mit gleichem Reiseziel zu Gesellschaften zusammengelassen werden. Das ist gar nicht so einfach, wie mancher denkt. Denn die Ferienziele und Ferienzeiten sind sehr verschiedenartig, und es kommt deshalb darauf an, aus einem an sich sehr großen Kreis von Ferienreisenden die viel kleinere Zahl derjenigen zu erfassen, die zu gegebener Zeit für ein bestimmtes Ferienziel in Frage kommen.

Eine der bedeutungsvollsten Organisationen für diesen Zweck ist das Arbeiter-Bildungsinstitut in Leipzig.

eine gemeinsame Einrichtung der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Dieses Institut hat bereits während vier Jahren solche Gesellschaftsreisen veranstaltet und dabei sozialer Art gefunden, daß die Zahl der Teilnehmer von Jahr zu Jahr stark gestiegen ist. Im Jahre 1928 wird das ABZ, eine besonders umfangreiche Reiseaktivität entfalten. Sein Programm ist in einem hübsch ausgestatteten und reichgegliederten Prospekt zusammengestellt, der gegen Einblendung von 30 Pfennig bezogen werden kann. (Anschrist: Arbeiter-Bildungsinstitut, Leipzig C 1, Braustraße 17, II.)

Dieser Prospekt gibt Anregungen für denjenigen, der zwar selbst reisen möchte, aber über die Ausgestaltung seiner Ferienreise nicht recht ins Klare kommen kann. Vor allem jedoch gibt der Prospekt Anhaltspunkte dafür,

mit wie wenig Mitteln durch die Organisation Ferienreisen auch in entferntere Gebiete durchgeführt werden können.

Nicht nur innerhalb der Grenzen Deutschlands, sondern auch in das Ausland. Der Prospekt enthält Reisen sowohl ins Gebirge als auch an die See. Außer Deutschland, deutschen Gebirgen und Seen, sind Oesterreich, Dänemark, Schweden und England von dem Prospekt erfaßt. Für die Reisefreudigsten in Mitteldeutschland bietet das ABZ, insbesondere auch denjenigen eine außerordentlich günstige und billige Reisegelegenheit, die in diesem Jahre die „Preiss“ in Köln besuchen und damit eine Rheinreise verbinden möchten.

Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig.

Wir verweisen gleichzeitig auf die vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit für das Jahr 1928 zusammengestellten Reisen nach dem Mittelmeer, dem Salzkammergut, nach Nord- und Süd-Dalmatien, den Schweizer Seen, an den Rhein, nach Brüssel, Paris, Wien usw. Ausführliche Beschreibungen der einzelnen Reisen sowie die näheren Bedingungen (Teilnehmer-

kosten, Anmeldefristen usw.) enthält der schön ausgestattete Reise-prospekt, der gegen Einblendung von 30 Pfennig in Briefmarken (keine Fredericus-Reis-Briefmarken!) vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 8, Lindenstraße 3, zu beziehen ist.

Brüder, Schwestern, schreiet mit...

Frische Lieder schallen, rote Fahnen wehen, die Jugend zieht durch die Straßen und fordert ihr Recht! Mehr Jugendschutz! Mehr Freiheit! Die Jugend will sich nach der Tagesarbeit erholen, will Körper und Geist zum Rechte kommen lassen. Die Jugend will am Wochenende aus den grauen Mauern, hinaus ins Freie, in die Sonne, damit der junge Körper wachsen kann. Seit die sozialistische Jugendbewegung besteht — und das sind mehr als zwanzig Jahre — hat sie um den Jugendschutz gekämpft, hat den Gedanken unter die Erwachsenen getragen, hat sie überzeugt, daß sie sich



Überall einsetzte für erhöhten Schutz der Vorkinder, der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. Freier und bewährter steht heute der Aufgabe und das Mädel neben den Erwachsenen im Betrieb. Jugend ist nicht mehr der Schwache, wehrlose Untertan, ist ein wachsender, werdender Mensch.

Wir sind hart und sicher geworden durch den Zusammen-schluß, durch unsere Bewegung. Wir haben uns durchgerungen durch das Gezüpp der Widerstände. Jetzt redet niemand mehr absichtlich von den grünen Bengeln und den jungen Dingen. Wer es dennoch tut, ist alt genug, um zu sterben.

Tausende junge Menschen gehen in diesen Tagen aus dem Lande der Kindheit in das Land der Arbeit. Unsere Jugend kommt und sagt zu ihnen: Brüder, Schwestern, schreiet mit! — Wir kennen vom neuen Land eine Straße und wollen mit euch gehen. Wir haben ein großes Ziel, dem auch ihr zustreben müßt. Wir wollen frei und freudig werden, wir wollen die Welt, die voll Ungerechtigkeit und Härte ist, umgestalten. Wir wollen den Sozialismus!

Eltern, wir kommen zu euren Kindern. Laßt uns nicht vor der Tür stehen, weist uns nicht ab. Wir kommen als die Jugend des kämpfenden Proletariats und haben den heißen Willen, euer Werk zu vollenden. Da muß dein Bursche, dein Mädel dabei sein, Deine Kinder gehören zu uns, wenn nicht das, was du geschaffen hast, verfallen soll. Deine Kinder dürfen nicht stumm beiseite stehen, sie müssen sich in den großen Zug der vorwärtsdrängenden, kämpfenden Jugend einreihen.

Arbeiterkinder gehören in die sozialistische Arbeiter-Jugend.

Osterfahrten

(Schluß.)

Zwei Tage Vogtländische Schweiz

Sonntagstarke Greiz-Jodeta 5.20 M. Ab Leipzig 6.38 Uhr mit beschleunigtem Personenzug bis Neumarkt, hier umsteigen nach Greiz, an 9.14 Uhr. Vom Bahnhof am Schloß nordwärts zur Schulstraße und rechts über die Bohn- und Gölzsch an der Brauerei nordwärts im Tal entlang bis zur Schwarzhammernühle. Immer dem Wasser entgegen wandert man durch die Gölzsch-Talbrücke in 3/4 Stunden nach Märlau. Wer hier nicht bei den freien Turnern oder in der Jugendherberge im Raitersloß bleibt, kann nach einem Abendzug vom nahen Rehsloß nach Jodeta kommen.

2. Tag. Von Jodeta geht es zuerst zum Lorenzpfaffen mit seinem schönen Rundbild. Dann steigt man zur Lorenzbrücke hinab, um wieder aufwärts die Altschloß- und den Charlottenturm auf dem Eisenberge zu erreichen. Weitergehend gelangt man zum Triebtal und in halber Höhe über die Eistalbrücke zum Friedrich-August-Stein. Von hier klettert man hinunter zur Bartmühle und wieder hinauf zum Dorfe Trieb. Ist man dann wieder zur Rehschmühle hinuntergestiegen, so wandert es sich leicht im Tale dem Städtchen Eisterberg zu. Nach Besichtigung der Ruine schreitet man an der Kirche vorbei zur Eisterbrücke und rechts weiter einen Fußweg bergauf bis zur Schölaer Fahrstraße. Links führt ein Fußsteig nun zum Kriedelstein. Zum Bahnhof Eisterberg geht man wieder durch die Burgfalte und das Wölz zurück. Der letzte Teil der Wanderung führt durch die Rößelstraße, dann den Trennischweg entlang nach Röhlich, von hier an der Elster nach Döhlau und auf der Staatsstraße zum Bahnhof Greiz.

Heimfahrt ab Greiz 19.38 Uhr, an Leipzig 22.20 Uhr.

Zwei Tage Ballenstedt — Alexbad — Wippra

Sonntagstarke nach Ballenstedt 5.30 M. Am Sonnabend, 19.03 Uhr, nach Aschersleben und weiter 20.55 Uhr bis Ballenstedt. Nach einem Gang durch die Stadt (Neues und Altes Rathaus, Nikolaiskirche, Oberhof und Schloß) wendet man sich hinter dem Glacéteich zum Ammanns- und Bärweg, 43 A und B, um über die Försterei Sternhaus nach Viktorshöhe zu gelangen (3/4 Stunde). Der Bezeichnung 43 B nachgehend, kommt man an der Teufelsmühle vorbei durch den Saugarten nach Alexbad. (2 Std.)

2. Tag. Eine Talwanderung von fast 24 km Länge die Sella abwärts führt zuerst nach Mägdesprung, dann über Sella mühle zur Tal mühle und zum Falken. Hier zweigt der 43 B und A bezeichnete Weg am Forsthaus Kohlenbach ab und führt nach Ballenstedt ab. Von hier Rückfahrt ab 18.57 Uhr, an Leipzig 22.50 Uhr. Diese Wanderung zeichnet sich vor allem schon durch das milde Klima des Sellaales aus.

Zwei Tage am Flossgraben bis Croffen

Fahrtgeld 1.50 M. Der Flossgraben, der von Croffen nach Ballenstedt führt, wird selten in seiner ganzen Länge begangen. Auch wir wollen heute nur einen Teil begreifen. Im Hochsommer ist es sowieso nichts damit, da die Sonne dann den oft schattigen Weg zur Qual macht. Von Großschöcher über Anauhin und Anauhinandorf gelangen wir nach Klein-Schorfloppe ins Freusische und nach Riehn. Hier treffen wir auf den Flossgraben, der dann lange Zeit die Grenze bilden wird. Dem Wasser entgegen kommen wir zur hohen Brücke, wo ein Seitenarm nach Wegan abzweigt. Hier wurden die angekommenen Flosser aufgefunden und je nach ihrem Bestimmungsort nach Leipzig auf dem Seitenarm zur Elster geleitet, oder sie schaukelten und fließen sich im Graben weiter der Saale zu. Der zweite Seitenarm, von Ca ja ausgehend, hatte zum Ende die Aufgabe, die Flosser in die Salzbergwerke bei Dürrenberg zu leiten. Um die Wasserverteilung ist mancher Proseß geführt worden. Bis Bornitz gibt es zwar nicht viel Besonderes, doch zeigen hier Denkmalsteine von vergangenen Tagen. Unter einer Brücke finden wir einen Namen von einem Hofmeister und einem Hofverwalter. Das Wasser ist durch die Abwässer der zahlreichen Brauereiflossgräben verschmutzt und hat fast keine Fische mehr. An der Wölschmüher Mühle vorbei gelangen wir zu einem der interessantesten Stille des Grabens bei Grana. Bisher haben wir aber bei Röhren keine Kreuzung mit dem Haseiba. Dieser wird in einem Tunnel unter dem Graben geführt. Stehen wir dann an der Straße nach Röhren, so erkennen wir die geschickte Führung des Grabens. Um ein zu großes Gefälle zu vermeiden, ging man den Höhenlinien nach und vertrieb größere Kunstbauten. Wir brechen heute hier die Wanderung ab, bleiben in Zeih zur Nacht. Am 2. Tage gehen wir nach Kleinajda und finden dann dort einen für Hochwasser bestimmten Tunnel. Die Führung am Graben entlang mit den vielen interessanten Kunstbauten aus damaliger Zeit (etwa 1880) in Stautitz, Sainsburg und Croffen soll hier nicht beschrieben werden. Ein jeder soll selbst sich das Beste herausuchen. Doch nicht nur dem Graben, sondern auch der Umgebung und dem wechselnden Landschaftsbild ist volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Rückweg führt dann meist im Walde über Riedsdorf nach Breitenbach zur Ruine Kempe. Weitergehend erreicht man über die Schneidemühle und Kaba den Bahnhof Zeih.

Leben und Sterben von Sacco und Banzetti

Von Eugen Lyons.
Duische Zeitungsgesellschaft: Carl Engel, Verlag, Berlin-Charlottenburg 2.

Ihr „Schuldbewußtsein“.
Es bleibt nur noch übrig, die Frage des „Schuldbewußtseins“ zu erörtern. Es sollte jedem klar sein, warum die beiden italienischen Radikalen, in der damals herrschenden Atmosphäre der Verfolgung und des Terrors, über ihren Aufenthalt am Tage ihrer Verhaftung nicht die Wahrheit gesprochen haben, warum sie mißtrauisch wurden, als die Frau des Garagenbesizers zum Telefon lief. Nach Meinung des Richters Thayer war das der eigentliche Grund zu ihrer Verurteilung, wichtiger als die Identifizierungen und die Aussagen der Sachverständigen. Thayer sagte später bei der Ablehnung des Antrages auf Wiederaufnahme des Prozesses:

„Das Urteil gründet sich meiner Überzeugung nach nicht so sehr auf die Aussagen der Augenzeugen, denn, wie sich zeigte, konnten die Angeklagten viel mehr Zeugen aufzuführen, daß sie an jenem Tage nicht in dem Kaufautomobil gewesen sind. Das Beweismaterial, das dieses Urteil herbeiführte, waren lediglich Indizienbeweise und das, was das Gericht als „Schuldbewußtsein“ bezeichnet.“

Die Indizienbeweise gründeten sich auf drei Behauptungen der Anklage:

1. Sacco und Banzetti führten sich, das Oberlandautomobil an jenem Tage mitzunehmen, obwohl sie deshalb in die Garage gegangen sind. Die Angeklagten behaupteten, daß sie den Wagen nicht mitnahmen, weil er keine Lizenznummer hatte. Daß Mitarbeiter des Garagenbesizers führten sie darauf zurück, daß man ihre Wäsche, die radiale Literatur einzusammeln, entdecken könnte.

2. Als sie verhaftet wurden, hatten sie Bewegungen gemacht, als wollten sie nach ihren Waffen greifen. Diese Behauptung gründete sich allein auf die Aussage des sie verhaftenden Beamten, der offensichtlich sehr nervös war und sich in Eile glaubte. Die Angeklagten leugneten eine solche Bewegung.

3. Bei der ersten Vernehmung versuchten sie, ihren Aufenthalt an jenem Tage durch unwahre Angaben zu verbergen. Sowohl Banzetti wie Sacco gab zu. Die Fragen der Polizei betrafen ihre Vermutung, daß sie dem gleichen Schicksal wie Salsedo und

Elia entgegengingen. Sie verschwiegen deshalb die Namen und Adressen ihrer Freunde, um sie nicht den Nachforschungen der Polizei auszuliefern.

„Schuldbewußtsein“ beginnt nicht am Tage der Verhaftung, sondern bereits im Moment des Verbrechens. Das Bewußtsein der beiden Angeklagten zwischen dem 15. April und dem 5. Mai war durchaus nicht das von Verbrechern. Kein Anzeichen deutete darauf hin, daß sie plötzlich in den Besitz von großen Summen gekommen wären. Sie verbergen sich nicht vor der Öffentlichkeit, sondern bemühten sich, wie auch vorher, die Sammlungen von Beiträgen für die Verteidigung Saccos fortzusetzen. Sie organisierten eine Versammlung, in der Banzetti als Hauptredner sprechen sollte. Es war unbestreitbar, daß ein Mann, der einen Mord begangen hatte, sich in der Nähe des Tatortes drei Wochen nach dem Verbrechen auf einer öffentlichen Rednertribüne zeigen sollte. Ihr Benehmen wies kein Schuldbewußtsein auf; sie gingen ihrer täglichen Beschäftigung nach und beschäftigten sich weiter in der Arbeiterbewegung wie vorher.

Doch warum trugen sie Waffen? Waffen werden häufig von Leuten getragen, die durchaus keine Räuber sind; das ist allgemein bekannt. Sacco gewöhnte sich an das Waffentragen, als er Nachtportier in Kellys Schuhfabrik war. Kelly konnte das beschwören.

Banzetti rechtfertigte seinen Besitz von Waffen mit der Erklärung, „es war eine böse Zeit, und ich trage gerade eine Waffe zur Selbstverteidigung“. Er hatte oft achtzig, hundert bis hundertzwanzig Dollar bei sich. Das sind aufrichtige Erklärungen, die den Tatsachen entsprechen. Außerdem wird jeder Psychologe die Neigung mancher Leute, Waffen zu tragen, zugeben.

Die Verteidigung schloßerte, wie Sacco und Banzetti zu ihren radikalsten Ideen gekommen sind, ihre Anschauung über das jetzige Wirtschaftssystem, ihre Aktivität in der Arbeiterbewegung, ihre Opposition gegen den Krieg. Es waren Tatsachen, die den Geschworenen bereits bekannt waren und deren Berücksichtigung die eigentlichen Gründe, warum Sacco und Banzetti bei ihrer Verhaftung die Unwahrheit sagten, nur ins Dunkel gerückt hätte. Als die Frage einmal angeschnitten war, bemühten sie sich ihrer der Anklagevertreter und versuchte, sie gegen die Angeklagten auszunutzen. Das verstärkte nur die Vereinigungswirkung der Geschworenen. Sacco und Banzetti wurden provoziert, über ihre politischen An-

schauungen zu sprechen. Sie mußten lange Reden in einer fremden Sprache halten, die ihnen nur schabden.

Sacco fiel dieser Provokation besonders leicht zum Opfer. Erregt, verwirrt, da er nicht immer die Fragen verstehen konnte, sprach er viel über seine Anschauungen, so daß die Geschworenen vor ihm bleich wurden. Er wagte es, an ihren heiligsten Begriffen zu lästern. Raymond verwirkelte ihn in eine Debatte über den Krieg, bis Thayer unterbrach:

„Ich will nur eine Frage stellen, die die Sache sehr vereinfachen wird. Behaupten Sie, daß die Einschaltung der Richter und Zeit-schriften, bei der Sie tätig waren, zugunsten der Vereinigten Staaten geschah?“

So half der Richter dem Ankläger in der Formulierung propo-gierender Fragen. Sacco war leicht zu provozieren. Er hielt eine lange Rede in einer ihm fremden Sprache, in der er sich gegen den Krieg und die soziale Ungerechtigkeit wandte.

„Krieg ist ein Geschäft“, rief er aus, „Millionen Dollar werden beiseite gebracht. Haben wir ein Recht, einander zu töten? Ich habe mit Deutschen, mit Franzosen, mit vielen anderen Nationalitäten zusammen gearbeitet, ich liebe diese Menschen, wie ich meine Frau und meine Eltern liebe, die mich erzogen haben. Warum soll ich diese Leute töten? Sie haben mir nichts getan. Darum bin ich gegen den Krieg. Wir müssen die Kanonen zerstören.“

Sacco griff auch die Harvard-Universität als eine Klassen-institution an, in der für Arbeiter kein Platz ist. Er wies darauf hin, daß Kapitalisten wie Rockefeller diese Institutionen unter-stützen, aber für die Erziehung und Bildung von Arbeiterkindern kein Geld haben. Sacco ließ es sich nicht träumen, daß der Präsident der Harvard-Universität sechs Jahre später aufgefördert worden würde, um über ihn ein Gutachten abzugeben, nachdem dieser Angriff gegen die Universität in den Akten und in der Presse fest-gehalten war.

Richter Thayer, der in jeder anderen Beziehung so stark formal ist, wandte sich nicht gegen diese Fragen, trotzdem sie deutlich darauf abzielten, den Haß der Geschworenen gegen die Angeklagten zu schüren.

* Eine der vornehmsten Universitäten der USA
(Fortsetzung folgt.)

Röntgen

Von Georg Walker.

Das ist nicht Faustens Jelle, und die Seele tritt hier nicht in die Verdammnis ein, das ist ein Röntgenapparat in des zwanzigsten Jahrhunderts magisch schönem Schein...

„Herr Doktor, mir ist so schwer, wie wenn meine Brust von Blei und Schlangen wär. Lassen Sie leuchtende Strahlen durch meinen Körper gehen und sagen Sie mir, was Sie sehen!“

„Was ich sehe, Arbeiter, das sind deine Lungen. Fabriksaue und -Ruh sind in sie eingedrungen. Zischen von Transmissionen und Gebrüll von Maschinen, das der Arme nur Plage habe auf Erden, hör ich aus ihnen.“

„Was ich sehe, Arbeiter, das sind deine Lungen, die sind durchfressen von Tuberkulose und Hunger, du wirst sterben.“

„Krankheit und Tod — das ist eine schwere Bürde, aber Schwereres noch als dies muß in mir sein. Doktor, dringen Sie tiefer ein in meinen Leib mit Ihren leuchtenden Strahlen und sagen Sie, was Sie sehen in ihrem Schein!“

„Was ich sehe, Arbeiter, das ist dein Herz, ein zerstampfter Same, der fruchtbar blühen wollte in die gesunde Welt, der zu Leben und Liebe sollte, wo man ein Weib kann haben und mit Kind und Genossen wandeln...“

„Auch diese Schwere, Doktor, kenne ich. Aber tiefer, bis zum Grund, durchleuchten Sie mich. Dort werden Sie finden die schwerste Last. Ich ertrage sie fast kaum. — Und ich weiß es, daß sie, herausfallend, erschüttern muß die Erde.“

„Zutiefst, Kranter, sehe ich — Haß.“ (Aus dem Tschekischen übertragen von Josef Kalmr.)

Dreihundertfünfzig Tote

Von Henri Barbusse.

Auf dem Bahnhof von Modane, dicht an der italienischen Grenze, herrschte in einer Winternacht des Jahres 1917 ein ungewöhnlich starker Verkehr. Die Reisenden auf den Bahnsteigen und in den Wartehäusern sahen einander merkwürdig ähnlich.

Schmerzlich gingen sie auf den steineren Plätzen auf und ab oder sahen auf dem Boden. Das grelle Licht der elektrischen Lampen ließ ihre Gestalten zur Hälfte ganz hell, zur anderen Hälfte dunkel erscheinen.

Dabei sahen sie glücklich aus. Sie sprachen laut miteinander, manche sangen sogar oder pfliffen. Es waren französische Soldaten von der italienischen Front, die nach den schweren Kämpfen an der Piave in Urlaub fuhrten.

Die Piave. Dies Wort hat in den zehn Jahren seine schreckliche Kraft eingebüßt, ist vergessen worden. Zehn Jahre löschen auch das Furchtbarste im Gedächtnis des Volkes aus.

Damals hieß „Piave“: aufstrebende, zermürbende Anstrengung, ein jähher Kampf gegen Soldaten, die anderen großen Herren untertan waren und auch getan hatten, was ihnen befohlen war.

Schließlich, als sie immer weniger geworden waren, wurden sie aus der Front gezogen. Da fanden diese Soldaten Freude daran, von ihren Kämpfen zu erzählen, und prahlten mit ihren Erinnerungen wie Kinder.

Jetzt waren sie schon in Frankreich, weit von der Piave, und konnten das Triumphgeschrei nicht mehr hören, das da unten ihre Tapferkeit auslöste. Sie warteten auf dem französischen Grenzbahnhof Modane auf ihren Zug. Endlich fuhr der erlebte Zug ein, hielt längs des Bahnsteigs; die Soldaten stiegen ein und alle suchten sich in den Ecken niederzulassen.

Die dem Krieg Entronnenen waren jetzt wieder freie Menschen und mit Herz und Magen schon daheim. Fünfhundert Leute! Doch verzögerte sich die Abfahrt. Der Lokomotivführer war noch nicht auf der Lokomotive, sondern stand auf dem Bahnsteig und führte lange Gespräche mit den betreten, ordensbehangenen Herren, die den Abtransport beaufsichtigten.

Er erklärte ihnen: „Die Abfahrt ist unmöglich.“ Das empörte die Offiziere. „Wie kann ein Franzose das Wort „unmöglich“ aussprechen? Solche dummen Ausflüchte! Unmöglich ist kein Wort der französischen Sprache.“

Der Lokomotivführer erwiderte nur: „Der Zug ist zu schwer.“ In der Hoffnung, sie wüßten es nicht, machte er sie aufmerksam, daß die Strecke voller Kurven und tiefer Abhänge sei. Sie sah auf sie mit einem zu schweren Zuge zu wagen, hieß die Gewalt über die Maschine zu verlieren. Es ist schließlich nicht zu verlangen, daß hohe Offiziere über solche Kleinigkeiten Bescheid wissen.

Amsonst suchte der kleine schwarze Kerl mit wilden Gebärden die Richtigkeit seiner Ansicht zu verteidigen und nachzuweisen, daß ihm die Maschine bei dem ersten Gefälle durchgehen würde.

Schon wurden die Urlauber in den Abteilen ungeduldig, redeten die Köpfe heraus und fragten: „Warum fahren wir nicht?“ Natürlich weigerte sich der Lokomotivführer trotzdem abzufahren. Die Furcht vor dem sicheren Verderben war zu groß.

Erst als die Offiziere ihm die Abfahrt formell befohlen, bestieg er die Maschine; der Zug setzte sich in Bewegung und verließ den Bahnhof. Aber bald kam er ins Rollen. Die Bremsvorrichtungen versagten. Er raste das Tal der Arce entlang. Hier schlangelt sich der Schienenweg an den steilen Felsausfällern des Flusses.

Immer rasender wurde die Fahrt, immer mehr kam das Eigenes Gewicht der Wagen zur Geltung. Schon gab der Führer Gegenstand, doch nur immer schneller glitt der Zug und raste wie ein Expres über die Ebene zu.

Hier war Menschenkraft hilflos. Die Lokomotive freiste und war in die Kauchschwaben eingeschüttelt. Die Bremsen waren so stark angezogen, daß die Räder in Brand gerieten. Bald stand der ganze Zug in Flammen und legte auf den Bahnhof Saint-Nicolas de Maurienne zu wie ein feuriger Komet.

Die in den glühenden Eisenkäfigen eingeschlossen waren — die fünfzig Mann, die glücklich dem Norden an der Piave entkommen waren — wurden sich bald dieses Rennens in den Tod bewußt. Hände hielten sich. Beherzigt versuchten die Türen zu öffnen, die der Luftdruck sofort wieder zuwarf. Viele sprangen durch die Fenster in den Abgrund, den die Nacht nicht sehen ließ. Keiner kam lebend davon; zerfetzte Leichen bezeichneten die Todesfahrt bis zu dem Ort, wo die endgültige Katastrophe eintrat: eine Brücke hinter einer scharfen Kurve, unweit des Bahnhofes Saint-Nicolas.

Der feurige Komet mit den Menschen in seinem Innern jagte dahin wie eine Granate, und statt der Kurve der Schienen zu folgen, geradeaus weiter.

Die Lokomotive stürzte in den Abgrund und riß die Wagen mit, die über sie geschleudert wurden und sich wie aufeinander türmten. Eine Flammensäule schlug hoch.

Nur ein paar wilde Schreie gestiegen noch aus dem Scheiterhaufen.

In derselben Nacht zog man hundertfünfzig Verletzte aus den glühenden Trümmern hervor. Alle anderen waren verlohnte Leichen: dreihundertfünfzig Soldaten, die frohen Mutes einige Tage Ruhe erwartet hatten, ehe sie von neuem in den mörderischen Kampf ziehen sollten.

Die Zeitungen veröffentlichten am nächsten Tage gräßliche Einzelheiten über das „Angriff“ von Saint-Nicolas de Maurienne. Sie wurden beghaglich von Leuten am warmen Kamin gelesen, deren Gewissen genau so rein war, wie das der Offiziere von Modane, die den verbrecherischen Befehl gegeben hatten. Niemand zog diese Offiziere zur Verantwortung, und alle sind sie seitdem befördert worden.

Mit erschien es als Pflicht, an das „Angriff“ zu erinnern und die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. (Aus dem Manuskript übertragen von Otto Fleckig.)

Kleine Chronik

Ein lehrhaftes Konzert. Der Arbeiterjungen-Dirigent Herbert Diecke hat seine früheren Besuche, dem proletarischen Zuhörer eines Konzerts zugleich eine musikalische Belehrung zu geben, das Konzert als Seminarisch zu gestalten, gelegentlich einer Schuberterfeier ins Große erweitert und damit einen verdienten Erfolg errungen. Alle Achtung vor dem konjertgebenden Gesangverein Guttenberg, der großzügig diese einzigartige Ehrgung des toten Meisters ermöglichte. Dichtiges Vortrag über das Leben und Schaffen Schuberts war der Faden, an dem sich Chöre und Soli von unverweillicher Schönheit aufstiehn. Die Männerchöre (Die Nacht, Nachgesang im Walde) herrlich in ihrer mühelosen Plastizität, ihrer kaum zu überbietenden Nuancierfähigkeit, harmonisch ausgewogen ihr Verhältnis zu dem Hornquartett im Nachgesang. Der an diesem Abend hinreichende Tenor Albrecht Vinte schmeigte seine Stimme den Verhältnissen des Konservatoriumssaales vortrefflich an. Dieser zu weichen Lyriken prädestinierte Tenor ist der ideale Interpret Schuberts Elegie. Seine Wiedergabe der Müllerlieder, der Winterreise und einiger anderer Lieder ergriff. Nicht ganz so überzeugend wirkte er in Ganymed und Aronos, weil er in allzu tiefen Tönen leicht stimmlos wird. Er wurde von Diecke am Flügel mit Verständnis begleitet. Dichtiges Stabführung über die beiden Chöre zeigt, wie schnell sich dieser junge Dirigent vom Formalen, vom exakten Tatsächlichen, von der nichts als korrekten Partiturnarbeit losgemacht hat. Er ist heute schon der persönlichen Ausbeutung, der Herausholung der Gesichtsweite fähig. Was allerdings ohne einen so wohlüberlegten und verständnisvollen Chor wie den „Gutenberg“ nicht möglich wäre.

Nächste Chöre: Das Lied im Gefängnis. Auf Wunsch der Direktion der Leipziger Gefangenanstalten findet am 1. April ein weiteres Konzert statt. Als Solisten wirken die Herren Albert Bahat (Violine) und Alfred Bahat (Klavier) mit. Außer Frühlings- und Volksliedern werden auch Tendenzchöre gesungen. Es kommen zum Vortrag: Empor zum Licht; Lord Volston; Freiheit, mein Lieb.

Tod einer großen russischen Schauspielerin. In Moskau starb, 75jährig, Maria Jermolowa, eine der größten Schauspielerinnen des russischen Theaters aller Zeiten. Die Regierung hatte ihr vor einigen Jahren den Titel einer „Nationalkünstlerin der Republik“ verliehen. Unter gewaltiger Beteiligung wurde die Jermolowa zu Grabe getragen, ferner soll sie noch posthum geehrt werden; sie soll ein Denkmal bekommen und dann wird eine der Moskauer Hauptstraßen nach ihrem Namen benannt.

Strindbergs Gattin kehrt zur Bühne zurück. In Stockholm wird in der nächsten Zeit das „Konzerttheater“ wieder eröffnet werden, das vor einem Jahre trotz hervorragender literarischer und künstlerischer Leistungen wegen finanzieller Schwierigkeiten hatte geschlossen werden müssen. Man glaubt, die Wirksamkeit dieser Bühne, namentlich für Aufführungen klassischer Werke, in Stockholm nicht entbehren zu können. Eine besondere Sensation bedeutet es, daß Strindbergs dritte geschiedene Gattin, Harriet Bosse, die noch immer als eine der größten Schauspielerinnen Schwedens gilt, die erste weibliche Kraft dieser Bühne werden wird. Harriet Bosse wird am 23. März in der Titelrolle von Strindbergs „Königin Christine“ zum ersten Male seit einer Reihe von Jahren wieder auf einer schwedischen Bühne stehen.

Glühbrennung von Blutgefäßen. Durch eine Kombination der Röntgenstrahlung mit der subkutanen Einspritzung von jodgetränktem Del wird es möglich gemacht, Röntgenbilder der Blutgefäße in verschiedenen Teilen des menschlichen Körpers zu erhalten. Zwei amerikanische Ärzte, J. B. Carnett und S. S. Greenbaum in Philadelphia, haben, amerikanische wissenschaftlichen Zeitschriften zufolge, ein technisches Verfahren ausgearbeitet, das es gestattet, bei vielen Blutkrankheiten die Gefäß-

veränderungen frühzeitig festzustellen. Die Ärzte haben gefunden, daß dem normalen Menschen sechs Kubikzentimeter jodhaltigen Oels unbedenklich in die Hüftarterien eingespritzt werden können. Nach der Einspritzung wurden Röntgenaufnahmen gemacht, die die Art und Verhältnisse der von dem Del durchdrungenen Blutgefäße klar erkennen ließen. Nach zehn Minuten hat das Del zumisch seinen Kreislauf durch die Gefäße vollendet und ist von dem Schenkel absorbiert.

Neues Theater. In der 50. Aufführung des „Parfisa“ am Palmsonntag (1. April) find die Partien des Parfisa und der Kundry erstmalig mit Ernst Reuberi und Marga Dannenberg besetzt. Außerdem wirken in den Hauptpartien Oskar Lafner (Klinglor), Ernst Osterkamp (Gurnemann), Max Spilder (Amfortas) mit. Leitung: Brecher und Briggmann.

Freudiges Wiedersehen

Bassermann-Gastspiel im Schauspielhaus.

Die Meisterwerke der Weltliteratur werden niemals dadurch herabgesetzt, daß man ihre Vorgänger kennt. Denn wo immer einer das Rohmaterial der Alltagswelt zu seinem Werke umgearbeitet stark genug war, da ist er auch stark genug gewesen, die Literatur der Vorgänger zum Rohmaterial für seine Literatur zu machen. Anders verhält sich der Pflücker und der Mäcker zu seinen Vorgängern, er wäre nicht, wenn sie nicht wären, seine besten Gedanken sind ihre Gedanken. Was er hinzu tut, das ist entweder leeres und verworrenes Gerede, dann haben wir die harmlosere Form des Pflückers vor uns, die in der Regel mehr oder weniger auf ihren Schreißelkosten beschränkt bleibt. Oder es sind gefälschte gefälschte Banalitäten. Dann darf sich der fingerfertige Mäcker oft rühmen, das gefälschte Buch des Monats oder das gepöbelteste Stück des Winters verfertigt zu haben.

So verhält sich das ausgerechnet im Winter 1918 mit dem Wiener Tages- und Bühnenschriftsteller Hans Müller, der mit seinen „Königen“ die habsburgisch-hohenzollerische Kriegeskonjunktur auszunutzen wußte, während er nach der Revolution die Dürnen der Könige vorzog und mit seiner „Flamme“ auch wirklich die allerbesten Geschäfte macht. Den Schöpfer haben wir damals zuerst in Leipzig gehabt, mit Paul Mederow in der Rolle des arglistigen Uebermenschen, welcher, rauhe Schale goldner Kern, nicht nur die Tuberkelbazillen, sondern nach anfänglichen Schwierigkeiten auch die Frauen, namentlich seine eigene, fette zu machen versteht. Nachdem Müllers Landsmann Hermann Bahr vor 20 Jahren ein Arztelium vom wissenschaftlichen Uebermenschen, vom „Meister“, der sein Weib vergift, nebst Ehebruch mit tragischem Ausgang, das wir kürzlich mit Eugen Klöpfer in Leipzig sahen, ihm vorgemacht hatte, erkannte der tüchtige Müller richtig, daß Ehebruch mit gutem Ausgang immer noch mehr ziehen würde. Statt eines rüstigen Grafen, dem nichts zu wünschen übrigbleibt, führte er also einen jungen, frankten Baron ein, dem kein Ruf gewährt wurde. „Daß ich keines Mannes Befehl gewesen bin, keines. Nur deiner —“ lautet eine von Müllers düstigen Stillblüten.

Er hat mit der veruchten Heilung des vermeintlichen Ehebrechers den „Arzt am Scheideweg“ (von Shaw) ins Ewig-Kitschige abgeben, indem er die Shaw'sche Situation den geistigen Mitteln einer Backsiphonantiale entsprechend umkonstruierte. Er hat für seine späteren Akte die Stellung des „Professor Bernhardt“ (von Schnitzler) gegenüber einem akademischen Kollegium nachgebildet. (Ich vermute, daß sein Professor Schuhmacher eigentlich auch ein Jude sein soll. Aber der Autor traut sich nicht recht — man läßt so etwas besser offen, weil auch Antisemiten manchmal Parteilichkeiten kaufen.) Endlich qund Müllers auch der alte hundertjährige Josen mit seinem „Volksgeund“ ärgersch über die Schulter, weil der Müller einiges vom Doktor Stockmann und noch mehr von dessen Bruder Stadtvoigt übernommen hat, der bei Bahr als Bruder und Stadtkollege, bei Müller zur Abwechslung bloß als Du-Broder und als Fackkollege auftritt. Es ist hübsch, so vielen lieben Bekannten zu begegnen.

Darüber, daß man auch Müllers begegnete, sollte die Leipziger aber nur das Wiedersehen mit Albert Bassermann trösten. Dem großen, nun 60jährigen, dem diesmal zunächst unser Dank und Gruß für 20 Jahre milerleibter Schauspielkunst gehört. Wenn die Berliner, denen Bassermann sich im kommenden Winter auch wieder zu zeigen verspricht, ihn lieber als Schöpfer anderer Rollen als gerade als den Schöpfer, von dem Hans Müller so wenig selber geschaffen hat, sehen wollen, so wird ihnen das niemand übelnehmen dürfen. Wenn es aber Bassermann als fahrender Künstler doch über sich bringt, sich an solchen Schmarren hinzugeben, so möchte ich zu nächst einmal der Wahrheit die Ehre geben und bekennen, daß mir nicht nur, als ich aus dem Theater trat, eine alte Frau begegnete, die mit verweinten Augen heraustram, sondern daß auch dem gar so keipischen Betrachter der Müller'schen Muse im letzten Akte die Tränen jugelagen beinahe an den Rand der Augen getreten waren: Die Stimme des Toten zeugt aus dem Grabe für das Wort des schöpferischen Menschen, zeugt für seine Idee gegen die Gruppe seiner teils unwissenden, teils geßlichen Gegner. Zugleich zeugt die (nach Müllers Angaben) jah wieder erwachte Liebe des Professors und seiner Gattin füreinander.

Es gehört zu den typischen Eigenschaften des wirklichen Kitzches, rührend zu sein, und Tränen, auch wenn sie in die Augen des kritischen Betrachters beinahe treten, sind kein Argument, wobei für den ästhetischen noch für den ethischen Wert des Anlasses. Doch was zu Tränen beinahe rühren kann, bietet natürlich auch dem Schauspieler Anlaß zu großen Emotionen. Vor allem aber: einen Menschen von angeborener Ueberlegenheit darzustellen, reizt den Schauspieler von angeborener Ueberlegenheit, mag auch der verantwortliche Herausgeber des betreffenden Uebermenschen noch so unterlegen sein. Es gibt da freilich eine Anzahl von Textstellen, die Bassermann im Interesse des guten Geschmades lieber streichen sollte. Aber da das Gerippe der Rolle ja von den Vorgängern schon aufgebaut war, bietet ihm Müller immerhin ein brauchbares Turmgerüst, einen willkommenen Anlaß, sich selber zu spielen: den körperlich überlegenen, geistig aktiven Menschen, der von Natur wohlwollend ist aus Kräfteüberfluß und von Natur selbstlicher aus der Gewohnheit zu wirken heraus. Freilich, alle diese Eigenschaften lassen sich auch in wertvolleren Rollen, die von der geistigen Atmosphäre einer Dichtung umgeben sind, zeigen, im „Volksgeund“ etwa. Den Bassermann hoffentlich in diesem Jahre wieder in Leipzig spielen wird, und in mancher anderen Rolle. Unsere Anteilnahme wird dann (auch wenn wir nicht heulen) wärmer sein, als hier, wo Bassermanns starke seelische Kräfte gewissermaßen im luftleeren Raum unter einer Glasglocke auszustrahlen scheinen, durch die kalte, wenn auch durchscheinende Wand des Müller'schen Theaterkitsches von uns abgeleckt.

Elf Bassermann spielt mit schöner Schlichtheit des Professors treulich lebende baltische Affentia. Gertrude Langfelder mit jedem notwendigen Augenaufschlag das weniger treuliche Eheweib. Hans Böhm sollte gerade in diesen Wochen keine Bassermann'sche einlegen. Unter den akademischen Typen war der sanfte Philosophengreis des Herrn Zimmermann ein nettes Hühnchen und der Unterfüttersrichter des Herrn Giesewetter ein sehr penetranter Jureit.